

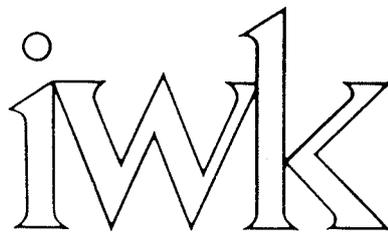
NATIONALSOZIALISMUS IN DER ÖSTERREICHISCHEN PROVINZ

Dr. Josef Jäger
KZ Gfengenau
1 Mann Nr. 104589
5 Frauen Nr. 2868
65626
49804
52861
82887
4 Personen sind Opfer
Erhängung des Gfengenauer
Konz.
11.4.1945 Josef Jäger

Am Umschlag: „Beschauschein vom 11. 4. 1945. Der Beschauarzt verübte beim Zusammenbruch Selbstmord.“ Aus: Erlafal-Bote, 90. Jg., Nr. 17, 23. April 1980.

MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST, 46. JG. 1991 / NR. 4, öS 50,-





EDITORIAL

Historische Forschung und Vermittlung darf nicht auf Gedenktage und Jubiläen beschränkt bleiben. Der Arbeitskreis „Nationalsozialismus in der österreichischen Provinz“ versucht die insbesondere durch das Gedenkjahr 1938/88 in Fluß gekommene Beschäftigung mit dem deutschen Faschismus in Österreich interdisziplinär weiterzuführen und auch Lokalforschern eine Plattform für die Präsentation und Konfrontation ihrer Forschungsergebnisse zu geben. Die folgenden Beiträge zeigen eine Vielfalt der Zugänge zum regionalen und lokalen Geschehen. Eine Ablöse der „alten Heimatgeschichten“, in welchen die Zeit 1938 bis 1945 ausgeklammert oder auf die Erwähnung von ein paar überregionalen Ereignissen beschränkt, somit die Mitwirkung eines Großteils der Bevölkerung an der Etablierung und Aufrechterhaltung des NS-Regimes schamhaft verschwiegen wurde, scheint sich anzubahnen. Im Arbeitskreis werden nicht nur Regional- oder Lokalgeschichten diskutiert, sondern – wie der Beitrag „Nationalsozialismus und Autobiographien verfolgter Frauen“ zeigt – auch „überregionale“ Aspekte und Konsequenzen des Nationalsozialismus vorgebracht, besprochen und zum „heimatlichen“ Geschehen in Beziehung gesetzt. Was Alfred Pfoser in einem anderen Zusammenhang schrieb, gilt auch hier: „... vielleicht wird es eines Tages aufgrund zahlreicher Einzeluntersuchungen möglich sein, eine kompakte Geschichte des gesellschaftlichen und kulturellen Strukturwandels in Österreich zu liefern. Dabei gelte es auch auf die Alternativen, die Chancen, Möglichkeiten und Weichenstellungen im Geschichtsprozeß hinzuweisen. In der Bestimmung dessen, was wir waren und woher wir kommen, wird sich zugleich die Frage nach unserer (möglichen) Zukunft stellen.“

Klaus-Dieter Mulley/Robert Streibel

INHALT

Jacqueline Vansant NATIONALSOZIALISMUS UND AUTOBIOGRAPHIEN VERFOLGTER FRAUEN	2
Klaus-Dieter Mulley „AHNENGAU DES FÜHRERS“ Alltag und Herrschaft in „Niederdonau“ 1938–1945	7
Franz Steinmaßl DAS HAKENKREUZ IM HÜGELLAND Widerstand und Verfolgung im Bezirk Freistadt 1938–1945	18
Ernst Langthaler THESEN ZUR GESELLSCHAFTS- GESCHICHTE DES NATIONAL- SOZIALISMUS AM BEISPIEL FRANKENFELS 1932–1956	22
Robert Streibel DIE „GAUHAUPTSTADT“ KREMS Eine Geschichte in vier Bildern	39
Wolfgang Quatember NSDAP UND NSDAP-MITGLIED- SCHAFT IN EBENSEE Anmerkungen zu einer Lokalgeschichte 1923–1945	47
LITERATUR ZUM THEMA	53
KURZBIOGRAPHIEN DER AUTORIN UND AUTOREN	68

JACQUELINE VANSANT

NATIONALSOZIALISMUS UND AUTOBIOGRAPHIEN VERFOLGTER FRAUEN

Autobiographien bieten die Möglichkeit, den persönlichen Werdegang im Umfeld der Zeitgeschichte zu studieren. Im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus sind Autobiographien von Verfolgten von besonderer Bedeutung. Da die historischen Dokumente dieser Zeit hauptsächlich von den Tätern stammen, können sie den Schicksalen der Ermordeten und Verfolgten nicht gerecht werden. In einigen Fällen sind die persönlichen Geschichten sogar ein Schlüssel zu Geschichten, die sonst verlorengegangen wären. Im österreichischen Kontext spielen sie eine bedeutende Rolle, weil die kollektiven Erinnerungen von und über diese Zeit nicht von den Verfolgten geprägt worden sind.¹ Darüberhinaus haben historische Untersuchungen bis vor kurzem nicht als Korrektiv der kollektiven Erinnerungen gedient.²

Jene Österreicher, die unter dem Nationalsozialismus verfolgt worden waren, fehlten in den Geschichten und der Geschichte, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschrieben worden sind; und sie fehlen immer noch. Die geläufige Bedeutung solcher Wörter wie „Heimkehrer“, „Vertriebene“, „Flüchtling“ und „Opfer“ spiegeln eine Verzerrung der Stellung der „deutschen“ Soldaten und der allgemeinen österreichischen Bevölkerung und eine Umschreibung der Geschichte wider. In seinem Artikel „Nach dem Krieg. ÖsterreicherInnen als Opfer und Täter“, schreibt der Historiker Peter Malina: „Wenn in Österreich nach 1945 von Kriegs-„Heimkehrern“ gesprochen wurde, dann waren nicht jene gemeint, die aus der Vertreibung nach Österreich zurückgekehrt waren; wenn von Vertriebenen die Rede war, dann nicht von jenen, die nach dem „Anschluß“ 1938 gezwungen gewesen waren, ihre Heimat Österreich zu verlassen; wenn Opfer beklagt wurden, dann waren in der Regel nicht jene Zehntausende gemeint, die in den Konzentrationslagern und Gefängnissen ermordet wurden.“³ Die „Heimkehrer“ waren die Soldaten, die vom Krieg und aus Gefangenenlagern zurückkehrten; die „Vertriebenen“ waren jene ethnische Deutsche aus Osteuropa, die gezwungen wurden, das Gebiet zu verlassen; und zu den Opfern zählten die Soldaten, die im Krieg starben, die Zivilbevölkerung, die als Folge der Bombardierungen starb, und jene die das Land aus den Ruinen wieder aufbauen und von vorne beginnen mußten.

Während der letzten Kriegsjahre und gleich nach dem Krieg erlitt die Mehrheit der Österreicher die meisten persönlichen Verluste, die es leichter zuließen, in die Opferrolle zu schlüpfen. Hans Witek und Hans Safrian schreiben in dem Nachwort zu *Und keiner war dabei*: „Die Sorgen der Zuhausegebliebenen waren hauptsächlich auf die Organisation des

Überlebens gerichtet, auf Hamsterfahrten, Wiederherstellen der Wohnungen, Wegräumen des Schutts. Man hatte an den Fronten, in den Betrieben, bei den Bombardierungen, durch den Einmarsch der Russen – wie es im Volksmund hieß – genug gelitten, jeder hatte Verwandte, Freunde, Bekannte verloren, alle fühlten sich als Opfer der ‚schlechten Zeiten‘.“⁴ Aus dieser engen persönlichen Perspektive konnten die Österreicher sich selbst leichter als Opfer sehen und Fragen der Schuld und/oder des moralischen Versagens meiden.

Jene, deren bloße Anwesenheit diesen Opferstatus in Frage stellte, waren nicht willkommen. Es gab keinen offiziellen Aufruf, sie zurückzuholen und die Heimkehr nach Österreich war oft ein langwieriger Prozeß.⁵ Die Mehrheit der Österreicher zeigte wenig Interesse, geschweige denn Verständnis für das Schicksal der Verfolgten. Künstler Carry Hauser, der die Jahre der Ostmark in der Schweiz verbrachte, reflektiert über die Haltung der meisten Österreicher nach dem Krieg in seinem Aufsatz „Vergessen darf ich nicht“, in dem er traurig erkennen mußte, daß ein „Graben, der nicht ausgefüllt werden kann“ die Exilanten von jenen, die zurückblieben, trennte.⁶ Wenige interessierten sich für die Erlebnisse der anderen; voller Selbstmitleid wollten sie nur die Geschichte ihres eigenen Leidens erzählen. Genau wie ein anderer Exilösterreicher ihr voraussagte, fand Schriftstellerin Hilde Spiel, daß in der Zeit gleich nach dem Krieg Österreicher emsig an einer Umschreibung der Geschichte mit ihren eigenen Geschichten arbeiteten. „Enteignung, Demütigung, Verhaftung und Todesgefahr, illegale Flucht über versperrte Grenzen, Jahre des Exils, ein feindlicher Ausländer in einem vom Kriege zerrütteten Land – all das würde zunichte werden, würde sich in Luft auflösen, mit einem Fingerschnalzen weggeweht. So beginnt auch Herr Hnatek, von Mitleid mit sich selbst ergriffen, sein Schicksal und das Schicksal Wiens zu bejammern, dessen Staub ich so erfolgreich von meinen Schuhen geschüttelt habe. ‚Die Frau Doktor haben gut daran getan, daß Sie fort sind. Allein die Luftangriffe – dreimal haben sie die ganze Stadt in Brand gesteckt‘.“⁷ Spiels eigene Geschichte und jene anderer Exilanten schienen für die Mehrheit der Österreicher nicht zu existieren.

Eigentlich war die allgemeine Einstellung, daß die Exilanten es im Ausland leichter gehabt hatten, und über sie wurde sogar mit Verachtung gesprochen.⁸ Die folgende Aussage des Dirigenten Karl Böhm stellte die Erlebnisse der Exilanten ins falsche Licht: „Die anderen, die in die Emigration gegangen sind, hatten es ja eigentlich besser als ich, der ich zu Hau-

se geblieben bin. Sie hatten keine Bombenangriffe zu überstehen; sie hatten Arbeit.“⁹ Indem er das Wort „Emigrant“ benutzt, legt er eine Wahl bzw. eine Entscheidungsmöglichkeit in einer Situation nahe, die um Leben und Tod ging. Die Mehrheit der Exilanten mußte um ihre Existenz kämpfen, und manche wurden Bombardierungen ausgeliefert; vor dem Nationalsozialismus waren sie nie 100% sicher.

Jene, die aus den Konzentrationslagern zurückkehrten, wurden von der allgemeinen Bevölkerung auch nicht freundlich aufgenommen, die ihnen mit dem Herunterspielen ihrer Erlebnisse begegnete. Die jüdische Kommunistin Mali Fritz schreibt in ihren Memoiren *Essig gegen den Durst. 565 Tage in Auschwitz-Birkenau*, daß ein Arzt ihr sagte, nachdem er erfahren hatte, daß sie in Auschwitz war: „Soo schlimm wird's schon nicht gewesen sein, sonst wären Sie ja nicht hier.“¹⁰

Ein großer Teil der Bevölkerung fürchtete sich vor Repressalien, Beschlagnahme des Eigentums, und einige hatten Angst, daß sie wegen ihrer Teilnahme an den Verbrechen angezeigt werden könnten.¹¹ Indem man das Leiden der anderen verschwieg und/oder herabspielte, konnte die Schuldfrage vermieden werden, und das eigene Leiden schien legitimer zu sein.¹²

In seinem Essay bemerkt Hauser, daß sogar jene, die nicht involviert waren, sich mit den Zurückgekehrten nicht wohl fühlten. „Die Schwierigkeit lag aber darin, daß viele meiner Landsleute, auch völlig unbelastete, die eben gezwungen waren, unter und mit den Nazis zu leben, immer voraussetzten, man wisse von irgendeinem ihrer schwachen Momente, von ihrer Hörigkeit und scheinbaren Zugehörigkeit zur braunen Gesellschaft“.

So wie die Perspektive des Einzelnen als Opfer definiert wurde, wurde Österreich als Staat ebenfalls als Opfer gesehen. Nicht wie im Jahre 1918 als die Bemühungen der Regierung ein österreichisches Bewußtsein zu bilden, scheitern mußten, konnte 1945 der Wunsch, sich von den Deutschen und dem Staat Deutschland zu distanzieren, zu dem Zweck ausgenutzt werden. Nicht die Österreicher, sondern die Alliierten mußten überzeugt werden, daß Österreich eine von Deutschland getrennte Einheit war, ein Opfer des Nationalsozialismus, das nicht für den Krieg verantwortlich gemacht werden konnte. Im Bezug auf die Moskauer Deklaration vom Jahre 1943 sahen österreichische Politiker ihre Aufgabe darin, zu beweisen, daß Österreich eigentlich „das erste Opfer der Hitlerschen Aggressionspolitik“ war, daß Österreicher zur Befreiung ihres Landes beitrugen und daß Österreich als Staat nicht freiwillig am Krieg teilgenommen hatte.¹³

Die österreichische Regierung veröffentlichte 1946 ihren offiziellen Standpunkt der Nazi-Zeit gegenüber in dem *Rot-Weiß-Rot Buch*, einer Kombination von Kommentar und historischen Dokumenten. Der „Anschluß“ wurde als Vergewaltigung Österreichs dargestellt, wobei der Rest der Welt es als unbedeutend abtat, Mexiko ausgenommen. Die sieben Jahre der Ostmark werden als Bruch in der österrei-

chischen Geschichte betrachtet, vergleichbar mit der Besetzung anderer Länder. Da Österreich als Staat nicht existierte, konnte es für den Krieg nicht verantwortlich gemacht werden.

Jahre später wiederholte Kurt Waldheim ganz unreflektiert diese Haltung in seinen Memoiren *Im Glaspalast der Weltpolitik* (1985): „Wir standen auf dem Standpunkt, daß zwar Österreicher ungefragt in der deutschen Wehrmacht dienen mußten, daß aber der durch den Anschluß als Völkerrechtssubjekt ausgelöschte Staat Österreich niemandem den Krieg erklärt und mit niemandem Krieg geführt hatte. Im Gegenteil, Österreich war das erste Opfer der Aggressionspolitik des nationalsozialistischen Dritten Reiches gewesen. Dagegen stand die sogenannte Moskauer Deklaration, in der von der Verantwortung Österreichs für die Teilnahme am Krieg die Rede gewesen war.“¹⁴ Offensichtlich betrachtet Waldheim die Jahre nicht als wesentlichen Teil der österreichischen Geschichte.

Durch die ständig steigende Spannung zwischen Osten und Westen konnten österreichische Politiker die Situation ausnützen und aus dem Staatsvertrag eine Klausel wiederherausnehmen. Eine Klausel wurde gestrichen, in der ausgedrückt wurde, daß Österreich eine Teilverantwortung für den Zweiten Weltkrieg tragen mußte.¹⁵ Das Fehlen dieser Klausel legitimierte Österreichs Widerwillen, Wiedergutmachung an Israel zu zahlen. Darüberhinaus war es oft leichter für ehemalige Soldaten, eine Pension zu bekommen und später für ehemalige Nazis Besitz zu reklamieren, als für die, die aus den Konzentrationslagern, Gefängnissen und dem Exil zurückkehrten.¹⁶ Das herausragendste Beispiel ist vielleicht der Kriegsverbrecher Helmut Rehder, der seine österreichische Staatsbürgerschaft vor 1938 aufgab und dennoch eine Kriegspension bekommt.¹⁷

Solche Verzerrungen und Mißdeutungen konnten und können nur durch eine Verleugnung und/oder Falsifizierung der Erlebnisse jener Verfolgten aufrecht erhalten werden. In dem dünnen Heft *Man hat ja nichts gewußt!* konstatiert Karin Berger, daß es symptomatisch für die Art und Weise ist, in der an die Zeit erinnert wird. In ihrer Familie sah sie Photos von Onkeln und Cousins in Uniform; sie hörte Geschichten von den Frauen, die sich gerne an die ersten Jahre unter dem Nationalsozialismus in den Reicharbeitsdienstlagern erinnerten. Ihr wurde von den Bombardierungen und langen banger Stunden in den Luftschutzkellern erzählt. Jene, die unter dem Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden, waren jedoch abwesend. Was sie oft hörte, war die bekannte österreichische Litanei: „Wir waren arm, wir haben gelitten, wir haben nichts gewußt.“¹⁸

Kurt Waldheims Darstellung seiner Vergangenheit weist nicht sehr weit von dieser Interpretation ab. Seine Autobiographie bietet ein Paradebeispiel für diese österreichische Weise, die Geschichte umzuschreiben. Abgesehen davon, daß er Daten fälschte, nannte er sich einen „Heimkehrer“ und „einen Flüchtling im eigenen Land“, da er von der Steiermark nach Baden bei Wien unter abenteuerlichen

Umständen mußte. Er behauptet auch, daß Österreich das erste Opfer des Nationalsozialismus sei, verlassen von der Welt im März 1938. Den eigentlichen Opfern des Nationalsozialismus wird nur in einem Absatz Lippendienst erwiesen, aber sonst bleiben sie in seinem Narrativ unsichtbar. Die Lehren, die er aus dieser Zeit schöpfte, waren nicht jene des moralischen Versagens der Österreicher während der Ostmark, sondern er lernte von der Kraft der österreichischen „Opfer“, die ihr Land nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufbauen mußten.

Zwei unlängst erschienenen Autobiographien von ÖsterreicherInnen, die gezwungen wurden, ihre „Heimat“ 1938 zu verlassen oder in Konzentrationslagern oder Gefängnissen inhaftiert waren, stellen die Integrität einer solchen Interpretation der Vergangenheit in Frage. Sie schildern ihre Erlebnisse auf dem Hintergrund politischer Ereignisse, die eine andere Perspektive österreichischer Geschichte erfordern. In meiner Studie habe ich Interviewbücher und Oral-History Sammlungen nicht berücksichtigt, weil ich untersuche, wie diese Frauen aus sich heraus ihre eigene Geschichte in Sprache formen – ohne Anleitung anderer.¹⁹ In dieser Arbeit bespreche ich Autobiographien von jüdischen Frauen, die 1938 Österreich entflohen sind und so bald wie für sie möglich nach Kriegsende zurückkehrten. Ich beschränkte die Auswahl auf drei, indem ich Autobiographien von prominenten Schriftstellerinnen wie z. B. Hilde Spiel und der bekannten Schauspielerin Adrienne Gessner nicht in Betracht zog. In dieser Arbeit bespreche ich die folgenden Autobiographien: Stella Klein-Löws *Erinnerungen* (1980), Minna Lachs' *Warum schaust du zurück* (1986) und Franziska Tausigs *Shanghai Passage* (1987).

Die drei Autobiographien sind nicht wegen des Bekanntseins der Autorinnen von Interesse für die Öffentlichkeit, sondern vielmehr wegen der Schilderung der Zeit. Wie der Ex-Österreicher Egon Schwarz in seiner Autobiographie *Keine Zeit für Eichendorff* (1979) konstatiert: „Ein bekannter, womöglich sogar berühmter Name verleiht der dazugehörigen Autobiographie einen gewissen Konsumwert, mag sie auch noch so voll von Banalitäten sein. Will ein Privatmensch, der niemals vor eine breitere Öffentlichkeit getreten ist, ein Publikum an seinen Erinnerungen interessieren, so müssen die Ereignisse, die sein Leben ausgemacht haben, in irgendeiner Weise exemplarisch sein, geprägt von den charakteristischen Einflüssen der Epoche, die an den Lesenden wie am Schreibenden wirksam sind.“²⁰

Die Autobiographien der Frauen dienen nicht nur als Korrektiv der Schilderung der Verfolgten in Österreich, sondern bieten auch Einsicht in das Verhältnis Frauen zur Geschichte und der Definition ihres Selbstes.²¹ Wenn wir die Gruppenzugehörigkeit unter die Lupe nehmen, können wir die Identitätsbildung untersuchen und dessen Einfluß auf die Form der Selbstbiographie studieren.

Mit dem „Anschluß“ und dem darauffolgenden vom Staat sanktionierten Antisemitismus teilten die-

se sehr unterschiedlichen Frauen ähnliche Schicksale. Obwohl ihre Identifikation mit einer jüdischen Gemeinde und ihre Definition ihres Judentums ihren Ausdruck sehr unterschiedlich fanden, verband diese äußere Gewalt, die sie als zu einer Gruppe gehörig machte, sie in eine gewisse Schicksalsgemeinschaft. Über Nacht wurde ihr Land eine Todesfalle für sie. Die Erinnerungen an diese Tage, die Kämpfe rauszukommen, und ihr Wissen des Völkermordes, besonders an den Juden wurden ein Teil der kollektiven Erinnerung dieser Gruppe. In allen drei Autobiographien findet man ein penibles Auflisten der ermordeten Familien-Mitglieder, die nicht fliehen konnten. Die unterschiedlichen Rollen der nicht-jüdischen Bevölkerung kommen auch zum Vorschein.

Trotz dieser Schicksalsgemeinschaft der Autorinnen benutzt nur Lachs ihre jüdische Identifikation als Prinzip der Organisation für ihre Geschichte. Sie sucht das Allgemeine in dem Spezifischen und nimmt sich selbst als Beispiel. Sie versucht eine Kontinuität zwischen ihren Erfahrungen vor 1938 und danach festzustellen und interpretiert den Anschluß nicht als Bruch in der österreichischen Geschichte, sondern als Fortsetzung von dem, was vorher geschehen ist.

Lachs sieht ihre Geschichte als polnische Jüdin im Zusammenhang mit dem Los der osteuropäischen Juden und Juden in Wien, und sie verfolgt das Aufsteigen des Antisemitismus in Wien seit 1914. Ihre Autobiographie fängt 1907 mit ihrer Geburt in Trembowla an, schildert die Flucht ihrer Familie aus Galizien 1914 und beschreibt ihre Kindheit, Jugend und die Jahre als Erwachsene in Wien.

Zurückblickend auf Wien 1914 geht Lachs einer Einstellungsänderung Juden gegenüber und insbesondere polnischen Juden gegenüber nach. 1914 wird sie noch „artiges Immigrantemädel“ genannt. Die positive Bezeichnung verwandelt sich und artet in „Pollak“ zu „Jud“ bis „Saujud“ aus. Lachs schildert zahlreiche Beispiele des Antisemitismus in Wien: Sie variieren von prejorativen Namen bis Prügeleien gegen jüdische Studenten an der Universität, denen die Polizei, ohne einzuschreiten, ruhig zusieht. Sie beschreibt auch einen Antagonismus in der jüdischen Gemeinde zwischen den osteuropäischen Juden und der assimilierten jüdischen Bevölkerung und zwischen reformierten und orthodoxen Juden.

Obwohl Lachs Schilderung Wiens vor dem „Anschluß“ bis zu den Ereignissen im Jahre 1938 und danach logisch hinführen sollte, ändert sich ihre Einstellung als Erzählerin, wenn sie über die Zeit nach 1938 erzählt (S. 185). Sie kann ihre Geschichte mit der gleichen analytischen und distanzierten Perspektive nicht länger erzählen. Die Erinnerungen dieser Zeit und das Wissen der verübten Verbrechen sind sowohl überwältigend als auch schwer zu bewältigen. Die Erinnerungen möchte sie unterdrücken, aber zur gleichen Zeit möchte sie ihnen eine Form geben. Wegen der Schicksalsgemeinschaft fühlt sie sich verpflichtet, eine Geschichte weiter zu geben, die in Vergessenheit geraten könnte. Egal wieviel Kontinuität Lachs etablieren möchte, schei-

nen die Ereignisse nach 1938 jeder Logik zu widerstreben. Sie können nur zu einem Bruch führen.

Lachs sieht auch ein Dilemma mit dem Schreiben über diese Zeit. Lachs schreibt: „Auch wir, die Bedrohten und Leidtragenden und doch Überlebenden haben es nicht begreifen können. Ich weiß, daß es mir versagt bleiben wird, das Unsagbare und Unschildbare darzustellen, um andere es verstehen und mitempfinden zu lassen. Das Unvorstellbare läßt sich nicht darstellen, das Unfaßbare nicht begreifen“ (S. 185). Die Wucht der Ereignisse droht ein Schweigen aufkommen zu lassen. Sie macht die LeserInnen darauf aufmerksam, daß die Sprache nicht ausreicht, um die Ereignisse darzustellen. Zur gleichen Zeit aber sieht sie die absolute Notwendigkeit, ihr zu gedenken.

Stella Klein-Löw stammt aus einer sehr liberalen jüdischen Familie, in der Religion kaum eine Rolle spielte. In ihrer Autobiographie tritt ihre jüdische Identifikation in den Hintergrund. Sie dient mehr als Basis einer Identifikationsmöglichkeit mit Außenseitern als die Basis ihrer Selbstdefinition.

Klein-Löws Identifikation mit sozialistischen Idealen und ihr Engagement in der sozialistischen Bewegung gestalten ihre Lebensgeschichte. In *Erinnerungen*, einer Art „Bildungsautobiographie“, schildert Klein-Löw die persönliche Entwicklung eines Individuums durch die Ideale des Sozialismus und der Partei. Klein-Löw geht den Spuren ihrer Entwicklung als Sozialistin nach und zieht einen roten Faden von der Kindheit bis zu ihrer Pensionierung. Schon als Kind machte die große Kluft zwischen ihrer reichen Großmutter und den armen Bauern, die in der Nähe von ihr wohnten, einen großen Eindruck auf sie. Sie spürte ihre erste Wut gegen die soziale Ungerechtigkeit. Ihre Wiederaufnahme in Österreich nach dem Krieg erfolgt und wird ermöglicht durch ihre Identifikation mit sozialistischen Idealen. Klein-Löw definiert sich hauptsächlich als politischer Mensch. Während einer Zeit, wo sie politisch unaktiv ist, hat sie in England das Gefühl, daß sie ihr Selbst verliert; nur durch wiederaufgenommenes Engagement glaubt sie, ihr Selbst wiedergefunden zu haben.

Franziska Tausigs Autobiographie *Shanghai Passage* deutet weder auf ein Interesse an der Politik noch auf eine besonders starke jüdische Identifikation hin. Für Tausig spielen die Familienangehörigen und ihr Status als Außenseiterin die gestaltenden Rollen in ihrer Lebensgeschichte.

Tausigs Autobiographie ist eine Mischung der Geschichte der Umwälzung der Familie durch die historischen Ereignisse des zwanzigsten Jahrhunderts, insbesondere der dreißiger und vierziger Jahre, und die Geschichten anderer Außenseiter. In dem ersten Kapitel dienen die knappen Beschreibungen ihrer Geburt 1895, ihrer Kindheit und Jugend in Wien und ihrer Einführung in die Gesellschaft und ihrer Heirat

als Vergleich mit der Katastrophe, die ihr Leben später durcheinanderbringt. Hier betont sie hauptsächlich die Umwälzungen, welche der Erste Weltkrieg in ihr Leben als geborene Tochter der Großbourgeoisie und junge Ehefrau eines ungarischen Offiziers der K. u. K. Armee brachte. Jahren, in denen das Familienglück von der „größeren“ Geschichte nicht angegriffen wird, werden keine Beachtung geschenkt. Tausig überbrückt die Jahre 1918–1938 mit drei kargen Sätzen.¹⁹

Der Verlust ihres Mannes, ihre Trennung von ihrem Sohn, die Bedrängnisse der Flucht, ihr Leben in Shanghai und ihre Rückkehr bilden den Kern ihrer Lebensgeschichte. Jedoch ist ihr durch ihren Status als Außenseiterin das Schicksal anderer bewußter. Oft unterbricht sie ihre eigene Geschichte nicht nur mit ergreifenden Geschichten anderer Flüchtlinge, sondern auch mit den Geschichten anderer am Rande der Gesellschaft, besonders Frauen. Sie schildert das Leben der Chinesinnen, die wegen extremer Armut sich selbst verkaufen müssen und auch ihre Kinder, um ihre Existenz und deren ihrer Familien zu sichern. Sie zeigt auch große Humanität, wenn sie die Geschichte eines unpolitischen japanischen Ehepaares erzählt, dessen Sohn nach dem Krieg als Kriegsverbrecher hingerichtet wird. Als Mutter hat sie großes Mitleid mit ihnen.

Was bewegte diese drei Frauen, in ein Land zurückzukehren, wo sie 1938 so brutal behandelt wurden? Für viele Verfolgte war eine Rückkehr aus emotionalen, abgesehen von finanziellen Gründen, unmöglich. Als z. B. Jean Amery aus dem Konzentrationslager befreit wurde, kehrte er in seine Wahlheimat Belgien zurück. Später begang er Selbstmord. In dem Essay „Wieviel Heimat braucht der Mensch“ schrieb er über das Verhältnis vieler Verfolgter zu ihrer ersten Heimat: „Wir aber hatten nicht das Land verloren, sondern mußten erkennen, daß es niemals in unserem Besitz war. Für uns war, was mit diesem Land und seinen Menschen zusammenhing, ein Lebensmißverständnis.“²² Im Vergleich dazu konnten diese drei Frauen noch einen Identifikationspunkt finden, der es ihnen ermöglichte, ohne überwältigende Bitternis zurückzukehren.

In einem Land ohne Tradition des Sich-Erinnerns der Verfolgten, wo viele der Bevölkerung sich selbst als Opfer des Nationalsozialismus sehen, sind solche Lebensgeschichten unschätzbar. Durch ihre persönliche Darstellung und vor allem ihre emotionalen Komponenten erleichtern sie einem großen Publikum die Beschäftigung mit dieser Zeit, die gleichzeitig Zugang zu einer anderen Perspektive der Zeitgeschichte eröffnet. Sie könnten besonders wertvoll sein, indem sie Engagement für eine ferne Vergangenheit erregen.²³ Als positive Nebenwirkung könnten die Geschichten in das österreichische Kollektivgedächtnis integriert werden.

ANMERKUNGEN:

1. Ich schließe mich Karen Louise Remmler an, wie sie in ihrer Dissertation Maurice Halbwachs' Begriff vom kollektiven Gedächtnis zusammenfaßt: „According to Maurice Halbwachs, collective memory represents the perceptions, memory images, and identity passed on by a group to its members.“ *Walter Benjamin's Eingedenken and the Structure of Rememberance in Ingeborg Bachmann's Todesarten*, Washington University, 1989, S. 14. Sein unvollendetes Manuskript *Das kollektive Gedächtnis* erschien 1967 in deutscher Sprache beim Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart.
2. Talos, Hanisch und Neugebauer behaupten in der Einleitung zum Band *NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945* (Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 1988), S. IX: „Auch wenn es kaum glaubhaft klingt: der hier vorliegende Sammelband ist der *erste Versuch* österreichischer Historiker und Sozialwissenschaftler, eine Gesamtdarstellung der NS-Herrschaft in Österreich zu wagen. Fünfzig Jahre nach dem sogenannten ‚Anschluß!‘ Das Defizit an Forschung wird in seinen Dimensionen erst sichtbar, wenn man vergleicht, welche Forschungsleistungen in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile erbracht worden sind.“ Sie führen den Mangel auf Österreichs Opferstatus zurück.
3. Peter Malina, „Nach dem Krieg. ÖsterreicherInnen als Opfer und Täter,“ in: *Österreicher und der Zweite Weltkrieg*, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes & Dr. Wolfgang Neugebauer (Wien: österreichischer Bundesverlag, 1989), S. 161.
4. Hans Witek & Hans Safrian, *Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938* (Wien: Picus Verlag, 1988), S. 193.
5. Peter Eppel, „Österreicher im Exil 1938–1945“, in: *NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945*, S. 564–566.
6. Carry Hauser, „Vergessen darf ich nicht“, in: *Vom Reich zu Österreich*, hrsg. von Jochen Jung (Salzburg: Residenz Verlag, 1938), S. 31.
7. Hilde Spiel, *Rückkehr nach Wien* (Frankfurt a. M./Berlin: Ullstein, 1989), S. 69–70. Im Jahre 1968 bei Nymphenburger Verlagshandlungen erschienen.
8. Eppel, S. 554. Dort schreibt er: „Die Goebbelsche Propaganda, wonach es sich die Emigranten in den Kaffeehäusern von Paris, London oder New York gut gehen ließen, wirkt bis in die Gegenwart nach.“
9. Karl Böhm zitiert nach Peter Malina, S. 161.
10. Mali Fritz, *Essig gegen den Durst* (Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 1986), S. 136.
11. Ruth Wodak et. al., „Wir sind alle unschuldige Täter“ (Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1990), S. 22–23 und Witek & Safrian, S. 195.
12. Wodak, S. 24. Siehe auch Alexander und Margarete Mitscherlich *Die Unfähigkeit zu Trauern* (München: Piper, 1967).
13. „Moscow Conference“ in Henry Steel Commager Documents of American History, 9. Auflage, 2 Bände. (New York: Meredith Corporation, 1971) 2. Bd, S. 479. Österreich wird nicht nur als Opfer erklärt, sondern auch an seine Verantwortung erinnert: „Austria is reminded, however, that she has a responsibility, which she cannot evade, for participation in the war at the side of Hitlerite Germany, and that in the final settlement account will inevitably be taken of her own contribution to her liberation.“
14. Kurt Waldheim, *Im Glaspalast der Weltpolitik* (Düsseldorf/Wien: Econ Verlag, 1985), S. 51.
15. Waldheim, S. 51. „Es gehörte zu den vielen außerordentlichen Verdiensten Leopold Figls, daß er – als Außenminister – in Moskau buchstäblich im letzten Augenblick erreichte, daß 1955 aus dem Text des bereits unterschrittsreifen Staatsvertrages jene Klausel gestrichen wurde, die eine solche Mitverantwortung für den Krieg festgelegt hätte – mit allen sich daraus ergebenden schwerwiegenden Folgen.“
16. Brigitte Galanda, „Die Maßnahmen der Republik Österreich für die Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus – Wiedergutmachung“, in: *Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne*, hrsg. von Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mully und Oliver Rathkolb (Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 1986), S. 137–149.
17. Christian S. Ortner, *Am Beispiel Helmut Rehder*, (Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, o. D.).
18. Karin Berger, „Aus Angst, uns ein Bild zu zerstören“, *„Man hat ja nichts gewußt!“* (Wien: Verein zur Förderung feministischer Projekte, 1989), S. 3.
19. In den letzten zehn Jahren ist das steigende Interesse an Autobiographien und Interviewbüchern anhand der wachsenden Zahl der Publikationen zu sehen (siehe „Literatur“).
20. Egon Schwarz, *Keine Zeit für Eichendorff* (Königsstein/Ts.: Athenäum, 1979), S. 1.
21. Siehe auch Helga Embacher S. 13–14 in ihrer Einleitung zu *1938 – Zuflucht Palästina* von Anna Rattner und Lola Blonder und Erika Thurner S. 9–10 in ihrer Einleitung zu *Wien – Belgien – Retour?* von Susanne Kriss, Hertha Fuchs-Ligeti und Gundl Herrnstadt-Steinmetz. Siehe auch das erste Kapitel „Female-Centered Themes: Anatomy and Destiny“, in *Gender and Destiny. Women Writers and the Holocaust* (New York/Westport/London: Greenwood Press, 1986), S. 13–38.
22. Zitiert nach Konrad Paul Liessmann, „Von der Heimatlosigkeit des Menschen,“ in: *Forum*, XXXVII. Jahrgang, Heft Oktober/November 1990, Nr. 442/443, S. 25.
23. Detlev J. K. Peukert, *Inside Nazi Germany* (New Haven/London: Yale University Press, 1987), S. 22–23.

LITERATUR:

Autobiographien

von österreichischen Frauen, die ins Exil gingen und nach Österreich zurückkehrten

STELLA KLEIN-LÖW, *Erinnerungen* (Wien: Jugend & Volk, 1980)

MINNA LACHS, *Warum schaust du zurück* (Wien: Europa Verlag, 1986)

FRANZISKA TAUSIG, *Shanghai Passage* (Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 1987)

ANNA RATTNER, *1938 – Zuflucht Palästina* (Wien & Salzburg: Geyer Edition, 1989)

von Frauen im Exil, die nicht nach Österreich zurückkehrten

(ANNA RATTNER) LOLA BLONDER, *1938 – Zuflucht Palästina* (Wien & Salzburg: Geyer Edition, 1989)

KRISS, FUCHS, LIGETI, HERRENSTADT-STEINMETZ, *Wien – Belgien – Retour?* (Wien & Salzburg: Geyer Edition, 1989)

von Frauen, die in Konzentrationslagern und/oder Gefängnissen waren und nach Österreich zurückkehrten

MALI FRITZ & HERMINE JURSA, *Es lebe das Leben* (Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 1983)

ANTONIA BRUHA, *Ich war keine Heldin* (Wien: Europa-Verlag, 1984)

MARAGRETE SCHÜTTE-LIHOTZKY, *Erinnerungen. Aus dem Widerstand 1938–1945* (Berlin: Verlag Volk und Welt, 1985)

MALI FRITZ, *Essig gegen den Durst* (Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 1986)
 CEIJA STOJKA, *Wir leben im Verborgenen* (Wien: Picus Verlag, 1988)
 HELENE LEGRADI, *Das andere Wien* (Salzburg & Wien: Geyer Edition, o. J. 1988?)
 ANNA KNES, *über den Wellen* (Klagenfurt: C. Röchner, o. J.)
 ANNA STRASSER, *Tatsachenbericht. März 1938 – Mai 1945* (St. Valentin, 1981)

Interviewbücher mit Frauen, die im Widerstand arbeiteten

Jelka, aus dem Leben einer Kärntner Partisanin (Eisenkappel: Longo Mai, 1984)
Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand 1938–1945 (Wien: promedia, 1985)
Ich geb' Dir einen Mantel, daß Du ihn noch in Freiheit tragen kannst (Wien: promedia, 1987)

Maria Sporrer/Herbert Steiner (Hrsg.), *Rosa Jochmann – Zeiteugin* (Wien: Europaverlag, 1987)

Interviewbuch mit einer jüdischen Frau, die im Konzentrationslager war
 MARGARETE GLAS-LARSSONN, *Ich will reden* (Wien/München/Zürich/New York: Verlag Fritz Molden, 1981)

Autobiographischer Roman

HANNA STURM, *Die Lebensgeschichte einer Arbeiterin. Vom Burgenland nach Ravensbrück* (Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 1982)

Seit 1982 werden Zeiteuginnen von Mitarbeitern des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands interviewt. Die Zahl der Interviewten bis Oktober 1990 betrug 725.

KLAUS-DIETER MULLEY

„AHNENGAU DES FÜHRERS“ Alltag und Herrschaft in „Niederdonau“ 1938–1945

EINLEITUNG

Am 1. August 1948 schrieb ein niederösterreichischer Kreisleiter aus dem Internierungslager seiner Familie rückblickend:

„Unser größter Fehler als Nazi war wohl der, daß wir an ein Idealbild des deutschen Volkes glaubten, das, wie wir nach und nach sehen mußten, weit ab von der Wirklichkeit blieb. Eine Siedlungsgemeinschaft deutsch sprechender Menschen ist noch lange nicht das deutsche Volk! Ein bluts- und gefühlsmäßig gleichartiger Volkskörper hätte vielleicht den Anforderungen der schweren Zeit stand gehalten, die bloße Siedlungs- und Sprachgemeinschaft aber konnte die Druck- und Zerreißprobe der politischen Entwicklung und des Krieges nicht durchhalten! Das nennt man tragische Schuld! Die beste Absicht und wertvollste Arbeit kann nicht zum Ziele kommen, wenn der vorliegende Werkstoff unrichtig eingeschätzt wird.“

Nicht das fehlende Eingeständnis jeglicher Schuld an der Errichtung und Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft interessiert hier, sondern die im Zitat zum Ausdruck kommende Einstellung. Sie kann als handlungsleitende Motivation gedeutet werden. Es ging auch den niederösterreichischen Nationalsozialisten um die Errichtung eines „bluts- und gefühlsmäßigen Volkskörpers“.

Dieses, aus „völkischen Utopien“ entwickelte Konzept einer nach realistischen Kriterien aufgebauten „Volksgemeinschaft“ sollte in den Jahren 1938 bis

1945 in aller Radikalität verwirklicht werden. Die in den Jahren nach 1918 von Vertretern „bürgerlicher“ Mittelschichten durch „geistige Zersetzung“ und „sittlichen Verfall“ gekennzeichnete angebliche „Desintegration der Gesellschaft“, an welcher nach faschistischen Vorstellungen vor allem „Marxismus“ und Demokratie – somit die sozialistische Arbeiterbewegung – maßgeblichen Anteil hatten, sollten durch die Integration in einen deutschen („arischen“) Machtstaat unter einem charismatischen „Führer“ aufgehoben werden. Wenn auch die gesellschaftspolitischen Zukunftsvorstellungen der österreichischen Nationalsozialisten und „völkischen“ Deutschnationalen im Detail durchaus variierten, so herrschte in diesem „Lager“ doch ein allgemeiner Grundkonsens über eine im entsprechenden Zeitpunkt zu errichtende „deutsche Volksgemeinschaft“ vor. Die „Endlösung der sozialen (und für Österreich auch nationalen) Frage“ war programmiert. Am radikalsten formulierte dies der in Scheibbs wohnende Privatgelehrte Franz Hauser in seinen Büchern und Vorträgen im „Deutschen Club“. In deren „Mitteilungen“ wurden seine Werke mit Empfehlung an die Mitglieder besprochen. So forderte ein Rezensent schon 1926 die Abkehr der Deutschnationalen von der „liberalen Hypnose“:

„In der Überwindung der liberalen Hypnose, die uns gewisse Grundanschauungen, wie falsch verstandene und falsch verwendete Humanität, die Überschätzung der Würde und des Wertes der Men-

schen an sich, der sogenannten politischen Freiheit, um nur einige der wichtigsten Punkte hervorzuheben, in Fleisch und Blut hat übergehen lassen, wird auch für mein Gefühl eine Hauptaufgabe künftigen Wiederaufbaus liegen müssen . . .“

Von den niederösterreichischen Nationalsozialisten liegen für die Zeit vor 1938 keine programmatischen Äußerungen vor. Doch allein ihre Aussprüche im niederösterreichischen Landtag 1932/33, oder die Radikalisierung der antisemitischen Kampagnen durch niederösterreichische Nationalsozialisten 1937/38, ließen für eine Machtübernahme Schlimmes befürchten. Ihr Handeln vor 1938 zeigt ein Bild grundsätzlicher Übereinstimmung mit radikal-„völkischer“ Ideologie. Dieser Aspekt wird nämlich gerne vergessen, wenn der interne Machtkampf 1937/38 zwischen dem niederösterreichischen Landesleiter des NSDAP und den sogenannten „Betontnationalen“ unter Arthur Seyss-Inquart analysiert wird.

Wenn auch, wie sich zeigen sollte, regionale Politik im „Dritten Reich“ im hohen Maße von Berlin oder München aus bestimmt wurde, so hat regionale Politik, gespeist aus frühen „völkischen“ Ordnungsvorstellungen, oft zu jener „kumulativen Radikalisierung“ (Hans Mommsen) der NS-Herrschaft beigetragen, welche die NS-Verbrechen ermöglichte.

Eine Landesgeschichte der Jahre 1938 bis 1945 wird sich also jene vor Ort verbreiteten und diskutierten Zukunftsvorstellungen als Grundlage der Beschreibung des Herrschaftshandels genauso zu vergegenwärtigen haben, wie die „Erwartungshaltungen“ (Ernst Hanisch) der verschiedenen Schichten und Klassen der Bevölkerung. Es ist nicht zu vergessen: Der von vielen Teilen der Bevölkerung nicht nur aus „völkischen“, sondern aus wirtschaftlichen und anderen Motiven gewünschte „Anschluss“ an Deutschland, bezeichnet als „nationale Frage“ die Eigenstaatlichkeit des Landes, und die verfehlte, weil auf dem deutschen Volksbegriff aufbauende „Österreich-Ideologie“ des Austrofaschismus sowie gerade die Errichtung und Herrschaft dieses österreichischen Konkurrenzfaschismus, welcher für den Großteil der Arbeiterklasse mit Recht die Unterdrücker im Land suchen ließ und das, wenn auch irreal, so doch damals in den Ängsten vorhandene Damoklesschwert einer Restaurierung der Habsburgermonarchie, diese verschiedenen politischen Gegenwarts- und Zukunftsprojektionen also, wirkten, zusammen mit wirtschaftlichen Problemen, als Folge der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, in unterschiedlicher Gewichtung motivierend für einen „Anschluß“, für eine Integration mit Deutschland. Zumindest schmälerten sie das Protestpotential gegen die auf einen „Anschluß“ gerichteten Aktivitäten im In- oder Ausland – und trugen letztlich auch zum Gelingen der deutschen Annexion Österreichs bei.

Dies sollte beachtet werden, wenn in der Folge die Jahre 1938 bis 1945 im Rahmen einer gesellschaftsgeschichtlichen Konzeption als „Eindeutschung“ beschrieben werden. Der Terminus „Eindeutschung“ wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts durchaus synonym mit „Germanisierung“ ver-

wendet und bezeichnete vor allem das Abdrängen der Tschechen aus angeblich „deutschen“ Gebieten. In der Zwischenkriegszeit witzelten deutsche Beamte des Außenministeriums über die „Eindeutschung sozusagen der österreichischen Wirtschaft“ und meinten damit den zunehmenden Einfluß der deutschen Großindustrie in Österreich. In der nationalsozialistischen Sprachregelung und Praxis hieß „Eindeutschung“ die nach „rassen-biologischen Grundsätzen“ durchzuführende Eingliederung, „Behandlung“ und Angleichung in Sprache, Kultur und Lebensweise von sogenannten „Völkern artverwandten Blutes“. In dieser Arbeit wird dieser Bedeutungsinhalt im Sinne von „deutsch machen“ bzw. „nationalisieren“, auf alle Maßnahmen zur Errichtung und Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Herrschaft in Niederösterreich 1938 bis 1945 ausgedehnt. Allein die erzwungene Namensänderung von Niederösterreich auf „Niederdonau“ veranschaulicht eine der vielfältigen Formen der vom Deutschen Reich erzwungenen „Eindeutschung“. Sie bezeichnet in ihrer Gesamtheit nicht nur verwaltungs- und verfassungsrechtliche Eingliederung des Landes, den aufgrund der ökonomischen und imperialistischen Interessen des Großdeutschen Reiches durchgeführten politisch-sozialen Umgestaltungsprozeß, sondern meint auch „Konkretisierung von Deutschnationalismus durch den Nationalsozialismus“ (Anton Staudinger), wie sie sich insbesondere in Verfolgung von Juden, Sinti und Roma, „Asozialen“, also in der sogenannten „Rassen-“, sowie in der Familien- und Bevölkerungspolitik niederschlug.

Zielten auch alle außenpolitischen Maßnahmen des Regimes auf die Erlangung der Vorherrschaft der „arischen Rasse“ in Europa, so sollte im inneren Herrschaftsbereich eben jene sogenannte „Reinigung von allen Minderwertigen“, „Volksfremden“ und „Volksfeinden“, kurz die „Endlösung der sozialen Frage“ (Götz Aly) durchgeführt werden. „Eindeutschung“ bezeichnet somit einen vielfältigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozeß. Dieses Konzept der von den deutschen Machthabern geleiteten und von der regionalen Eliten unterstützten, ja zum Teil radikalisierten Integration, zeichnet jenen Rahmen, in dem sich die nationalsozialistische Herrschaft im Spannungsfeld zwischen gesamtstaatlicher Leitung und Lenkung und provinzieller Realität im faschistischen Herrschaftssystem manifestieren sollte.

„Eindeutschung“ hieß etwa 1938 für die Nationalsozialisten im „Deutschen Reich“ und in Niederösterreich:

- Innen- und Außenpolitisch: Schaffung eines Lebens- und Wirtschaftsraumes, welcher als „Grenzgau“ die Funktion eines Bollwerkes gegenüber dem Osten haben und gleichzeitig wirtschaftliche und volkstumpolitische Expansion ermöglichen sollte.
- Wirtschaftlich: Nutzbarmachung des Landes, seiner seit Ende der Monarchie zum Teil brach liegenden industriellen Ressourcen und seiner landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für den

Wirtschaftsraum eines „Großdeutschen Reiches“.

- Sozialpolitisch: Schaffung einer „blut- und gefühlsmäßig verbundenen deutschen Volksgemeinschaft“, die unter „Ausmerze von allen Minderwertigen“ aus gesunden, „arischen Menschen“ bestehen sollte.
- Kulturpolitisch: Absicherung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zielsetzungen durch Stärkung des Landesbewußtseins. Die Niederösterreicher bzw. „Niederdonauer“ sollten als stolze Bürger des „Ahnengauges des Führers“ die imperialistischen Ziele des Nationalsozialismus bedingungslos unterstützen.

Durch den Einsatz terroristischer Mittel, geschickter Manipulation und kurzfristiger Verbesserung in wirtschaftlichen und sozialen Bereichen gelang es dem Nationalsozialismus seine Herrschaft trotz abnehmender Zustimmung von Seiten der Bevölkerung unangefochten bis zur Befreiung durch die alliierten Armeen aufrecht zu halten.

Es ist deshalb unter Beachtung des von Hitlerdeutschland 1939 begonnenen Krieges und der damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Probleme im „Hinterland“ zu fragen:

- a) wie dieser Entwicklungsprozeß der „Eindeutschung“ in „Niederdonau“ ablief,
- b) welchen Beitrag die niederösterreichischen Machthaber für die Beschleunigung dieses Prozesses leisteten,
- c) wie die einzelnen regionalen Herrschaftsträger (Partei, Bürokratie, Wirtschaft, Wehrmacht) und ihre Repräsentanten im Gesamtrahmen der auf Reichsebene unter strukturellen Gesichtspunkten als „Polykratie“ (Peter Hüttenberger) bezeichneten NS-Herrschaft agierten,
- d) was und wer wie lange den vom Regime geforderten Integrationsprozeß stützte,
- e) ob und wie sich der Alltag der Menschen veränderte,
- f) welche Gruppen bzw. Maßnahmen in ihren Folgen für das Regime (des)integrierend wirkten,
- g) inwieweit Widerstand und Resistenz auch als „Ausdeutschung“, somit auch zur Erweckung eines neuen, vielleicht antifaschistischen Österreichbewußtseins, wirken konnten, und letztlich
- h) welche Folgen die NS-Integration für das Land Niederösterreich in seiner langfristigen sozialen und ökonomischen Entwicklung hatte?

Eine vom Verfasser in Arbeit befindliche Studie „Niederösterreich 1938–1945“ wird eine Gesamtinterpretation der nationalsozialistischen Herrschaft in Niederösterreich versuchen. Das Handeln von Teilen der Bevölkerung wird genauso der Analyse unterzogen, wie jenes der Regimerepräsentanten.

Die folgenden Ausführungen werden in gebotener Kürze deskriptiv – gleichsam zur Illustration des Forschungsprojekts – einige Aspekte der NS-Herrschaft in Niederösterreich behandeln. Ausgehend von dem genannten Modell der „Eindeutschung“ sollen:

1. die Eingliederung Niederösterreichs als „Reichsgau“ des „Deutschen Reiches“ und der Aufbau des nationalsozialistischen Herrschaftssystems,

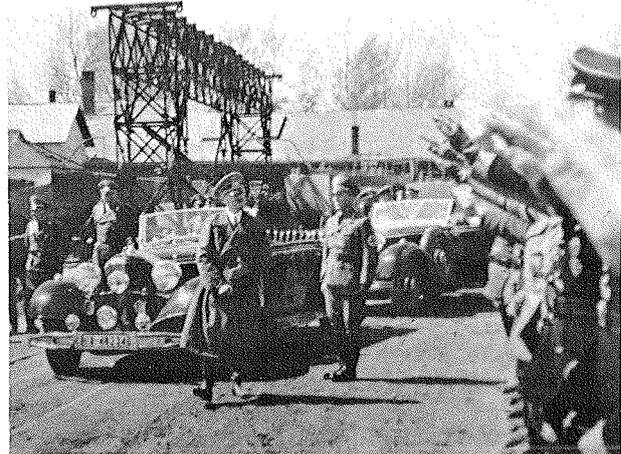
2. die wirtschaftliche Ausrichtung der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe sowie die Aufrechterhaltung deren Produktion durch Zwangsarbeiter behandelt werden.
3. Die „Bevölkerungspolitik“ bildete einen Schwerpunkt der Maßnahmen der Partei und Verwaltung in Niederösterreich. Dies hieß: „Aussonderung“ von „Gemeinschaftsgegnern“ und „Gemeinschaftsfremden“. Niederdonau nahm bei manchen dieser Maßnahmen eine Vorreiterrolle ein.
4. Allerdings ließen sich nicht alle Niederösterreicher, die nun von staatswegen zu „Niederdonauer“ geworden waren, in das Konzept einer „Volksgemeinschaft“ integrieren. Es gab Widerstand und Resistenz.
5. Eine kurze Situationsanalyse des Endes der nationalsozialistischen Herrschaft wird die Überlegungen abschließen.

1. NS-MACHTERGREIFUNG UND ETABLIERUNG DES HERRSCHAFTSSYSTEMS

Die Machtübernahme vollzog sich in Niederösterreich durch eine geordnete Übernahme der Landesverwaltung durch die Nationalsozialisten, durch die sofortige Besetzung nahezu aller Dienststellen des Landes und durch von der NSDAP organisierte Begeisterungstürme, Umzüge und Racheakte an ehemaligen Gegnern von unten.

Am Vormittag des 12. März 1938 wurden die Beamten des Landhauses zu einer Versammlung gerufen, bei der die ersten personellen Veränderungen bekanntgegeben wurden. Die Versammlung wurde von dem seit dem Vorabend als Landeshauptmann agierenden Julius Kampitsch geleitet. Stehend mußten die Beamten das „Horst-Wessel-“ und das „Deutschlandlied“ singen. Der Gauleiter der NSDAP,

Die folgende Bildserie (Bildarchiv Robert Streibel) zeigt Adolf Hitler bei einem Besuch des Pionierübungsplatzes in der „Gauhauptstadt“ Krems 1938.



Roman Jäger, versuchte in seiner Rede, etwaige „Eindeutschungs“-Befürchtungen der zum Großteil doch christlich-sozialen Beamtenschaft zu zerstreuen:

„Fürchten Sie nicht, daß wir verpreußt werden. Ich kenne Preußen und das übrige Deutschland und kann sagen, daß wir Österreicher in mancher Hinsicht mehr Preußen sind, als die draußen!“

Wenige Stunden später wurde die Bildung der neuen Landesregierung vollzogen: Dr. Roman Jäger wurde neuer Landeshauptmann für Niederösterreich, Landesstadthalter blieb Julius Kampitsch. Am 14. März, anlässlich der Fahrt Hitlers nach Österreich, proklamierte Jäger für Niederösterreich den „Ahnengau des Führers“. In einem Telegramm an Hitler versprach er:

„Niederösterreich als frühester und sicherster Hort der deutschen Ostmarksendung gelobt in diesem beglückenden Augenblick ewige Treue und unverbrüchliche Gefolgschaft. Der Gau Ihrer Ahnen bleibt deutsch und nationalsozialistisch für immer.“

Was das hieß bekamen jüdische Beamte sogleich zu spüren: Sie wurden zusammen mit Vertrauten des austrofaschistischen Regimes ihres Dienstes enthoben. Der Abstammungsnachweis wurde zum Anstellungserfordernis. Bereits am Abend des 11. März war der niederösterreichische Sicherheitsdirektor Dr. Gautsch verhaftet und durch Dr. Fritz Simmer ersetzt worden. Am 13. März wurden per Regierungsbeschluß offiziell die Gemeindetage aufgelöst, und somit die in vielen Orten bereits vollzogene Machtübernahme nachträglich legalisiert. Zum kommissarischen Leiter der ebenfalls von den Nationalsozialisten besetzten niederösterreichischen Landwirtschaftskammer wurde der Univ.-Doz. Dr. Ludwig Löhr bestellt.

Während Jäger an Hitler telegraphierte, setzten örtliche NSDAP-Formationen ihren bereits am Abend des 11. März 1938 begonnenen Rachefeldzug gegen Gegner fort. In allen Bezirken kam es zu Verhaftungen, Mißhandlungen und brutalen Übergriffen. Vor allem die früheren Repräsentanten der austrofaschistischen Diktatur, aber auch Juden, waren davon betroffen. Die Gewalttätigkeiten nahmen derart überhand, daß sich die Machthaber gezwungen sahen, gegen ihre eigenen Parteigenossen vorzugehen.

Davon unbeeinflusst ging die GESTAPO gezielt vor. Der frühere Landeshauptmann Josef Reither wurde im Auftrag der GESTAPO vom Gendarmeriepostenkommando Tulln festgenommen und nach Wien ins Straflandesgericht transportiert. In einer Nacht- und Nebel-Aktion wurde er am 1. April zusammen mit rund 100 anderen prominenten Häftlingen nach Dachau transportiert.

Während in den größeren Städten und Gemeinden des Landes von der NSDAP organisierte „Freudenumzüge“ abgehalten wurden, spürte man in kleinen Gemeinden vorerst noch wenig von den geänderten politischen Verhältnissen. Die großteils kleinbäuerliche Bevölkerung stand dem Nationalsozialismus eher skeptisch gegenüber. Vielfach mußten die NSDAP-Mitglieder mehrerer Ortschaften zu-

sammengetrommelt werden, um Umzüge und Versammlungen zu organisieren. Bei der Besetzung von Bürgermeisterposten mußte auf Nicht-Nationalsozialisten zurückgegriffen werden, da es in Zwerggemeinden kaum Parteimitglieder gab. Dagegen hatte die NSDAP in den größeren Ortschaften bereits seit Frühjahr einen Mitgliederansturm von sogenannten „Konjunkturrittern“ zu bewältigen: In Melk etwa, ließ sich der Ortsgruppenleiter den Beitritt zur NSDAP und die Ausstellung von sogenannten „illegalen“ Mitgliedsnummern bezahlen.

Bereits am 13. März 1938 hatte Hitler den saarpfälzischen Gauleiter Josef Brückel zum Beauftragten für die von ihm angeordnete „Volksabstimmung“ bestellt. Brückel sollte zusammen mit einem Stab „reichsdeutscher“ Beamter und Parteifunktionäre die Neuorganisation der NSDAP in Österreich durchführen. Die bisherigen Gauleiter der NSDAP wurden zu Gauwahlleitern und sollten ihr Amt vorerst kommissarisch ausüben. Auch auf den unteren Ebenen der Kreise und Ortsgruppen wurde so verfahren. Die NSDAP wurde zur Wahlkampfmaschine. Es setzte eine Propagandalawine ein, wie sie das Land noch nie vorher gesehen hatte. Die einzelnen Funktionäre der Partei versuchten sich gegenseitig an Radikalität und Durchsetzungsvermögen zu übertreffen. Massenveranstaltungen wurden vor allem in den Industrieorten abgehalten. Allein in Neunkirchen sollen am 9. April 30.000 Menschen zusammengekommen sein, um den Führer der „Deutschen Arbeitsfront“, Reichsorganisationsleiter Robert Ley, zu hören. Höchste Funktionäre von Partei und Staat besuchten Niederösterreich. Robert Ley sprach in Wr. Neustadt, Frank in Krems, Reden hielten Darre, Dietrich und Sauckel.

Während in allen Regionalzeitungen und auf Plakaten die „Feierliche Erklärung der österreichischen Bischöfe“ zum Anschluß und Kardinal Innitzers „Heil Hitler“ gezeigt wurde, ist ein entsprechender Aufruf des St. Pöltner Bischofs Memelauer nicht bekannt. Dafür zeichneten sich die ehemaligen niederösterreichischen SDAP-Funktionäre durch NS-wohlwollende Stellungnahmen aus: Heinrich Schneidmadl und der Kremser Abgeordnete Lazar gaben ähnliche Erklärungen wie Karl Renner ab.

Der Propagandafeldzug richtete sich in erster Linie gegen die Arbeiterschaft, welche für den Nationalsozialismus geworben werden sollte. Die hohe Arbeitslosigkeit und die damit bedingte schlechte soziale Lage ließen den Nationalsozialismus erste Erfolge erzielen. Bereits im März verkündete Gauleiter Roman Jäger Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, noch vor der „Volkabstimmung“ fuhren die ersten Arbeiter ins „Reich“. Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) und der „Hilfszug Bayern“ verteilten Lebensmittelpakete.

Am 25. März 1938 gab der niederösterreichische Landeshauptmann und Gauleiter der NSDAP, Dr. Roman Jäger, sein „Arbeitsprogramm“ für Niederösterreich bekannt:

„Als wir nach dem Zusammenbruch des alten Regimes die Gestaltung der Dinge in Niederösterreich übernommen haben, stand für uns eines fest: Nie-

derösterreich muß geholfen werden. Dieses schöne, an wirtschaftlichen Möglichkeiten reiche Land und seine arbeitsame Bevölkerung muß zu neuen Leben erwachen.“

Das „Regierungsprogramm“ sah im einzelnen vor:

1. Abbau der Arbeitslosigkeit durch Erstellung eines Sofortprogramms mit Bereitstellung der dafür erforderlichen Mittel von 16,3 Millionen S.
2. Ausbau von Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens.
3. Hebung des Fremdenverkehrs durch die Durchführung „großzügiger Veranstaltungen echt deutscher Festkultur“.
4. Errichtung eines gewerblichen Fortbildungsschulwesens, welches den „allermodernsten Ansprüchen“ entsprechen sollte.
5. Abbau der Subventionspolitik in der Landwirtschaft und Modernisierung derselben.
6. Reformierung der Steuerpolitik, wobei als erste Maßnahme die Abschaffung der Fahrradsteuer angekündigt wurde.
7. Ausbau der Elektrizitätswirtschaft durch die Verwirklichung bisher zurückgestellter Projekte. Jäger kündigte den Bau des bereits im Planungsstadium befindlichen Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug an.

Nur der Rückgriff auf geplante, aber nicht durchgeführte, Vorhaben der ständestaatlichen Verwaltung einerseits sowie die wirtschaftliche Eingliederung Österreichs in den größeren deutschen Markt, bot den NS Machthabern die Möglichkeit derartige Programme zu erstellen. Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen, bessere Aus- und Fortbildung für das Gewerbe, Abbau der Überschußgüter Wein und Getreide für die Bauern, Betätigungsfelder als Manager für die Beamenschaft – das Programm schien für alle Schichten und Klassen der Bevölkerung, für alle Wirtschaftszweige etwas zu bieten.

Das Ergebnis der am 10. 4. 1938 abgehaltenen „Volksabstimmung“ war, angesichts des nationalsozialistischen Drucks, eine nahezu 100%-Zustimmung: Von den knapp 1 Million Stimmberechtigten stimmten 1.491 mit „nein“ und 1.104 Stimmen waren ungültig. Hunderte Gemeinden konnten das von den Nationalsozialisten geforderte 100%-Ergebnis bringen. Eine detaillierte Betrachtung zeigt, daß die Anzahl der „Nein“-Stimmen in den Industriegemeinden tendenziell am höchsten war, wenn auch noch immer verschwindend gering. Über 20 „Nein“-Stimmen hatten Baden (35/31), die später zu Wien gehörigen Gemeinden Mauer (31/16), Hadersdorf (25/19), Brunn a. Gebirge (21/10), Mödling (27/26) sowie Korneuburg (21/2), Neunkirchen (20/7), Hohenberg (25/10) und Klosterneuburg (32/26). Nahezu überall mußte offen, ohne Benützung der Wahlzelle, abgestimmt werden. Konnte man eine „nein“-Stimme identifizieren, oder stimmte jemand demonstrativ offen ab – wie ein Mann in Lunz/See – wurde er von der Gendarmerie abgeführt, von der Bevölkerung beschimpft und von der GESTAPO vernommen.

Während der propagandistischen Vorbereitung der Volksabstimmung wurden im Stabe Brückels so-

wie in der Parteikanzlei erste Überlegungen zur Neuordnung des Landes Österreich sowie zur personellen Besetzung, angestellt. Niederösterreichs NSDAP war in einer schlechten Startposition: Der frühere einflußreiche Gau- und Landesleiter der NSDAP, Josef Leopold, war nicht nur bei Hitler, sondern bei nahezu allen seinen früheren Kollegen in Ungnade gefallen, Landeshauptmann und Gauleiter Dr. Roman Jäger ein treuer Leopold-Anhänger. Für die niederösterreichischen „Parteigenossen“ schien es eine Selbstverständlichkeit, daß ihr Leopold – 1927 bis 1938 in höchsten Parteifunktionen tätig –, der neue Gauleiter und Landeshauptmann werden würde. Als aber Dr. Jäger erklärte, daß er nicht in Konkurrenz zu Leopold Gauleiter werden wolle, blieb als Niederösterreicher nur der St. Pöltner Arzt Dr. Hugo Jury übrig. Jury, der einen SS-Rang innehatte, wurde wahrscheinlich auch vom Reichsführer SS Heinrich Himmler favorisiert und Ende Mai 1938 als Gauleiter der NSDAP bestellt. Als Stellvertreter wurde ihm der bisher in der Reichskanzlei tätige Karl Gerland, gleichsam als Aufpasser, zur Seite gestellt.

Einer der von vielen Dienststellen unterstützten Pläne sah überhaupt nur die Schaffung von vier Reichsgauen vor, was die vollkommene Auflösung Niederösterreichs bedeutet hätte. Hitler selbst untersagte derartige Konzeptionen. Dutzende andere Varianten wurden in der Folge durchgespielt. Die erste scheinbar definitive Veröffentlichung der „Gaugrenzen“ verursachte in Niederösterreich einen Schock, zumal man wußte, daß die räumliche Gliederung der Partei mit den Landesgrenzen nahezu identisch sein werde: Niederösterreich hatte, das wußte man schon längere Zeit, Gebiete an Wien abzugeben – gleichzeitig aber wurden nun dem Gau Steiermark die Bezirkshauptmannschaften Wiener Neustadt, Teile von Bruck a. d. Leitha sowie das gesamte Burgenland zugeteilt. Diese Meldung wurde nach heftigen Protesten und Interventionen korrigiert. Der mit 31. Mai 1938 bekanntgegebene Gebietsumfang des NSDAP-Gaues „Niederdonau“ umfaßte: Das Gebiet des ehemaligen Bundeslandes Niederösterreich mit den vier nördlichen Bezirken des Burgenlandes (Neusiedl, Eisenstadt, Oberpullendorf und Mattersburg) und abzüglich der Erweiterungen von Groß-



Wien, welches nun im Süden ungefähr bis Baden, im Westen bis Preßbaum – Alland, im Norden bis knapp vor Korneuburg und im Osten bis Fischamend reichte. Durch die auf deutschen Druck im September 1938 durchgeführte Eingliederung des Sudetenlandes ins „Deutsche Reich“ wurde Niederdonau um Gebiete von der Tschechoslowakei erweitert. Hier vor allem um die Verwaltungsbezirke Neubistritz, Znaim und Nikolsburg sowie um ein Gebiet um Engerau bei Preßburg. Ab der Besetzung der Tschechoslowakei und der Errichtung des „Protektorats“ unterhielt die ND-Gauleitung Kreisleitungen in Brünn und Iglau. Bei der Gauleitung wurde ein „Verbindungsstab Böhmen und Mähren“ gegründet, auf dessen Tätigkeit Jury großen Wert legte, zumal er mit weiteren Gebietszuwächsen rechnete, ja sogar von einer „Gauhauptstadt“ Brünn träumte.

Die räumliche Gliederung der Partei wurde nahezu gleich von der staatlichen Verwaltung übernommen. Mit dem Ostmarkgesetz vom 14. April 1939 wurde Niederösterreich als Reichsgau Verwaltungsgebiet des „Deutschen Reiches“ und mit einer bescheidenen Selbstverwaltung ausgestattet.

2. WIRTSCHAFT UND MODERNISIERUNG

Die Besuche von „Reichsmarschall“ Göring, der auch gleichzeitig Hitlers „Beauftragter für die Durchführung des Vierjahresplanes“ war, und vom Leiter des Reichsnährstandes Walther Darree im März 1938 dienten nicht allein propagandistischen Zwecken, sondern hatten ökonomische Interessen. Mit der Annexion Österreichs setzte ein Sturm deutscher Firmen auf österreichisches Kapital ein. Vor allem die niederösterreichischen Konzernbetriebe der Creditanstalt waren davon betroffen. Die „Reichswerke A. G. Hermann Göring“ übernahmen die Feinstahlwerke Traisen, die Werke der Gebrüder Böhler A. G., die sich um die „Enzesfelder“ vergrößerten, gingen mehrheitlich an den „Deutschen Stahlverein“, die Friedrich Krupp A. G. übernahm von der Creditanstalt fast geschenkt die Aktienmehrheit der Berndorfer Metallwarenfabrik etc. Mit welchen Mitteln und Zielsetzungen hierbei gearbeitet wurde, veranschaulichen zwei Beispiele: Am 24. März sandte der Gauleiter der NSDAP von Thüringer und „Stiftungsführer“ der Wilhelm-Gustloff-Werke ein Telegramm an Göring betreffend der Arisierung der Hirtenberger Patronenfabrik. Sauckel schrieb:

„Auf ursprüngliche Empfehlung von Pg. Keppler beabsichtige ich, für die Wilhelm-Gustloff-Stiftung die Hirtenberger Patronenfabrik zu übernehmen. Diese Produktion ist für unsere nationalsozialistischen Wilhelm-Gustloff-Werke dringend notwendig. Ich bitte daher, da sich unter anderen für diese ehemals jüdische Fabrik in Österreich auch die I. G.-Farben sehr stark interessieren, meiner Bitte zu entsprechen und der Erwerbung dieser Fabrik durch die Wilhelm-Gustloff-Stiftung Ihrerseits zuzustimmen. Ich bin der Meinung, daß die I. G.-Farben nicht alles haben müssen.“

Ein Schreiben von Wilhelm Keppler an den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Friedrich

Krupp A. G. anlässlich der Übernahme der Berndorfer Metallwarenfabrik verdeutlicht die Zielsetzung bei der „Eindeutschung“ der österreichischen Industrie:

„Ich darf wohl als selbstverständlich voraussetzen“, schrieb der Göring-Beauftragte für Wirtschaftsfragen, „daß sie bei der Übernahme dieses Werkes alles tun werden, um möglichst bald die österreichische Wirtschaft in den Zustand zu bringen, der nun im allgemeinen deutschen, nicht nur österreichischen Interesse allein wünschenswert ist.“

Durch „Arisierung“, d. h. durch den Raub jüdischer Betriebe sowie durch Ausbau bestehender unproduktiver Betriebe, wollte man das eigene Firmenimperium verstärken. Außerdem wollte man sich die zum Teil noch immer guten Handelsbeziehungen niederösterreichischer Unternehmen in die Tschechoslowakei und in den Südosten nutzbar machen. Darüberhinaus: Im Zuge der forcierten Aufrüstung im Deutschen Reich war es zu einem Arbeitskräfte- und Rohstoffmangel gekommen. Die industriellen Kapazitäten waren weitgehend ausgelastet. Österreich bot nun die Chance, was die deutschen Industriellen schon sehr früh erkannten, hier sich Firmen nicht nur einzuverleiben, sondern auch billig produzieren zu können. Diese deutschen Interessen trafen sich mit den wirtschaftlichen Vorstellungen der niederösterreichischen Regionalpolitiker. In der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, im Wiederaufbau einer starken und leistungsfähigen Industrie sahen auch sie die Chance für eine wirtschaftliche Gesundung des Landes. Darüberhinaus sollte die Infrastruktur verbessert, die Energiegewinnung erweitert, der Fremdenverkehr gesteigert und die Landwirtschaft entschuldet werden.

Göring, der nicht nur gesamtwirtschaftliche, sondern auch die Interessen seines Stahlkonzerns (Hermann-Göring-Werke) und auch die des Luftfahrtministers vertrat, bestimmte den Raum Wiener Neustadt zum Zentrum der Luftwaffe und der Luftrüstung in Österreich: Die infrastrukturellen Voraussetzungen waren dafür mit den zwei Wr. Neustädter Flughäfen und dem Flughafen von Bad Vöslau-Kottingbrunn sowie durch stillgelegte Werksanlagen in der unmittelbaren Umgebung optimal gegeben. Die von Göring gegründeten „Wiener Neustädter Flugzeug Werke“ sollten zu einem der größten Rüstungskonzerne auf österreichischem Boden werden. Zeitweise waren 20.000 Arbeiter mit dem Aufbau des Werkes beschäftigt, welches am 30. März 1939 die Fertigstellung des ersten „allein aus den Mitteln der Ostmark“ erzeugten Flugzeuges meldete. An einem zweiten Rüstungsschwerpunkt Linz – Steyr – St. Valentin war der Raum Niederdonau vorerst nur peripher beteiligt. Das sogenannte „Nibelungenwerk“ der Steyr-Werke in St. Valentin erzeugte Panzer. In Moosbierbaum wurde von der IG-Farben eine Anlage zur Treibstoffherstellung errichtet. Entlang der Donau sollten mehrere große Aluminiumwerke entstehen. Diese Einbeziehung Niederdonaus in die Rüstungsindustrie brachte vorderhand einen Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwunges für das ganze

Land. Die großen Industrien beschäftigten zahlreiche Zulieferfirmen, das Kleingewerbe und der Einzelhandel konnte seine Umsätze steigern. Doch bereits nach nicht weniger als drei Jahren, als der erste große Luftangriff Wr. Neustadt traf und bald ganz Niederdonau in den Luftkrieg miteinbezogen wurde, wünschte man sich, man hätte keine kriegswichtige Industrie. Die anfängliche Begeisterung wich der Ernüchterung.

Die großen Rüstungsvorhaben sowohl im, wie auch außerhalb des Reichsgaues, benötigten große Mengen von Energie. Der Ausbau der niederösterreichischen Erdölfelder wurde voran- und erstmals professionell betrieben. Die Rohölförderung stieg von 33.000 t im Jahr 1933 auf über 1,200.000 t im Jahre 1944. Die Schaffung eines einheitlichen Verbundnetzes elektrischer Energie durch die „Gauwerke Niederdonau“ war einer jener nationalsozialistischen Maßnahmen, die sowohl im regionalen, wie auch im kriegswirtschaftlichen Interesse lagen.

Bereits 1941, unter Eindruck der militärischen Siege des „Deutschen Reiches“ begann man in Niederdonau mit der wirtschaftlichen Nachkriegsplanung. Man träumte bereits von einer kontinentalen Großraumwirtschaft, in welcher Niederdonau auf Grund seiner geopolitischen Lage eine besondere Rolle zu fallen sollte. Der „Dr. Hugo Jury-Plan“ war wohl das größte wirtschaftlich-soziale Planungsvorhaben in der sogenannten „Ostmark“. Bei der Pressevorstellung meinte der Gauwirtschaftsberater über die Intention der Planung:

„Die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Leistungssteigerung muß allen vorschweben: die besondere Bedeutung des Gaues in seiner Grenzlage. Der Gauleiter will einen Mustergau schaffen und deshalb müsse der treuen und arbeitsamen Bevölkerung eine besser Lebensmöglichkeit geboten werden.“

Der Traum von einer wirtschaftlich-sozialen Umgestaltung, von einer Drehscheibe Niederdonaus nach Ost und Südosten, wurde 1942 jäh unterbrochen, als infolge der Kriegereignisse auf „Führerbefehl“ alle Nachkriegsplanungen einzustellen waren.

Der Auf- und Ausbau der niederösterreichischen Industrie, der hier mit einigen wenigen Beispielen im Rahmen einer „wirtschaftlichen Eindeutigkeit“ beschrieben wurde, mußte durch eine Modernisierung und Technisierung der Landwirtschaft abgesichert werden. Eine krisenunabhängige, autarke Ernährungsbasis ist Grundvoraussetzung für jedes Expansionsstreben. Die nationalsozialistische „Blut- und Boden-Ideologie“, die Betonung eines auf die Ernährungssicherung des gesamten „deutschen Volkes“ reduzierten Aufgabenbereich des Bauerns, sollte dem Nachdruck verleihen. Auch hier trafen sich die Wünsche der deutschen Wirtschaftsstrategen mit regionalen Notwendigkeiten. Die niederösterreichische Landwirtschaft war stark verschuldet. Viele Betriebe waren 1938 von Zwangsversteigerung bedroht. Die Bauern hatten nicht nur bei Banken und Sparkassen, sondern auch bei Händlern, Ärzten oder in Gasthäusern Schulden. In manchen Gebieten des Bundeslandes fand in den dreißiger Jahren ein Naturalhandel

statt: Wollsocken vom Kaufmann wurde gegen Fett, Häute oder Eier getauscht. Im Rahmen einer großen Umschuldungsaktion mußten nun Kleinschulden von den Gläubigern unter dem Druck der NSDAP nachgelassen werden, größere Beträge wurden auf Antrag auf 51 Jahre umgeschuldet. Allerdings wurde der Bauer damit vom NS-Herrschaftssystem abhängig und somit erpreßbar: Neuverschuldung und Veräußerung wurden genehmigungspflichtig, Betriebsüberwachungen konnten angeordnet werden. Diese Einschränkung der bäuerlichen Wirtschaftsfreiheit, die viele Bauern klar erkannten, trug dazu bei, daß in Niederdonau bis 1940 von 22.000 eingebrachten Anträgen über ein Drittel, nämlich 8.000, wieder zurückgezogen wurde. Darüber hinaus wurde die Durchführung der „Entschuldung“ von vielen Bauern als Selbstverständlichkeit, und nicht als große wirtschaftspolitische Leistung des Nationalsozialismus gesehen. Allerdings brachte die „Entschuldung“ Fortschritte in der Mechanisierung der Landwirtschaft. Besonders in den Jahren bis 1942, als noch landwirtschaftliche Motoren und Maschinen erzeugt werden durften, wurde von den Bauern, die nun mehr Geld hatten, vom Angebot der Mechanisierung Gebrauch gemacht.

Die Mechanisierung der Landwirtschaft ging zu langsam, um ein Problem nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik zu lösen: Durch den raschen Auf- und Ausbau von Industrie und Infrastruktur setzte eine Landflucht von der Landwirtschaft zur Industrie und zum Bauwesen ein. Diese nahm so große Formen an, daß die Nationalsozialisten darin eine Gefährdung der „Ernährungssicherung“ erblickten. Weder durch Zwangsverpflichtungen, Abwanderungsverbot und Lohnerhöhungen konnte man diesem Problem beikommen. Kinder und Familienangehörige wurden in der Folge verstärkt zur Arbeitsleistung in der Landwirtschaft herangezogen. Letztlich, als der Arbeitskräftemangel durch den Kriegsbeginn bedrohliche Formen anzunehmen drohte, griff man auf den Einsatz von ausländischen Zivilarbeitern und später von Kriegsgefangenen zurück.

Ohne den Einsatz von ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit wäre die Wirtschaft, sowohl die Industrie-, wie die landwirt-



schaftliche Produktion ab 1940 nicht mehr aufrechterhalten gewesen. Durch den Masseneinsatz von Zwangsarbeitern sicherte sich das nationalsozialistische Regime die Fortführung ihres Eroberungskrieges. Das „Leben in der Heimat“ war genauso den Zwangsarbeitern zu verdanken, wie der Aufbau jener Industrie, die später nach 1947 die Flaggschiffe der „Verstaatlichten“ darstellen sollten. Bereits im August 1941 waren im Landarbeitsbezirk Niederdonau–Wien über 88.500 ausländische Arbeitskräfte in Industrie und Landwirtschaft beschäftigt. Bereits 1943 war der Anteil von Zwangsarbeitern in einzelnen Industriebetrieben über 60% der Belegschaft. Über die Behandlung dieser Arbeiter berichtete der Landrat von Korneuburg im Jänner 1943:

„Bei einem Teil der bei der Schiffswerft in Korneuburg beschäftigten französischen Zivilarbeiter haben sich deutschfeindliche Strömungen geltend gemacht. Die Belegschaft eines Zimmers hat deutschfeindliche Lieder gesungen und sich provozierend geäußert, sie wolle in die Heimat zurück, um gegen die Achsenmächte kämpfen zu können. Auf Grund der Ermittlungsverfahren wurden 16 französische Staatsangehörige im Wege der GESTAPO in das Arbeitserziehungslager Ober-Lanzendorf eingeliefert.“

Als der Mangel an Arbeitskräften immer größer wurde, wurden Häftlinge aus Konzentrationslagern vor allem in der Rüstungsindustrie eingesetzt. Auf dem Gebiet des heutigen Niederösterreich wurden 1944 elf Konzentrationslager als Außenlager des KZ Mauthausen in Melk, Wr. Neustadt, Wr. Neudorf, Hinterbrühl, Hirtenberg, Schwechat, Amstetten, St. Valentin und St. Aegydt errichtet. Die Konzentrationslager wurden zum Arbeitskräftereservoir für die Rüstungsindustrie und erlangten somit wirtschaftliche Bedeutung. Die Häftlinge mußten unter unmenschlichen Bedingungen zum Teil in unterirdischen Stollenanlagen arbeiten: So etwa in Melk, wo unter der Tarnbezeichnung „Quarz“ eine unterirdische Anlage zur Herstellung von Kugellager für Steyr-Daimler-Puch errichtet wurde, oder in der leergepumpten Seegrotte bei Hinterbrühl, wo „Heinkel“-Volksjäger hergestellt wurden. Walther Kastner, damals Direktor von Semperit, erzählte von einem Besuch der unterirdischen Hallen bei Melk:

„Ich besuchte diese Betriebsstätten, die SS-Leitung führte mich, der Eindruck war schauerlich: schlechte Luft und Beleuchtung, allerorten Schmutz, aus Fertigungsabfällen und Sand gemischt; im trüben Kühlwasser wuschen die Arbeiter ihr Eßgeschirr, es waren durchwegs Gefangene. Ein Vorarbeiter, ein kräftiger Mann, schlug mit einem Knüppel einen schwachen Arbeiter . . .“

Im April 1945 wurden die Konzentrationslager im heutigen Niederösterreich aufgelassen und die Häftlinge mußten zum Teil zu Fuß den Todesmarsch nach Mauthausen antreten.

3. BEVÖLKERUNGSPOLITIK

Das Ziel des Nationalsozialismus war der Aufbau einer Gesellschaft, welche die Vorherrschaft des „Deutschen Reiches“ in Europa ermöglichen und

sichern sollte. Ein Mittel dieser imperialistischen Strategie war die Errichtung einer sogenannten „Volksgemeinschaft“, die alle „Deutschen“ nach rassistischen Kriterien, umfassen sollte. „Volksgemeinschaft“ hieß nicht Auflösung bestehender gesellschaftlicher Unterschiede in Besitz, Einkommen und Status, sondern den Aufbau einer „bluts- und gesinnungsmäßigen Gefühlsgemeinschaft“ zur Unterstützung der Maßnahmen der nationalsozialistischen Diktatur. Dies hieß konkret:

1. Aufbau von Gemeinschaften unter der Führung der Staatspartei des „Dritten Reiches“, der NSDAP und ihrer „Gliederungen“, in Beruf und Freizeit, zu Hause: „Dorfgemeinschaft“ und „Betriebsgemeinschaft“ wurde allerorts propagiert.
2. Vollkommene Unterordnung unter die Anweisungen und Befehle von Partei und Staat.
3. Verfolgung und Vernichtung von allem, das dem Aufbau dieser rassistisch begründeten „Volksgemeinschaft“ entgegen zu stehen schien. Nur die „deutschen Niederösterreicher“ sollten in einen Gesamtkörper nationalsozialistischer Gesinnung integriert werden.

„Eindeutschung“ hieß in diesem Zusammenhang Konkretisierung von ideologisch vorgeformten völkisch-rassistischen Deutschnationalismus.

Es scheint, daß nur in wenigen anderen Gebieten des sogenannten „Großdeutschen Reiches“ die Bestrebungen zur Etablierung einer „deutschen Volksgemeinschaft“ so zielgerichtet aufeinander abgestimmt verfolgt wurden als in Niederdonau.

Der Maßnahmenkatalog der von der Gauleitung Niederdonau mit maßgeblicher Unterstützung der staatlichen Behörde und der Wirtschaft vorgelegt wurde, reichte von der Förderung familienpolitischer Einrichtungen über die Verfolgung von Juden, Volksgruppen und Kirchen bis zur Vernichtung von „Zigeunern“, sogenannten „Asozialen“ und psychisch und physisch Kranken. Auch waren die von Niederösterreichern im März und April 1945 begangenen Morde und Massaker nicht die Tat einiger weniger Fanatiker, sondern die grausam-logische Konsequenz von sieben Jahren rassenpolitischer Schulung und Indoktrinierung.

Im Jänner 1940 präsentierte das „rassepolitische Amt“ der NSDAP Niederdonau eine Wanderausstellung, in der alle sogenannten „bevölkerungspolitischen Maßnahmen“ zusammengefaßt wurden. Leitsätze dabei waren: „Reinerhaltung des Blutes“, „Beseitigung der Minderwertigkeit“ und „Förderung der Besten“:

Beim Betreten der mit 100 Tafeln ausgestatteten Ausstellung war eine Tafel mit den Schlußworten aus Hitlers „Mein Kampf“ angebracht:

„Ein Staat, der im Zeitalter der Rassenvergiftung sich der Pflege seiner rassischen Erziehung widmet, muß eines Tages zum Herrn der Erde werden.“

In Niederdonau wurde genau nach jenen Zielsetzungen der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik verfahren, die Reichsinnenminister Frick 1934 mit folgenden Worten kennzeichnete:

„Seien wir uns dessen bewußt, daß mit der Ausmerze und Auslese, die durch unsere rassenhygienische und rassenpolitische Gesetzgebung eingeleitet werden, noch nichts erreicht ist, wenn wir nicht durch positive bevölkerungspolitische Maßnahmen die Familiengründung und die ausreichende Fortpflanzung des wertvollen erbgesunden deutschen Menschen erreichen.“

- Letzteres sollte in Niederdonau nicht nur durch die reichseinheitlich eingeführten Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen erreicht werden, sondern durch eine besondere Erfassung aller „erbtüchtiger Familien“. Darüber hinaus wurden besondere Kurse für Frauen, die keine Kinder bekommen konnten, abgehalten. Beratungsstellen für „kinderlose Ehen“ wurden geschaffen und als Pilotprojekt stolz präsentiert. In der arisierten Lungenheilstätte von Pernitz wurde für die sogenannte „Ostmark“ das erste „Lebensborn“-Heim („Wienerwald“) der SS zur Betreuung lediger Mütter gegründet. Sogenannte „NS-Schwestern“ sollten die Gesundheitspflege in kleinen Gemeinden fördern und überwachen.
- In den Grenzkreisen gegen Nordosten wurden zur Züchtung eines bäuerlichen Nachwuchses eigene Landdienstlager eingerichtet: Die jungen Menschen, die an diesem Lager teilnahmen, sollten „nach Beendigung ihrer Ausbildung als Wehrbauern und Bäuerinnen in den neugewonnenen Ostgebieten ihren eigenen Boden bebauen und helfen, das Land deutsch zu machen.“
- In jedem Kreis wurden Stützpunkte der „Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene“ gegründet. Die Landräte mußten auf Anweisung Dr. Jurys die örtliche Leitung übernehmen.
- Der „rassenpolitischen Erziehung“ wurde besonderes Augenmerk zugewendet. Die Propagandaleiterin der NS-Gaufrauenenschaft führte dies bereits im August 1938 bei einer Tagung in Wr. Neustadt aus:

„Schon dem Kleinkind muß der Unterschied zwischen dem deutschen Menschen und dem Juden eingepägt werden, wie Himmel und Hölle. Jedes Mädchen muß die Fähigkeit besitzen, den getarnten Juden auch im Ausland zu erkennen.“

Mit welcher Konsequenz dies durchgeführt wurde, läßt sich daran ermessen, daß die Generation der heute über 55jährigen bei vielen Menschen im Fernsehen einen Juden zu erkennen glaubt.

- Die Verfolgung und Vertreibung der Juden wurde in Niederdonau mit Hilfe der Bevölkerung konsequent durchgeführt: 1938 lebten in Niederösterreich 8.010 sog. „Glaubensjuden“. Bereits im Mai 1939 waren es nur noch 427. Von den 3.222 Juden des Burgenland lebten ein Jahr später nur noch 12 im Lande. Bereits in den Tagen der nationalsozialistischen Machtübernahme kam es zu pogromartigen Ausschreitungen von Teilen der Bevölkerung. Mit allen Mitteln, wie wirtschaftlichen Boykott, Bade- und Trachtenverbot und „wildem“ Enteignungen wurden die Juden zum Ausreisen gezwungen. Zahlreiche Ortschaften meldeten in der Folge mit Stolz der Regionalpresse, ihre

Gemeinde sei „judenrein“. Insgesamt 2.612 Geschäfte, Liegenschaften, Betriebsstätten und Fabriken wurden „arisiert“, dies hieß, von sogenannten „arischen“ Käufern geraubt. Im Juli 1938 fand in Krems der erste „Rassenschande“-Prozeß gegen einen Fleischhauermeister aus Eggenburg statt. In der sogenannten „Reichskristallnacht“ ordnete Gauleiter Dr. Hugo Jury an: „Demonstrationen gegen Juden und jüdische Geschäfte“ seien nicht zu unterbinden, „aber auch nicht zu organisieren“. Das jüdische Vermögen sollte offenbar dem Staat möglichst unverehrt in die Hände fallen. Dennoch: In St. Pölten drang eine aufgebrachte Menschenmeute in den jüdischen Tempel ein und verbrannte anschließend öffentlich die Schriften der jüdischen Jugendbücherei. Kurz darauf plante man in Niederdonau als Pilotprojekt die Errichtung von Arbeitslagern für Juden. Die bis 1941 nicht ausgewanderten Juden wurden in die Vernichtungslager deportiert.

- Die Sinti (NÖ) und Roma (Bgl.) wurden in Niederösterreich schon immer als „Landplage“ gesehen. Die Bezirkshauptmannschaften machten immer wieder Vorschläge zur „Eindämmung des Zigeunerunwesens“. Vorschläge, die von der Ausweisung über den Entzug von Gewerbeberechtigungen bis zur Kinderwegnahme reichten. Die nationalsozialistische Herrschaft bot ihnen nun die Möglichkeit einer „Lösung der Zigeunerplage“. Als der Bürgermeister von Neustift-Forchtenau, Bernhard Wilhelm Neureiter, die „Bekämpfung der Zigeunerplage in Niederdonau“ als „Beauftragter des Rassenpolitischen Amtes“ in die Hand nahm, lebten in Niederdonau 2.700 Zigeuner. Als Sofortmaßnahme sandte er 300 davon in ein Konzentrationslager. Als dies – seiner Auffassung nach – zu wenig Wirkung zeigte, forcierte er den Bau eines Zigeunerlagers in Lackenbach.

„Es war nun endlich möglich geworden, die Erfassungsaktion auf die am meisten zigeunerverseuchten Kreise des Gau Niederdonau auszudehnen.“

Im September 1941 waren rund 1.850 Zigeuner aus Niederdonau in Lackenbach. 1942 wurden hier auf Betreiben der Gauleitung und mit Billigung Himmlers



Versuche zur Sterilisierung durchgeführt. Im ersten Halbjahr 1943 kam es zu Deportationen von Zigeunern nach Auschwitz, wo sie entweder durch die Lagerbedingungen oder in den Gaskammern vernichtet wurden.

- Die Verfolgung der Zigeuner wurde nicht nur aus rassistischen Motiven heraus, sondern auch im Rahmen der Aktion gegen „Gemeinschaftsfremde“ durchgeführt. Unter dem Deckmantel einer „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ wurden „Asoziale“ festgenommen und als Zwangsarbeiter eingesetzt. Auch diese Projekte wurden vom Rassenpolitischen Amt der NSDAP Niederdonau beobachtet und geleitet. Im August 1939 befahl Gauleiter Jury die einheitliche Erfassung von sogenannten „Asozialen“ in Niederdonau. Es blieb den einzelnen Gendarmeriebeamten und Landräten überlassen die „Gemeinschaftsunfähigkeit“ festzustellen. Allein in Amstetten wurden 100 männliche und 25 weibliche Asoziale registriert. Diese wurden auf Grund von häufig begangenen Eigentumsdelikten, sogenannter Arbeitsscheu und zu häufigem Alkoholismus und bei Frauen infolge eines angeblich unsittlichen Lebenswandels namentlich aufgezeichnet. 1942 wurde dieses Verfahren unter verschärftem Druck wiederholt. In der Durchführung der Erfassung und Behandlung von „Gemeinschaftsunfähigen“ gewann Niederdonau Vorbildcharakter für das „Deutsche Reich“. Zwangssterilisierung wurde auch hier in Erwägung gezogen.
- Nachweislich durchgeführt wurde die Sterilisierung in den Heil- und Pflegeanstalten Mauer-Öhling und Gugging. In den genannten Anstalten wurde auch mit Wissen und Unterstützung von Partei und Staatsverwaltung die Vernichtung sogenannten „lebensunwerten Lebens“ ohne Hemmungen praktiziert: Hier wurden eigene Schockötungsmethoden entwickelt und deren Wirkung bei Kongressen in Gugging Psychiatern und Ärzten an lebenden Menschen demonstriert. Der Direktor von Gugging verantwortete sich 1946 so:

„Ich habe unter diesen (...) Verhältnissen seelisch schwer gelitten. Ich habe auch den Gedanken erwogen, ob ich nicht aus der Anstalt scheiden soll, gab ihn aber deshalb wieder auf, weil ich dann meine Dienstwohnung hätte aufgeben müssen und ich zu diesem Zeitpunkt einen Transport nach Oberösterreich (meiner Möbel) nicht hätte durchführen können.“

Alle der hier genannten Maßnahmen dienten der Errichtung einer „Volksgemeinschaft“ und wurden mit ausdrücklicher Billigung, wenn nicht sogar auf Initiative des Gauleiters und Arztes, Dr. Hugo Jury, durchgeführt. Er sah seine politische Aufgabe, wie er bei der Eröffnung einer Akademie für ärztliche Fortbildung in Krems ausführte, im Beseitigen des Übels, aus dem die Symptome einer Krankheit kommen:

„Und wenn mein Gau heute als Mustergau bezeichnet wird, dann ist dies hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß ich Gauleiter, wie als Arzt gearbeitet habe.“

Der Gauleiter wurde von zu vielen Helfern mit Begeisterung dabei unterstützt.

4. VOLKSGEMEINSCHAFT UND VOLKSMEINUNG

Die von den Nationalsozialisten geplante und durchgeführte Integration der Niederösterreicher in eine „deutsche Volks- und Schicksalsgemeinschaft“ gelang trotz der genannten verbrecherischen Maßnahmen der „Auslese“ und „Ausmerzungen“ nur zum Teil. In Niederdonau war es vor allem die Integrationsmacht der katholischen Kirche, die von den Nationalsozialisten nicht gebrochen werden konnte. Trotz der Verfolgung von Priestern, der Auflösung der katholischen Vereine und Klöster, der Einschränkung des Religionsunterrichtes und der Einführung des Kirchenbeitrages, blieb sie für viele die nahezu einzige Alternative zum Nationalsozialismus. In den 1939 gegründeten Pfarrgemeinderäten versammelten sich bald die, von den Nationalsozialisten im März 1938, entfernten katholischen Gemeinderatsmitglieder und bildeten eine örtliche „Gegenregierung“. Zu öffentlichen Demonstrationen und Tumulten kam es vielerorts, als der Religionslehrer abberufen, oder das Kreuzifix aus der Schule entfernt werden sollte. Aus Amstetten wurde im Jänner 1942 berichtet:

„Die Ablieferung der Glocken stößt auf volles Verständnis, auch bei der Landbevölkerung. Dagegen herrscht sofort Aufregung, wenn irgendwelche Maßnahmen angeordnet werden, die als gegen die Religion gerichtet angesehen werden.“

Die NSDAP mußte in vielen Gemeinden vor der kirchlichen Jugendbetreuung kapitulieren. In Ybbs etwa versorgte die nationalsozialistische Frauenschaft die Buben des Ortes nach der Erstkommunion mit einem festlichen Frühstück. Manchmal marschierten örtliche Funktionäre der Partei in voller Uniform bei Prozessionen oder kirchlichen Begräbnissen mit, was ihnen allerdings eine entsprechende Rüge von der Partei einbrachte. Die Pfarreien wurden zur Nachrichtenbörse über die Lage „an der Front“ und über das Schicksal von im Krieg Vermißten. Über sie ging auch ein reger Briefwechsel, der trotz oftmaliger Verwarnung durch GESTAPO und Landrat nicht eingestellt wurde. Die Zunahme der Kircheneintritte ab 1943 verdeutlicht die zunehmende Integrationskraft der Katholischen Kirche bei abnehmender Akzeptanz des Nationalsozialismus.

Neben der Katholischen Kirche hatte als einzige Gruppierung die Kommunistische Partei in Niederösterreich eine Organisation. Sie unterhielt als einzige politische Partei der Arbeiterbewegung eine illegale „Provinzkommission“ für Niederösterreich in Wien und St. Pölten. Sie bauten großteils entlang den Bahnstrecken Stützpunkte auf, die miteinander in losen Kontakt waren. Waren die Schwerpunkte kommunistischen Widerstandes im Raum St. Pölten–Krems und im westlichen Niederösterreich relativ weit voneinander entfernt, so hatte die Partei im Industrieviertel eine sehr hohe Organisationsdichte.

In nahezu jeder kleinen Ortschaft bestanden KPÖ-Zellen. Ihre Tätigkeit bestand nicht nur im Weitergeben von Nachrichten, Werben von Mitgliedern, in der Unterstützung der Familien gefangener Genossen, sondern auch in der antifaschistischen Agitation in Betrieben. Die Bedeutung der Tätigkeit der KPÖ, in welcher damals viele Sozialisten und auch Parteilose die Möglichkeit anti-nationalsozialistischen Kampfes fanden, darf besonders für Niederösterreich als sehr hoch eingeschätzt werden. Das hohe Ethos, mit dem die kommunistischen Widerstandskämpfer agierten, zeigt sich auch dadurch, daß es der GESTAPO trotz vieler Verhaftungen und grausamer Folter nie gelang, die weitverzweigte und miteinander verbundene Organisation zu zerschlagen. Dennoch blieb aktiver Widerstand in Niederdonau eher die kleine Ausnahme, denn die Regel.

Trotz abnehmender Akzeptanz und zunehmender Terrorherrschaft unterstützte die Mehrheit der Niederösterreicher, oder Niederdonauer, den Nationalsozialismus. Bereits mit Kriegsbeginn, spätestens 1941 wurde die Form der „Eindeutschung“ als nicht unbedingt positive Entwicklung gesehen. Aus dieser „Eindeutschung“, die durch den Stopp sozialreformierender Umgestaltungsmaßnahmen auf unterster Ebene und durch die kriegswirtschaftlichen Versorgungsengpässe genauso bedingt waren, wie durch die Einberufungen zur Wehrmacht, wurde 1943 Resignation. Dennoch wurden in der „Heimatfront“ fleißig für die Wehrmacht in Millionen unbezahlter Stunden gearbeitet und Parteiveranstaltungen besucht. Kritik wurde dort laut, wo es um wirtschaftliche und persönliche Belange ging. Wenn die Fettversorgung zusammenbrach, keine Öfen erhältlich waren, Kleider und Schuhwerk nur an bestimmte Personengruppen ausgegeben wurden, dann stellte man das faschistische System und seinen „Führer“ in Frage. Trotz Erzeugungs- und Ablieferungsschlacht behielten die Bauern auch unter rigoroser Strafandrohung mehr als ihren Eigenbedarf zurück und konnten damit die nicht landwirtschaftlich-tätige Bevölkerung zu einem guten Teil mit zusätzlichen Nahrungsmitteln versorgen. Der Tausch- und Schwarzhandel nahm in den Jahren 1944/45 ungeahnte Formen an. Sogenannte „Schwarzschlachtungen“, obwohl sehr streng geahndet, waren überall an der Tagesordnung.

Gleichzeitig kamen jedoch Neid und Mißgunst deutlicher als je zuvor zum Durchbruch. Zahlreiche Denunziationen bei Partei und GESTAPO mit oft fatalen Folgen gingen auf persönliche Differenzen und wirtschaftlich-soziale Unterschiede zurück. „Warum gerade wir, und nicht die anderen?“, war eine der oft gestellten Fragen. So etwa war die bäuerliche Bevölkerung des Kreises Lilienfeld sehr erbost darüber, daß zwar ältere Jahrgänge aus der Landwirtschaft eingezogen wurden, obgleich – wie sie meinten – doch noch genügend jüngere nicht Kriegsdienstverpflichtete da wären. In Korneuburg forderte man einfach die Einziehung dort anwesender ungarischer Soldaten, da sie eine Belastung für die Ernährungsversorgung der einheimischen Bevölkerung darzustellen schien. Immer wieder kriti-

sierte man Industriearbeiter, die durch den Besitz von Schwerarbeiterkarten dem Normalverbraucher besser bestellt waren.

Von der angepeilten „Volksgemeinschaft“ war wohl bald keine Rede mehr. Die „Eindeutschung“ begann als „Ausdeutschung“ zu wirken. So zumindest sah es bereits im Oktober 1943 der Landrat von Neunkirchen in seinem monatlichen Lagebericht:

„Man muß leider mit tiefem Bedauern feststellen, daß der Großdeutsche Gedanke, der Gedanke der Einheit aller Stämme des Deutschen Volkes in den Jahren vor dem Anschluß viel stärker und lebendiger war als heute.“

5. DAS ENDE DER NS-HERRSCHAFT

Die unmittelbaren Folgen der „Eindeutschung“ Niederösterreichs zeigten sich in den letzten Kriegswochen. Im Zusammenhang mit der Deportation der ungarischen Juden, wurden diese ab Herbst 1944 in Niederdonau zur Zwangsarbeit in Industrie, Landwirtschaft und zum Bau militärischer Anlagen eingesetzt. Allein im Juni 1944 kamen vier Züge mit insgesamt 12.000 ungarischen Juden in Straßhof an und wurden zur Zwangsarbeit an Betriebe verteilt, im Herbst folgte ein Transport mit weiteren 30.000 Juden. Mit dem Näherrücken der Ostfront wurde in Polen das Konzentrationslager Auschwitz geräumt und die Häftlinge zur Fortführung des Vernichtungsprozesses nach Mauthausen transportiert. Niederdonau wurde zum Durchzugsland zahlreicher Transporte. Am 5. Februar berichtete der Landrat Amstetten:

„In den letzten Tagen rollten ganze Züge mit Konzentrationslagerhäftlingen aus dem geräumten Konzentrationslager Auschwitz durch St. Valentin. Die Häftlinge waren in offenen Güterwagen notdürftig bekleidet zusammengepfercht. Während des Transportes starben viele Häftlinge durch Erfrieren oder Zertreten. Bei einem dieser Transporte, bestehend aus 6000 Häftlingen, waren in St. Valentin schätzungsweise 200–300 Häftlinge bereits tot.“

Der Weg der Judentransporte quer durch Niederösterreich nach Mauthausen war mit Toten gesäumt. Es gibt keine Chronik, die über das Jahr 1945 berichtet und die „KZler“ nicht erwähnt, die durch die Ortschaften wie Tiere getrieben wurden. Nicht nur in Randegg und Göstling, sondern auch in Sulzbach, bei Hainburg und in Persenbeug kam es zu furchtbaren Massakern. Männer, Frauen und Kinder wurden unter Mithilfe der örtlichen Bevölkerung ermordet. Die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften wußte davon und sah teilnahmslos zu. Durch Androhung und Durchführung von Standgerichten, wie etwa in Scheibbs oder Neunkirchen, wurde die Möglichkeit des Einschreitens auf mehr als nur Zivilcourage beschränkt. Die Leistung der sich nach der Befreiung überall plötzlich konstituierenden „Befreiungsbewegungen“ war deshalb in entscheidenden Situationen oftmals sehr gering. So müssen heute schon jene Niederösterreicher gefeiert werden, die sich trautes, den am Weg zu ihrer Vernichtung befindlichen Menschen, ein Stück Brot zu geben.

Gemeinde, die Geschäfte des Bürgermeisters wurden jedoch dem hauptamtlichen Gemeindeoberen des benachbarten Marktes Pregarten übergeben. Wie schwer es die Nationalsozialisten im bäuerlichen Milieu des Mühlviertels mit der Durchsetzung ihrer Herrschaft hatten, zeigt ein Bericht aus Schönau vom 20. September 1938: „Die Mitgliederbewegung für die einzelnen Gliederungen geht nur spärlich vor sich ... Im allgemeinen muß berichtet werden, daß die Bevölkerung noch immer nicht Wert und Zweck dieser Gliederungen versteht.“

Auch die Neumarkter Nationalsozialisten melden im Juli 1938 Schwierigkeiten beim Aufbau der „Volksgemeinschaft“, bedingt durch falsche Vorstellungen in der örtlichen Bevölkerung: „Es scheint, daß ein Teil der Bevölkerung das Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus falsch verstanden hat. Es gab Leute, die glaubten, wenig oder gar keine Steuern mehr zahlen zu brauchen. Von dieser Sorte von Leuten hört man, daß sie enttäuscht sind.“ Das Verhalten bei Sammlungen war für die Nationalsozialisten ein Barometer für die Feststellung ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung. In Königswiesen wurden die Sammlungen der Nationalsozialisten von Teilen der Ortsbevölkerung negiert: „Der Großteil der Bauernschaft hat sich der Opferbereitschaft entzogen. (...) Es gab viele Bauern, die sich den (Abzeichen) verkaufenden Kindern geradezu grob benommen haben ...“. Auch in St.Oswald war der Unmut im September 1938 unüberhörbar: „Auch hat man wieder von allen Schichten der Bevölkerung über die vielen Abgaben für die Partei, z. B. Luftschutz, NSV, DAF usw. Klagen gehört.“

DIE STIMMUNG UNTER DEN BAUERN

Wie bereits erwähnt fanden die Nationalsozialisten im bäuerlichen Milieu die geringsten Sympathien. Die Gewinnung der Bauernschaft gehörte deshalb zu den vordringlichsten Zielen der Nationalsozialisten am Lande. So etwa verboten sie die Versteigerung landwirtschaftlicher Güter, was den stark verschuldeten Betrieben zwar half, aber mittelfristig zur Folge hatte, daß die Bauern keine Kredite mehr bekamen. Auch die angekündigten Umschuldungen hatten vorerst Erwartungen geweckt, die dann nicht erfüllt wurden. Ein im April 1938 verfügbarer totaler Preisstopp für landwirtschaftliche Produkte verhinderte die von den Bauern ersehnte Verbesserung ihrer Einkommen, was allerdings insgesamt durch die gestiegenen Absatzmöglichkeiten ausgeglichen wurde. Die Belebung des Arbeitsmarktes durch den Beginn der großen Straßenbauvorhaben führte sehr schnell zu einem akuten Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft. Die Stimmungsberichte ab Juni 1938 beklagen die Landflucht: Von den landwirtschaftlichen Dienstboten dürfte ein hoher Anteil in den besser bezahlten Straßenbau mit geregelter Arbeitszeit abgewandert sein. So waren die Bauern insgesamt gesehen enttäuscht: Ein Bericht aus Sandl vom 27. Mai 1938 bezieht sich auf die stagnierenden Agrarpreise und berichtet von der häufig vertretenen Meinung,

„daß die Landwirtschaft an Besserung noch verspürt hätte“. Aus Pregarten wird im Juni 1938 gemeldet, daß einzelne Landwirte „mit den bisherigen Preisen ihrer Produkte nicht ganz zufrieden“ seien.

NATIONALSOZIALISMUS UND ARBEITERSCHAFT

Stand auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung dem Nationalsozialismus ähnlich ablehnend gegenüber wie die katholische Bauernschaft, so gab es hier doch eine Fülle von Berührungspunkten, die sich insbesondere bei jenen politisch und sozial nicht voll in die Organisationen der SDAP integrierten Teilen der Arbeiterklasse auswirken sollten. Zum einen argumentierte die NSDAP propagandistisch, daß sie selbst als Arbeiterpartei angetreten sei (die Liquidierung der Linken in der NSDAP wurde geflüstert verschwiegen), zum anderen wurde der Austrofaschismus als gemeinsamer Gegner immer wieder betont. Im Bezirk Freistadt ist die politische Entwicklung bei den bis 1934 geschlossenen sozialdemokratisch organisierten Holzarbeitern in Sandl und Königswiesen interessant. Nach der Ausschaltung der Sozialdemokratie 1934 traten die Holzarbeiter geschlossen zur neuen (christlichen) Einheitsgewerkschaft über, schafften es aber, bewährte ehemalige Sozialdemokraten an die Spitze ihrer Betriebsräte zu hieven. Auch wenn diese nun nicht mehr gewählt, sondern von den christlichen Funktionären des Einheitsgewerkschaftsbundes bestellt, ihre Funktion auszuüben hatten, genossen sie weiterhin das Vertrauen der Holzarbeiterschaft. Mit diesen gewerkschaftlichen Restbeständen machte der Nationalsozialismus radikal Schluß: Mit der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) entstand eine Einheitsorganisation zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, in der die Interessensvertretung der Arbeitnehmer durch Propaganda und Disziplinierung ersetzt wurde. Dennoch hatte die NSDAP auch unter Arbeitern Erfolge, wie etwa aus St.Leonhard berichtet wird. In der Region Pregarten – Wartberg bestand die SA aus Eisenbahnern und verbreitete vor allem unter den zur Zwangsarbeit eingesetzten ausländischen Arbeitskräften Angst und Schrecken. Andererseits gibt es genau aus diesem Gebiet und dem Umfeld der Eisenbahner eine auffallende Häufung politischer Delikte. Die Erfolge der Nationalsozialisten beim Abbau der Arbeitslosigkeit trug zur Akzeptanz des neuen Regimes bei und wurden vor allem von der Arbeiterschaft begrüßt. Schon ab Mai 1938 gab es im ganzen Bezirk Freistadt keinen Arbeitslosen mehr. Der lokale Arbeitsmarkt war vor allem durch die Straßenbauvorhaben Linz – Freistadt – Tschechoslowakei und Pregarten – Königswiesen – Niederdonau beeinflusst. Selten zeigte sich – und das muß in diesem Zusammenhang angemerkt werden – der Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzbeschaffung und Krieg so deutlich: Auf den Straßen, die im Sommer 1938 gebaut wurden, marschierten ab dem 1. Oktober die deutschen Soldaten in die Tschechoslowakei.

Die Stimmungsberichte der Gendarmerie geben die Klagen der Arbeiterschaft über zu geringe Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und Unzufriedenheit wieder und zeigen, daß die Integration der Arbeiterklasse den Nationalsozialisten bei partiellen Erfolgen doch nicht ganz gelungen ist. So wird im Mai 1938 aus Tragwein berichtet: „Die Arbeiterschaft klagt, daß die Kollektivvertragslöhne zu niedrig seien und wünscht deren Erhöhung“. Aus Sandl wird im Mai 1938 gemeldet: „Auch die Arbeiter, hauptsächlich vom Steinbruch Zemann in Steinwald, sind mit ihren Lohnbedingungen nicht ganz zufrieden.“ Aus der Gemeinde Tragwein im August 1938: „Unter den (...) Arbeitern befinden sich einige Elemente, (...) die meinen, weiterhin Politik treiben zu dürfen und schwerlich zu bessern sind.“ Der dortige Gendarmeposten empfahl eine exemplarische Bestrafung, um „diese Elemente“ vor weiteren „Ausschreitungen“ abzuhalten. Ein Gendarmenbeamter aus Leopoldschlag philosophierte im August 1938 über die Gründe der Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft und kam zu dem Schluß: „Wie zu allen Zeiten gewisse Menschen mit nichts zufrieden sind, so gibt es auch heute noch solche. Besonders sind solche Nörgler in der Arbeiterschaft zu finden.“ Noch 1941 berichten die Gendarmenbeamten von Sandl und Wartberg von Sozialdemokraten und Kommunisten, die für die „nationale Idee“ nicht zu gewinnen wären.

DIE MÜHLVIERTLER MENSCHENJAGD

Unter dem Begriff „Mühlviertler Hasenjagd“ ist der Ausbruch totgeweihter sowjetischer Offiziere und Kommissare in der Nacht vom 2. auf den 3. Februar 1945 aus dem Konzentrationslager Mauthausen in die Geschichtsschreibung eingegangen. Dabei handelt es sich um eine Sprachschöpfung jener Unmenschen, die diesem schrecklichen Blutbad den harmlosen Charakter einer herbstlichen Hasenjagd geben wollten. Um die sprachliche Komplizenschaft mit dem Massenmord zu beenden, wird hierfür künftig der – den tatsächlichen Ereignissen entsprechende – Begriff „Mühlviertler Menschenjagd“ verwendet.

Bei den etwa 500 Flüchtlingen handelte es sich durchwegs um sogenannte K-Häftlinge, wobei das „K“ für „Kugel“, somit für „Tod durch Erschießen“ stand. Obwohl bereits seit Oktober 1941 sowjetische Kriegsgefangene in Mauthausen zu tausenden den Tod gefunden hatten, wurde die Situation durch einen Geheimerlaß des Oberkommandos der Wehrmacht am 2. März 1944 weiter verschärft: In diesem „Kugelerlaß“ wurde angeordnet, daß alle nicht zu einem Arbeitseinsatz verpflichteten Kriegsgefangenen, Unteroffiziere und Offiziere (mit Ausnahme von Briten und Amerikanern), die bei einem Fluchtversuch ertappt wurden, sofort der „Aktion K“ zugeführt werden sollten. „Aktion Kugel“ bedeutete die Überstellung der bei der Flucht ertappten an die Staatspolizei. Ein vom SS-Gruppenführer Heinrich Müller gezeichneter Durchführungserlaß des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 4. 3. 1944 regelte die Übergabe der Soldaten an die Staatspolizei: „Die

Staatspolizeileitstellen übernehmen von den Stalagkommandanturen die wiederergriffenen flüchtigen kriegsgefangenen Offiziere und überführen sie im bisher üblichen Verfahren, falls den Umständen nach nicht ein besonderer Transport erforderlich erscheint, in das KL Mauthausen. Auf dem Transport – nicht auf dem Weg zum Bahnhof, soweit dieser vom Publikum eingesehen werden kann – sind die Kriegsgefangenen zu fesseln. Der Lagerkommandantur Mauthausen ist mitzuteilen, daß die Überstellung im Rahmen der Aktion ‚Kugel‘ erfolgt.“ Vom März 1944 bis Februar 1945 wurden ungefähr 4.700 dieser Häftlinge in Mauthausen konzentriert, unter ihnen 4.300 sowjetische Kriegsgefangene. Die hohe Anzahl der Eingelieferten legt die begründete Vermutung nahe, daß es sich dabei nicht nur um wiederergriffene Flüchtlinge gehandelt haben kann, sondern mit der „Aktion“ eine systematische Ausrottung der sowjetischen Militärkader beabsichtigt war. Im Februar 1945 waren von den 4.700 eingelieferten Soldaten nur noch 580 am Leben.

Ende Jänner 1945 wurden Ausbruchsplanungen sowjetischer Offiziere der Lager-SS bekannt. 25 an den Überlegungen beteiligte leitende Offiziere wurden sofort erschossen. Dennoch kam es am 3. Februar zu einem Massenausbruch, an dem über 500 sowjetische Kriegsgefangene teilnahmen. Der Ausbruch war einmalig in der Geschichte der deutschen Konzentrationslager: Nachdem der Blockälteste und seine Stubendienste erdrosselt worden waren, stürmten die Häftlinge durch die Barackentüren und -fenster auf den Vorhof, schalteten mit Schaumlöschern und Wurfgeschossen die Wachposten aus und schlossen mit nassen Decken die stromführenden Stacheldrähte kurz. Bereits diese Phase der Flucht kostete hundert Häftlingen das Leben. Es hatte an jenem Tag minus acht Grad, die Felder waren von einer dünnen, ca. 20 bis 30 cm tiefen Schneedecke bedeckt. Barfuß mußten die meisten Flüchtlinge über den Schnee, auf dem die Fußabdrücke der Flüchtenden deutlich sichtbar waren. Die Hauptfluchtrichtung war Norden. Noch in der selben Nacht löste die SS eine Großfahndung aus, die im Block verbliebenen wurden noch in derselben Nacht ermordet. In die Fahndung wurden Gendarmerie, Volkssturm und Hitlerjugend miteinbezogen. Soweit für den Bezirk Freistadt rekonstruierbar, sind im Bereich Pregarten/Wartberg mindestens sieben KZ-Häftlinge durch Einheimische erschossen worden. Ein 15jähriger Hitlerjunge bekannte sich im Oktober 1946 schuldig des Mordes an zwei Häftlingen: „Ich bekenne mich schuldig. Ich war Mitglied der HJ. In der fraglichen Nacht im Februar 1945 wurde ich geweckt und mir gesagt, ich soll sogleich auf den Marktplatz kommen. Als ungefähr 50 Mann HJ und Volkssturm versammelt waren, mußten wir auf Befehl des Bürgermeisters Fröhlich antreten. Dann sagte uns NN., daß ungefähr 400 Häftlinge aus Mauthausen ausgebrochen seien. Er sagte ausdrücklich, daß keine Gefangenen gemacht werden, sondern jeder angetroffene KZ-Häftling sofort zu erschießen sei. Es wurden Gewehre ausgegeben. Ich

erhielt ein Gewehr und sechs Schuß Munitio. Wir marschierten dann zum Bahnhof und dort hat uns der Gendarmeriebeamte MM. wieder ausdrücklich erklärt, daß keine Gefangenen zu machen sind. Ich ging mit einer 10 bis 15 Mann starken Gruppe zu der ungefähr 3 km entfernten Kriegsmühle und von dort nach Steinbichl. Dort trafen wir drei oder vier SS-Männer, welche gerade zwei KZler eskortierten. Unter diesen befand sich ein Obersturmführer. Dieser rief uns zu, hier sind ja zwei HJ-Angehörige, die sollen die Häftlinge gleich erschießen. Er rief uns zu einem auf der Straße stehenden SS-Auto, zu welchem auch die beiden Häftlinge geführt wurden. Dort befahl er den Häftlingen sich umzudrehen. Dann sagte er zu mir und B: „Jetzt schießt ihr sofort.“ Ich und B. erschossen je einen KZ-Häftling durch einen Schuß in den Hinterkopf. Die beiden Häftlinge stürzten sofort tot zu Boden. Wir mußten dann die beiden Leichen in das Auto laden. Es war ein geschlossener Kastenwagen und es dürften schon Tote drinnen gewesen sein.“ Die Täter aus dem Bezirk Freistadt waren: 3 Angehörige der Hitlerjugend, die zum Zeitpunkt der Tat noch keine siebzehn Jahre alt waren und fünf Erwachsene, von welchen drei nicht einmal Mitglieder der NSDAP waren. Eine Person war einfaches Parteimitglied, nur ein einziger, Rudolf Knoll aus Pregarten, war ein hochkarätiger Nationalsozialist. Letzterer sollte auch am „Freistädter Sozialistenmord“ führend beteiligt sein.

DIE FREISTÄDTER WIDERSTANDGRUPPE „NEUES FREIES ÖSTERREICH“

Vermutlich im Mai 1944 bildete sich in Freistadt eine Widerstandsgruppe, deren Zusammensetzung bemerkenswert war, da den weltanschaulich-ideologischen Rahmen, der den sonst nach Lagern differenzierten österreichischen Widerstand sprengt: Der größte Teil der Mitglieder stammte aus dem christlichsozialem Freistädter Bürgertum, allerdings unter Einschluß von ehemaligen Sozialdemokraten, einem Monarchisten, dem Mitbegründer der Freistädter NSDAP, einem Notar und ehemaligen großdeutschen Gemeinderat sowie einem Kommunisten. Alle weltanschaulich-politischen Gruppierungen der Zeit vor 1938 waren in dieser Gruppe vertreten. Begründet wurde die Gruppe von Ludwig Hermentin. Hermentin war ursprünglich Mitglied der SDAP gewesen, war Gründer der Freistädter Mietervereinigung, agitierte aber bereits 1933 für die Heimwehr noch bevor ihn, den Krankenkassenbeamten, die politische Repression des Austrofaschismus gezwungen hätte, die politische Einstellung zu wechseln. Alte Freistädter Sozialdemokraten sprechen noch heute über ihn als Verräter. Allerdings gelang es ihm, ob Opportunist oder nicht, 1944 angesehene Bürger und gewiefte Funktionäre in einer Gruppe zu versammeln. Über ihre Tätigkeit ist wenig bekannt. Ein überlebendes Mitglied berichtete, daß die Gruppe über Linz und Wien Verbindungen mit den Alliierten hatte und im Falle einer alliierten Luftlandung die zivilen Behörden zu übernehmen gedachte. Ein „Postenplan“ findet sich

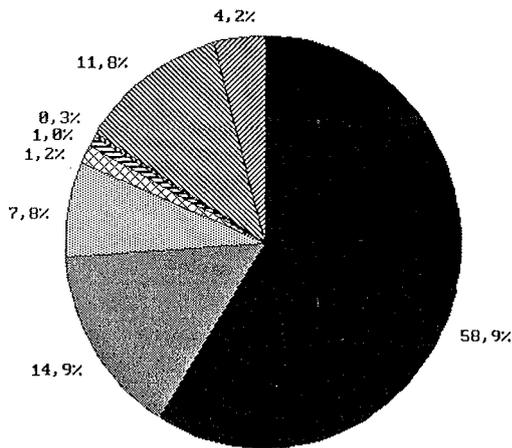
in jenen Aufzeichnungen, die der Gestapo nicht in die Hände gefallen waren. Am 9. und 10. Oktober 1944 kam es in Freistadt zu einer großen Verhaftungswelle. Die Gestapo nahm 50 bis 60 Personen fest.

Die Verhaftungen erfolgten wahllos, zumal nur ein „harter Kern“ von etwa zehn Personen über die Arbeit und die Pläne der Gruppe Bescheid wußte. Aus diesen Häftlingen wurde von der Gestapo alles scheinbar wichtige herausgeprügelt. Erschütternde Zeugenaussagen berichten über die grausame Mißhandlung der Widerstandskämpfer. Ende Februar 1945 kommt es dann zu mehreren Volksgerichtshofverfahren in Linz, von denen aber nur ein Urteil vorhanden ist. Neun Freistädter wurden zum Tode verurteilt. Nach der Verhängung des Todesurteils richteten die Verurteilten ein Gnadengesuch an Hitler, welches allerdings infolge der sich dramatisch entwickelnden militärischen Lage wohl nicht mehr behandelt wurde. Somit waren alle folgenden Maßnahmen auch nach dem nationalsozialistischen Recht rechtswidrig. Am 26. April 1945 erschien plötzlich Ministerialdirigent Dr. Krützner aus Berlin bei Oberstaatsanwalt Dr. Oskar Wetzl in Linz und ordnete die Hinrichtung von 13 Personen an. Es sollten acht Freistädter und fünf Linzer Kommunisten, welche in einem Hochverratsprozeß im Februar 1945 von einem Volksgerichtshof in Linz zum Tode verurteilt worden waren, ermordet werden. Dr. Krützner hatte keinen schriftlichen Befehl und erteilte die Weisung zur Hinrichtung nur mündlich. Dr. Wetzl gab diese Weisung an den Staatsanwalt Dr. Richard Sikory erst mündlich, dann schriftlich weiter. Sikory beauftragte den Landesgerichtsrat Dr. Julius Skalnik mit dem Vollzug. Am 1. Mai 1945 wurden die 13 Personen mit einem Bus zur Militärschießstatt nach Treffling gefahren und dort von einer Gruppe des örtlichen Volkssturms, bestehend aus fünf Mann und einem Kommandanten, hingerichtet.

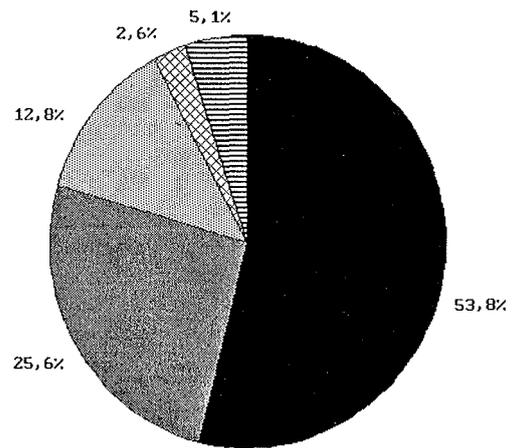
Zwei Lastwägen mit Särgen standen schon bereit. Die Leichen wurden zum „Russenfriedhof“ nach Wegscheid gebracht und in einem Massengrab verscharrt. Erst nach der Befreiung wurden die Leichen in ihre Heimatgemeinden überführt und dort am



Welche Berufsgruppen sind in der NSDAP besonders stark vertreten?*)



Wohnbevölkerung 1934
(N = 1651)



NSDAP-Mitglieder 1937
(N = 39)

*) "Wirtschaftliche Zugehörigkeit" (Kategorien laut Volkszählung 1934) der Wohnbevölkerung von Frankenfels (Stand: 22. 3. 1934) und der Mitglieder der NSDAP-Frankenfels (Stand: 31. 12. 1937) in Prozent

Legende (Die Anmerkungen geben die genaue Bezeichnung und die Anzahl der Berufe der NSDAP-Mitglieder an):

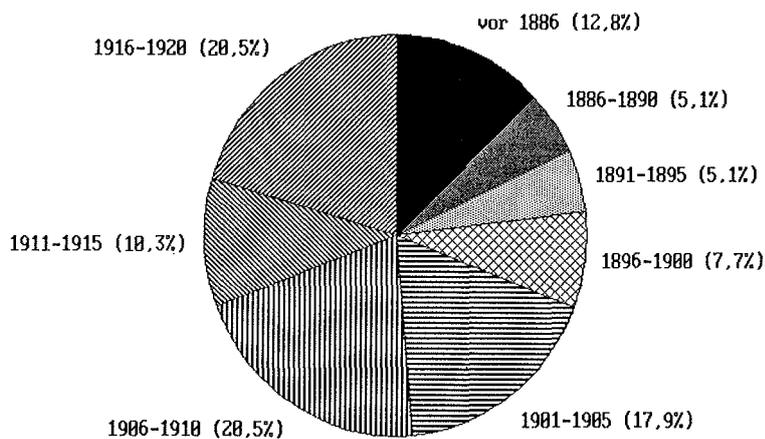
- Land- und Forstwirtschaft: Bauer (6), Landarbeiter (12), Sägewerksbesitzer (1), Sägearbeiter (1), Holzarbeiter (1)
- Industrie und Gewerbe: Rauchfangkehrer (1), Hilfsarbeiter (3), Schmied (1), Hilfsmaurer (1), Bäckermeister (1), Frisörmeister (1), Zimmerer (1), Bäckergehilfe (1)
- Handel und Verkehr: Bahnvorstand (1), Weichenwärter (1), Bahnarbeiter (2), Kaufmann (1)
- Öffentlicher Dienst: Gemeindegsekretär (1)
- Freie Berufe: Arzt (1), Lehrer (1)
- Häusliche Dienste: keine
- Ohne Berufe: keine
- Ohne Berufsangabe: keine

Quellen:

Statistik des Bundesstaates Österreich. Volkszählung 22. 3. 1934. Heft Niederösterreich, Textheft.
HISTODAT - Historische Datenbank zur Frankenfels Lokalgeschichte (Datei NSDAP)

Grafik: Ernst Langthaler

Wie sieht die Altersstruktur der "illegalen" NSDAP aus?*)



*) Anteile der Geburtsjahrgänge der NSDAP-Mitglieder am Mitgliederstand vom 31. 12. 1937

Quelle:
HISTODAT - Historische Datenbank zur Frankenfels Lokalgeschichte (Datei NSDAP)

Grafik: Ernst Langthaler

- Auffallend ist, daß die NSDAP-Mitglieder aus den „Unterschichten“ (Lohnabhängige in Landwirtschaft, Handwerk und Handel) bis auf eine Ausnahme zwischen 1900 und 1920 geboren wurden, also extrem jung waren. Die „Mittelschichten“ hingegen (Bauern, Selbständige in Handwerk und Handel, Öffentlicher Dienst und Freiberufler) rekrutierten sich überwiegend aus älteren Jahrgängen.

Den vorliegenden Ergebnissen zufolge waren es vor allem die Kleineigentümer in Landwirtschaft, Handwerk und Handel und die zwischen 1900 und 1920 Geborenen anfällig für das Abdriften zur NSDAP. Die Interessen der Selbständigen waren geprägt durch den ständigen Konkurrenzkampf mit den Großbetrieben (Großgrundbesitzer, Fabriken, Warenhäuser) und die mit Argwohn beobachtete gesellschaftliche und politische Mobilisierung der Arbeiterschaft. Aus dieser Konfliktsituation resultierte die Angst, zwischen diesen beiden Mühlsteinen zerrieben zu werden, und die Hoffnung auf die Sicherung der eigenen Existenz in einer „volksgemeinschaftlichen“ Ordnung. Die zwischen 1900 und 1920 Geborenen wuchsen im nationalistischen Klima des Ersten Weltkriegs auf, erlebten die nationale Frustration nach 1918, wurden durch den Antisemitismus und Antimarxismus der 20er Jahre geprägt und internalisierten die antidemokratischen Stimmungen ihrer Zeit. Ihre Sozialisierungserfahrungen schufen einen fruchtbaren Nährboden für die faschistischen Ideologien. Nicht zufällig rekrutierten sich die Frankenfesler paramilitärischen Bewegungen (Heimwehr ab 1927, Heimatschutz ab 1931, „illegale“ SA ab 1934, Ostmärkische Sturmcharen ab 1934) aus diesen Altersgruppen. Daß vor allem die Angehörigen der „neuen“ Mittelschichten (Arzt, Lehrer, Beschäftigte im öffentlichen Dienst, ...) überproportional zum Nationalsozialismus überliefen,

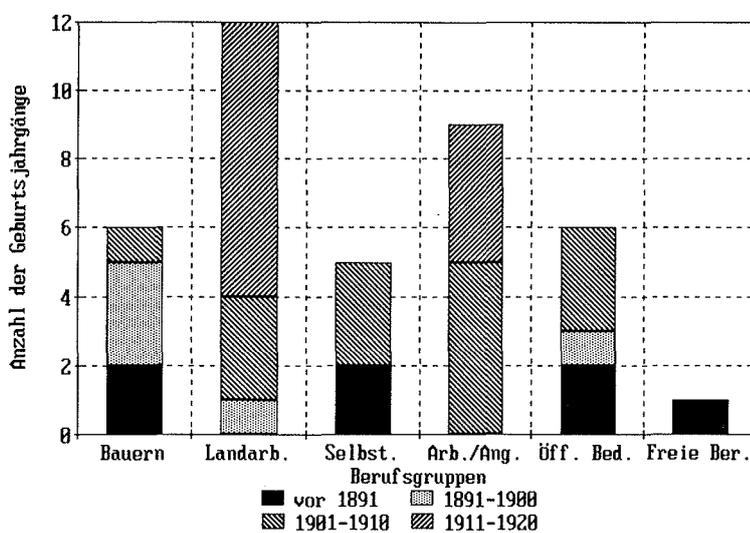
hängt möglicherweise mit ihren Emanzipationsbestrebungen aus „traditionalen“ Strukturen zusammen, was sich am Beispiel des Gemeindesekretärs dokumentieren läßt.

... RELATIV KURZFRISTIGE SOZIOÖKONOMISCHE KRISEN;

Der Frankenfesler Schmiedemeister K., geboren 1880, hatte während der 30er Jahre mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Seine wirtschaftliche Existenz stand auf dem Spiel: Neben den 600 S, die er verschiedenen Kaufleuten schuldig war, forderte das Hammerwerk Obergrafendorf 100 S, und seinem Gehilfen war er die selbe Summe schuldig. Überdies hatte er eine Zahlungsverpflichtung an seine Tochter von 500 S. Sein Eigentum, sein Haus und seine Schmiede, wurden 1935 zwangsversteigert. Bereits 1932 schloß er sich der NSDAP an und mußte seine „illegale“ Betätigung mit mehrmaligen Verhaftungen 1934/35 bezahlen.

K. war jedoch keineswegs ein Einzelfall: Unter den zahlreichen Zeitungsberichten ab 1930/31 über die Wirtschaftskrise im oberen Pielachtal schildert der folgende Artikel der „St. Pöltner Nachrichten“ vom September 1931 über die Absatzschwierigkeiten der Gastwirte, die auf einen landwirtschaftlichen Nebenerwerb angewiesen waren, die Situation besonders dramatisch: „Er (der Gastwirt, EL) kaufte sich im Vorjahr wieder eine Kalbin um 140 S, fütterte sie nach Kräften und verkaufte sie nun vor zwei Tagen. Was nahm er für die Kuh ein? Man höre und staune, nicht etwa 240 und 300 S, wie früher, sondern nur mehr 130 S. Er bekam heuer weniger, als der Einkaufspreis vom Vorjahr betrug, er zahlte also 10 S drauf. Wie soll er aber nun die Steuern bezahlen? Da er die Steuern aus der Gastwirtschaft nicht ziehen kann, muß er sie schuldig bleiben, bis andere

Wie sieht die „soziale Basis“ der NSDAP aus?*)



*) Anzahl der Berufsgruppen und Geburtsjahrgänge der NSDAP-Mitglieder (Stand: 31. 12. 1937)

Quelle:
HISTODAT - Historische Datenbank zur Frankenfesler Lokalgeschichte (Datei NSDAP)

Grafik: Ernst Langhaer

Zeiten kommen. Da das Steueramt aber auf bessere Zeiten nicht wartet, wird er eines Tages gepfändet und ihm ein Stück versteigert! Er wird also neue Auslagen haben, wird wieder um ein Stück ärmer sein und langsam zum Proletarier, zum Heloten für ein System herabsinken, das die Berufspolitiker so schön finden und an dem sie festhalten mit allen Kräften!"

Auch wenn hier von einer bewußten Überzeichnung der realen Verhältnisse zum Zweck der politischen Agitation auszugehen ist, erlauben diese Berichte dennoch Einblicke in den Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Krise und politischer Radikalisierung. Die ab 1930/31 auch im oberen Pielachtal spürbare Wirtschaftskrise traf neben den Lohnabhängigen auch die Kleinunternehmer in Landwirtschaft, Handwerk und Handel, für die die Schere zwischen steigenden Kosten (z. B. wegen hohen Kreditzinsen) und sinkenden Einnahmen (z. B. wegen Preisverfall) zunehmend enger wurde. Die Krisensymptome – die u. a. auch im Rückgriff auf die Naturalwirtschaft zum Ausdruck kamen – verstärkten die Angst vor der drohenden „Proletarisierung“ und führten zu einem Vertrauensverlust dieser mittelständischen Schichten in die ohnehin nie voll akzeptierte demokratische Ordnung.

... PROTESTBEWEGUNGEN GEGEN DAS ETABLIERTE HERRSCHAFTSSYSTEM;

Der Sägewerksbesitzer H., Jahrgang 1909, war seit 1932 Mitglied der NSDAP. Am 31. Juli 1934 mußte er nach einer Hausdurchsuchung laut Eintragung in der Schulchronik „einbekennen, einen mehr als be-

leidigenden Brief an den Herrn Bürgermeister Josef Niederer in Untermassig geschrieben zu haben, in welchem er seine Parteizugehörigkeit zur ‚Nationalsozialistischen Partei‘ betont und für die Zukunft behauptet.“ Die Gendarmen dürften diese Aktion jedoch eher als „Lausbubenstreich“ gewertet haben, weil sie H. wegen seiner „innigen Bitten“ nicht verhafteten.

Der Brief, den H. an den „schwarzen“ Bürgermeister schrieb, fügt sich lückenlos in eine Propagandawelle der Frankenfesler Nationalsozialisten ein, die bald nach der Gründung der Ortsgruppe im Juli 1932 anrief. Die Themenpalette der Versammlung reichte vom „Programm der NSDAP“ über die „Herrschaft der Systemparteien“ bis zur Frage „Wie ist unser Volk aus der heutigen großen Not zu bringen?“ Aus den zahlreichen Artikeln, die in den nationalsozialistischen „St. Pöltner Nachrichten“ erschienen, lassen sich die strukturellen Merkmale der öffentlichen Agitation der Frankenfesler Nationalsozialisten von der Gründung im Juli 1932 bis zum Verbot der Partei im Juni 1933 ableiten:

- Die NS-Propaganda richtet sich vor allem an die bäuerliche Bevölkerung, was auch an der Wortwahl – „Die Früchte der ausgestreuten Saat werden bestimmt reifen“ – erkennbar ist.
- Die christlichsoziale Partei ist folglich der taktische Hauptgegner. Von den Anhängern der Sozialdemokratie, die als „mordender, brennender Bolschewismus“ diffamiert werden, erwarten sich die Frankenfesler Nationalsozialisten anscheinend keinen großen Zulauf.
- In den öffentlichen Auftritten wird versucht, den politischen Gegner persönlich zu diffamieren.

Welche Aktionen setzt die NSDAP in der „Illegalität“?*)

Jahr	Aktionen der NSDAP	Gegenmaßnahmen Staatliche
1933	14. 10. 1933: NS-Betätigung	10. 11. 1933: verbotene Flugschrift
1934	11. 1. 1934: NS-Betätigung 4. 5. 1934: NS-Betätigung 10. 4. 1934: NS-Betätigung 31. 7. 1934: Verfasser eines NS-Bekennensbriefes ausgedeckt	18. 8. 1934: Verhaftung von drei Frankenfesler Nationalsozialisten 31. 7. 1934: Hausdurchsuchung bei fünf verdächtigen Nationalsozialisten
1935	26. 3. 1935: Streuen von Hakenkreuzen	27. 12. 1934: Beschlagnahme eines Briefes wegen verbotener politischer Propaganda 25. 10. 1934: Beschlagnahme eines Briefes wegen verbotener politischer Propaganda 18. 8. 1934: Verhaftung von drei Frankenfesler Nationalsozialisten
1936	15. 6. 1936: NS-Betätigung (Flugblätter)	1. 6. 1935: Verhaftung des NSDAP-Ortsgruppenleiters Frießwald 1. 10. 1936: Beschlagnahme von zwei Postsendungen aus dem Deutschen Reich
1937	10. 7. 1937: politische Umrufe in der Bahnhofsgastwirtschaft Laubenbachmühle	
1938	8. 3. 1938: NSDAP-Frankenfesls plant Händlingsdenkmal am 13. 5. 1. 1938: Anfrage, ob 'Mein Kampf' gelesen werden darf	

*) Amtsbehördliche Kenntnis von Vorfällen, die im Zusammenhang mit der Propaganda der NSDAP-Frankenfesls bzw. deren Bekämpfung zwischen 19. 6. 1933 und 13. 3. 1938 stehen (Eingangsdatum)

Quellen:
Bezirkshauptmannschaft St. Pölten (Registratur): Eingangsbücher GR XI 1933 - 1938
Volksschule Frankenfesls: Schulchronik, Band 3

Grafik Ernst Langthaler

Dem christlichsozialen Landtagsabgeordneten Kaiser warfen die Frankenfeser Nationalsozialisten vor, er hätte seine „Studien im Dörrhäusl und im Stadl vor den Heuschobern“ gemacht.

- Mit allen Propagandaaktivitäten versuchten die Nationalsozialisten an die sozioökonomische Lage vor allem der Bauern und Gewerbetreibenden anzuknüpfen („Preisverfall“, „Steuern“) und ihre Ängste anzusprechen („Verschuldung“, „Zwangsversteigerungen“).
- Hauptinhalt der NS-Propaganda ist die Kritik an der demokratisch-parlamentarischen Ordnung und seinen Repräsentanten, den „Systemparteien“.
- Zusätzlich knüpfen die Nationalsozialisten mit antisemitischen, antimarxistischen und antidemokratischen Parolen an bestehende Feindbilder im Bewußtsein der Bevölkerung an („jüdischer Bolschewismus“).
- Äußerst subtil ist der Antiklerikalismus der Frankenfeser Nationalsozialisten: Sie kritisieren zwar die katholische Kirche und seine Repräsentanten, den Pfarrer, beschwören andererseits jedoch Hitler als „Retter des wahren Christusglaubens“.
- Einen besonderen Aspekt stellt die Instrumentalisierung des sozialen Status prominenter Frankenfeser Nationalsozialisten dar. Jury und Pilger, beides Frankenfeser Gemeindeärzte, besaßen in der Bevölkerung hohes Ansehen und wurden als nationalsozialistische Leitbilder, „die sich in aufopfernder, christlicher und sozialer Weise in den Dienst des Volkes stellen“ im Kontrast zum „ungebildeten Systempolitiker“ präsentiert.

Die antiparlamentarischen Kräfte (Heimatschutz ab 1931, NSDAP ab 1932) konnten die spürbare Verschlechterung der sozioökonomischen Lage breiter Bevölkerungsschichten ab 1930/31 durch populistische

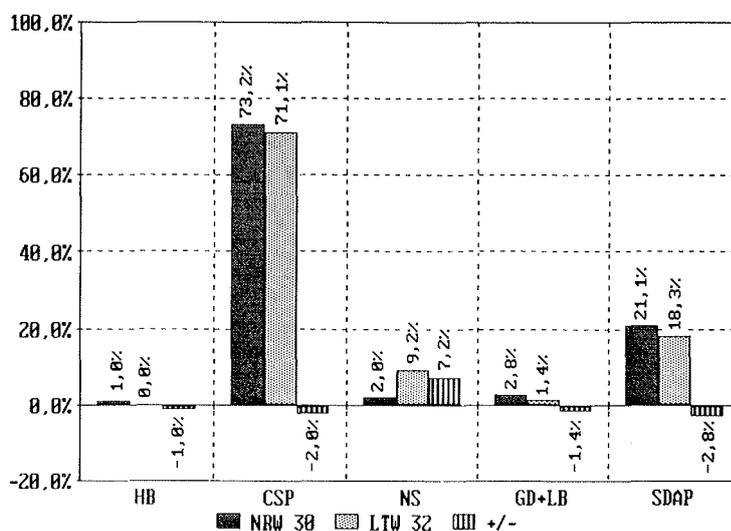
Propaganda zur Mobilisierung von Protestbewegungen gegen das demokratische „System“ nutzen. Besonders gelegen kam ihnen die Verurteilung des christlichsozialen Bürgermeisters von Frankenfes 1931 wegen Veruntreuung von Gemeindegeldern, die unter der Schlagzeile „Eine gefallene Parteigröße“ als Beispiel für die Auswüchse der Herrschaft der „Systemparteien“ instrumentalisiert wurde.

Das Verbot der NSDAP am 19. Juni 1933 und die nun einsetzenden staatlichen Gegenmaßnahmen zwangen die Nationalsozialisten zu einer Änderung ihrer Taktik. Die Kriminalisierung konnte die öffentliche Agitation der NSDAP nicht dauerhaft eindämmen, wie die Eintragungen in den Eingangsbüchern der Bezirkshauptmannschaft zeigen: Durch Verbreiten von Flugzetteln, Streuen von Hakenkreuzen, Schreiben von Drohbriefen und spektakuläre Schmieraktionen – Frau L. erinnert sich, daß sie beim Kirchgang (im Winter 1933/34) ein riesiges Hakenkreuz, das mit roter Farbe auf die verschneite Wiese gemalt war, bemerkte – konnten die „Illegalen“ das Interesse der Bevölkerung an dieser „geheimnisumwitterten“ Organisation schüren.

... DESINTEGRATIONSPROZESSE IN POLITISCH-SOZIALEN MILIEUS;

Der Frankenfeser Oberlehrer K. W., geboren 1889, war – wie die vielen Vertreter seiner Berufsgruppe – ein „Großdeutscher“. Als Leiter des „Männergesangsvereins Frankenfes“ pflegte er seit den 20er Jahren das „deutsche Liedgut“ und betrieb fast ein Jahrzehnt lang die Absetzung des christlichsozialen Bürgermeisters Schagerl, der angeblich die Lehrer öffentlich als „notwendiges Übel“ bezeichnete. Am Ostersonntag 1934 wurde auf seine „Intervention“

Woher kommen die Wähler der NSDAP?*)



*) Anteile der Stimmen für die politischen Parteien bei den NRW 1930 und den LTW 1932 an den gültigen Stimmen in Prozent

Abkürzungen:

HB: Heimatblock (kandidierte nur 1930)
 CSP: Christlichsoziale Partei
 NS: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)
 GD: Großdeutsche Volkspartei
 LB: Landbund (kandidierte 1930 zusammen mit der Großdeutschen Volkspartei)
 SDAP: Sozialdemokratische Arbeiterpartei

Quellen:

Eigene Berechnungen nach: Nö. Landesamtsdirektion (Hg.): Ergebnis der LTW in Nö. vom 24. April 1932, Wien 1932; St. Pöltner Zeitung, Nr. 46/1930 vom 13.11., S. 10.

hin eine Ortsgruppe der Vaterländischen Front“ gegründet, zu deren Kassier und Pressereferenten er 1935 aufstieg.

Daß W. ein eher untypisches Beispiel für die Auflösungserscheinungen des deutschnationalen „Lagers“ Anfang der 30er Jahre darstellte, zeigt ein Vergleich der Ergebnisse der Nationalratswahl 1930 und der Landtagswahl 1932:

- Als einzige Partei konnte die NSDAP von den Stimmenverlusten der anderen Parteien profitieren (+7,2%) und dadurch ihre Wählerschaft mehr als verdreifachen.
- Einen besonders drastischen Zersetzungsprozeß erlebte das „großdeutsche“ Lager (-1,4%): Seine Wählerschaft schrumpfte um die Hälfte.
- Der „Heimatblock“ (-1,0%) kandidierte nicht mehr und lief fast geschlossen zu den Nationalsozialisten über.
- Die Christlichsoziale Partei mußte ebenfalls Verluste hinnehmen (-2,0%), die jedoch gemessen an der gesamten Stimmenanzahl relativ gering waren.
- Die Sozialdemokratie verlor die meisten Stimmen (-2,8%) und büßte damit rund ein Achtel ihrer Wählerschaft ein.

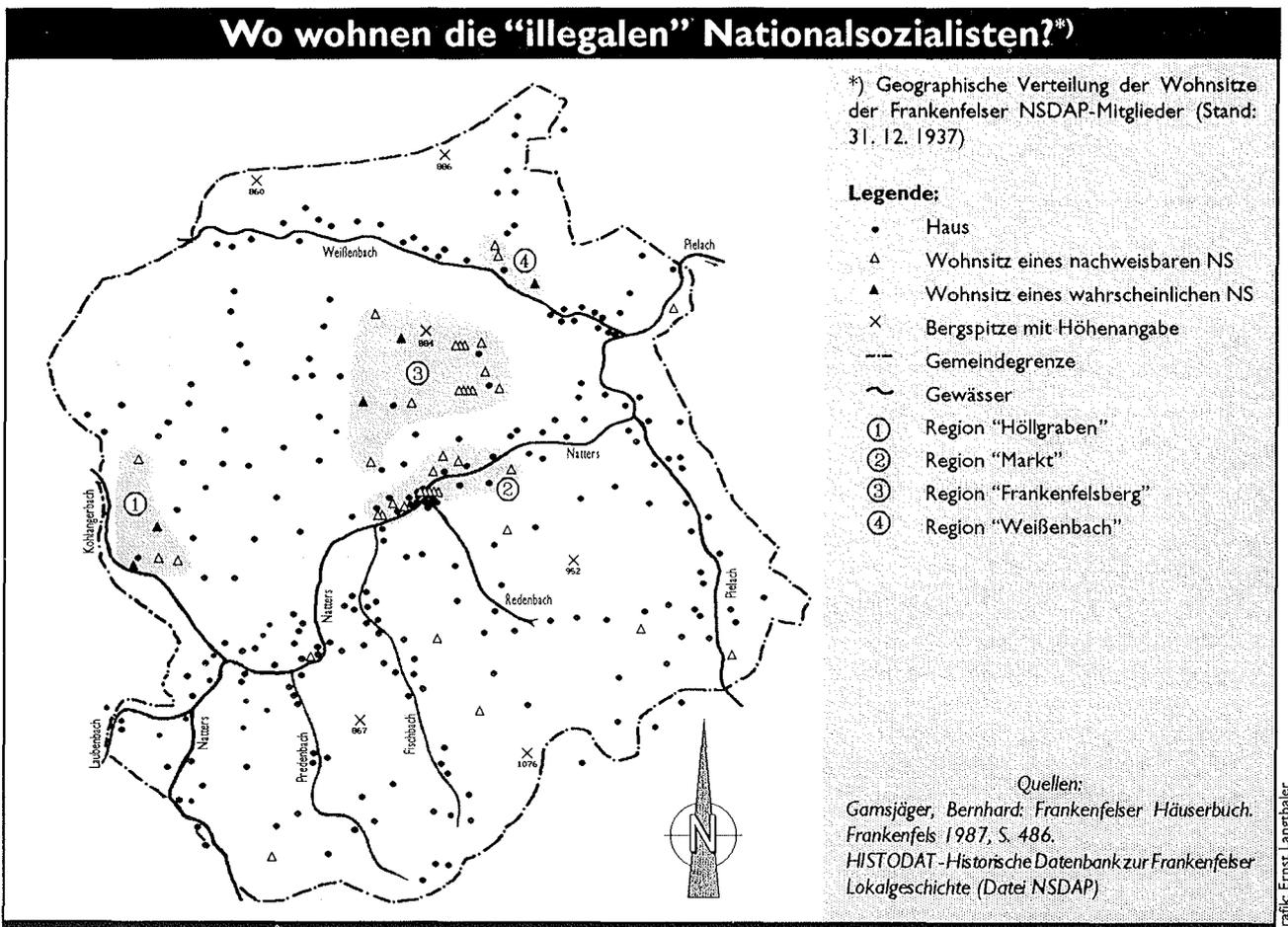
Die Spaltung der Frankenfesler Heimwehrebewegung

1931 und das Überlaufen des Heimatschutzflügels in das NS-Lager 1931/32 setzten neben den Ablösungsbewegungen von den „Systemparteien“ ab 1930 das Potential für eine Sammelbewegung des Protests frei, das die ebenfalls als „Systempartei“ diffamierte Vaterländische Front ab 1934 nur ansatzweise mobilisieren konnte.

... DIE EIGENDYNAMIK SOZIALER NETZWERKE;

Der Kaufmann P., geboren 1902, übernahm bereits als 25jähriger das Geschäft der Eltern. Der von seinen politischen Gegnern als „Sozifresser“ gebrandmarkte P. war eines der Gründungsmitglieder der Frankenfesler NSDAP im Juli 1932. Während des Parteiverbots verstand er es, sich durch den Beitritt zur „Vaterländischen Front“ geschickt zu tarnen. Während der „Illegalität“ versuchte er, durch ständige Besuche seinen Nachbarn, den Schuhmachermeister T., für die Bewegung zu gewinnen. T. trat zwar allem Anschein nach nicht der NSDAP bei, die Agitation war jedoch so intensiv, daß er in den Verdacht geriet, sich „illegal“ für die NSDAP zu betätigen und die Gendarmerie 1934 sein Haus durchsuchte.

Aus diesem Beispiel läßt sich ableiten, daß neben der öffentlichen Propaganda ein Faktor für den „Auf-



stieg“ der Frankenfesler NSDAP besonders zum tragen kam: die persönliche Agitation im Alltag. Die Verteilung der Wohnsitze der „Illegalen“ zeigt sehr deutlich, daß die NSDAP nur in bestimmten Regionen des Gemeindegebiets Anhänger gewinnen konnte: im „Höllgraben“, im „Markt“, auf dem „Frankenfesberg“ und im „Weißenbachtal“. Neben der Familie (In einer Familie lebten 4 „Illegale“!) bot das soziale Netzwerk der Nachbarschaft, in das jeder Dorfbewohner auf vielfältige Weise eingebunden war, den NS-Aktivisten immer wieder Anknüpfungspunkte, um für die „Bewegung“ zu werben: bei der gemeinsamen Arbeit, bei privaten Zusammenkünften oder bei festlichen Anlässen, zu denen die Nachbarn eingeladen waren. Die vielfältigen familiären und nachbarschaftlichen Beziehungen erleichterten die Werbung neuer Mitglieder und ließen „braune Nester“ auf der Frankenfesler Landkarte entstehen.

... DIE SOZIALE ATTRAKTIVITÄT LOKALER ELITEN;

Leopold Friewald, Lehrer an der Frankenfesler Volksschule, entsprach dem, was man eine „geachtete Persönlichkeit“ nennt. Er hing – so eine Lobeshymne aus dem Jänner 1940 – „an seinen Schülern mit unbändiger Liebe. (...) In den Gesangsstunden standen oft und oft Menschen vor der Schule und lauschten den herrlichen deutschen Liedern, die dieser Mensch den Kinderherzen lehrte.“ Friewald, geboren 1897 und damit Angehöriger der „Frontgeneration“ des Ersten Weltkriegs, engagierte sich jedoch nicht nur für seinen Beruf, sondern auch für die Politik. Er gründete am 1. Juli 1932 mit fünf weiteren Gesinnungsgenossen eine NSDAP-Ortsgruppe in Frankenfes. Am 1. Juli 1935 erschienen Gendarmen in der Volksschule Frankenfes und

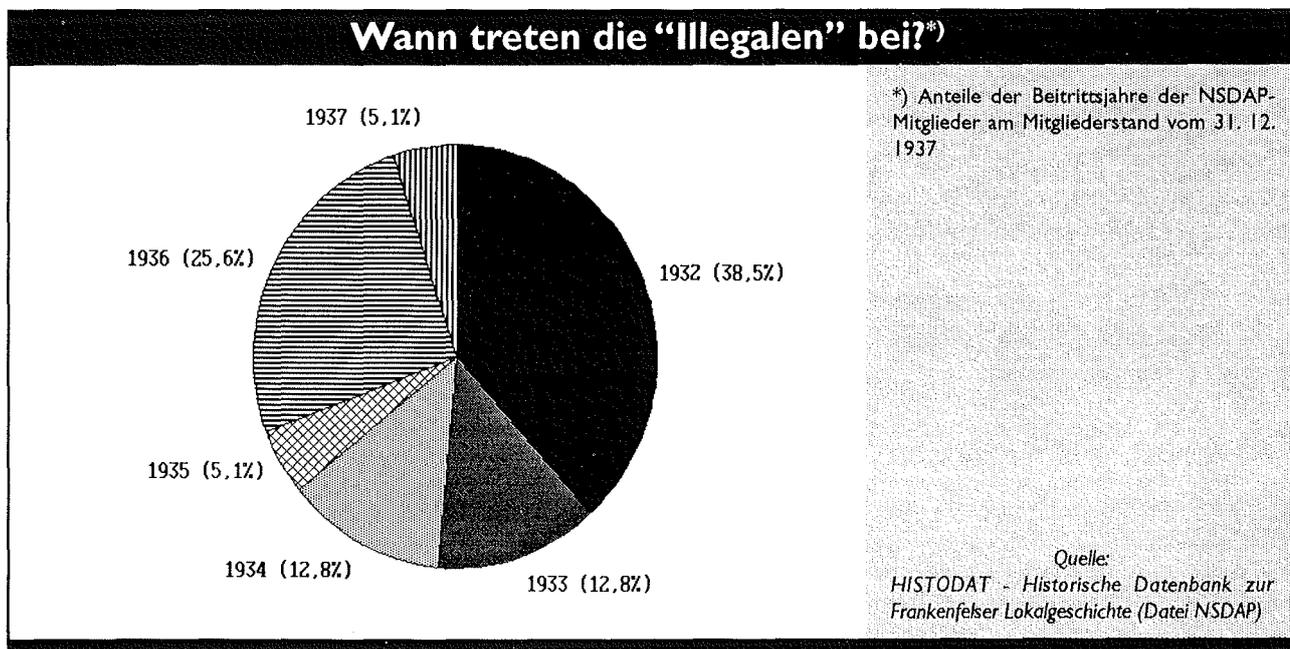
verhafteten – angeblich auf Grund einer Anzeige des Bäckermeisters T. – Friewald nach dem Unterricht. Er wurde wegen „Betätigung für die verbotene NSDAP“ zu 6 Wochen Arrest verurteilt und seines Dienstes enthoben.

Friewald war nicht der einzige Angehörige der sozialen Elite, der zum Nationalsozialismus überlief. Ein beträchtlicher Teil der „Dorfintelligenz“ (Lehrer, Arzt, Gemeinsekretär) engagierte sich bereits seit 1932/33 für die „Bewegung“. Die Frankenfesler NSDAP schöpfte ihre Anziehungskraft zu einem Großteil aus dem hohen sozialen Status dieser Führungsclique, was u. a. in der NS-Propaganda, aber auch in der gegnerischen Polemik („studierte nationalsozialistische Maulhelden“) zum Ausdruck kam. Besonders nach der Bestrafungswelle gegen die NS-Führung 1934/35 konnten die „Helden der Bewegung“ heimliche Sympathien in der Bevölkerung gewinnen.

... ALLGEMEINE STAATSPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN.

Der Bundesbahnbedienstete K., geboren 1902, arbeitete als Weichenwärter auf dem Bahnhof Schwarzenbach. Am 1. August 1936 gab er seine Beitrittserklärung zur NSDAP ab. Er dürfte bereits seit längerer Zeit mit der „Bewegung“ sympathisiert haben, doch als öffentlich Bediensteter hätte er mit dem Parteibeitritt seine Stellung riskiert – er wartete ab. Das „Juliabkommen“ 1936 zwischen dem Deutschen Reich und Österreich, das die faktische Legalisierung der NSDAP einleitete, dürfte für ihn den Ausschlag zum Beitritt gegeben haben.

Daß das jeweilige politische Klima den Beitritt zur NSDAP begünstigt bzw. erschwerte, zeigt ein Blick auf die Beitrittsdaten der Mitglieder.



leiter, versuchte sofort nach dem „Anschluß“, einflußreiche Posten von Systemgegnern zu „säubern“, das Frankenfeler Vereinswesen zu absorbieren und durch ein dichtes Netz von „Zellen-“ und „Blockleitern“ die Kontrolle über das Privatleben der Bevölkerung sicherzustellen. Viele Mitglieder verstanden die „Partei“ und im besonderen die SA als Interessenvertretung: Bei Meinungsverschiedenheiten mit dem Finanzamt, bei Stellenbewerbungen oder bei Ansuchen um Bezugsscheine wandte man sich an den Ortsgruppenleiter oder an den SA-Truppenführer, der – wollte er die Sympathie der „Parteigenossen“ nicht verlieren – die Anliegen meist unterstützte.

- Die Gemeindevertretung, repräsentiert durch den Bürgermeister, trat auf Vorschlag der NSDAP zusammen. Die Gemeinderäte führten jedoch ein Schattendasein, da in der Kommunalverwaltung „nicht ein Mehrheitsbeschluß, sondern das verantwortliche Manneswort des einzelnen“ Geltung hatte. Ihre Tätigkeit reduzierte sich auf die Kenntnisnahme des Gemeindebudgets, auf die Festsetzung von Gebühren und auf die nachträgliche Bestätigung von Personalentscheidungen der NSDAP.
- Der „Reichsnährstand“, repräsentiert durch den Ortsbauernführer, der einerseits als quasi-staatliches Organ für die Ausführung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen verantwortlich war. Andererseits mußte er danach trachten, die Loyalität der Bauern nicht zu verlieren und galt als Anlaufstelle für bäuerliche Interventionen: „I bin aber heut no stolz drauf, daß i mei Ortsbauernschaft in Schutz gnommen hab. Mia kann niemand was nachsagn . . . Oder bei die ganzen UK-Stellungen, net? Wiavü Ortsbauernführer warn, die a bissl was angnommen habn? In Frankenfels kann mir kana nachsagn, daß ma oana was gebn häm müssn dafür, und für wiewü hab i mi aufgeopfert? Kaum bin i an Tog dahoamgwesn, is scho wieder a anderer dagwesn, hab i für den nach St. Pölten fahrn müssn. Weil i mit dem Wehrbezirkskommando guat gstandn bin, hob i eigentlich a hauptsächlich alles durchbracht.“ Diese Doppelrolle brachte ihn wiederholt in Konflikte: mit den Behörden (beispielsweise bei Meinungsverschiedenheiten über die amtlichen Höchstpreise), mit Nicht-Bauern (beispielsweise durch „Freundschaftsdienste“ für Bauern, die ihre Konkurrenten beim Kauf einer Wirtschaft ausbooten wollten) oder Bauern (beispielsweise wenn er UK-Gestellte einrücken ließ).

Die einzelnen Herrschaftsträger waren durch die handelnden Personen verflochten: Friewald, der „illegale“ Ortsgruppenleiter avancierte im März 1938 zum Bürgermeister. Der Ortsgruppenbauernführer war gleichzeitig 1. Beigeordneter im Gemeinderat. Der Presseleiter der NSDAP war 2. Beigeordneter. Der Propagandaleiter der NSDAP leitete als Gemeindefeldarzt auch die Gesundheitsverwaltung. Nach der Versetzung Friewalds 1938 dürfte der Einfluß der NSDAP in der dörflichen Herrschaftsstruktur

durch häufige Ortsgruppenleiterwechsel gesunken sein. Der Bürgermeister und der Ortsbauernführer waren nicht unglücklich darüber, weil ihnen Friewald „zu scharf“ war und die beiden nun selbst „alles aus-handeln“ konnten. Das „Dorfdreieck“, also die Kooperation zwischen Ortsgruppenleiter, Bürgermeister und Ortsbauernführer, entwickelte sich in Frankenfels zu einer bäuerlich dominierten „Achse“ Bürgermeister – Ortsbauernführer, bei der die NSDAP nur fallweise mitmischen konnte. Die Beschlüsse des Gemeinderats, die Praxis der UK-Stellung und die Lebensmittelrationierung zeigen, daß alle nichtbäuerlichen Schichten des Dorfes in vielerlei Hinsicht benachteiligt waren.

. . . BÜROKRATISIERUNG DES ALLTAGSLEBENS;

Der Tischlergehilfe N. wuchs in einer sozialdemokratisch geprägten Familie auf. Wegen eines Lungenleidens konnte er sich der Einberufung zur Wehrmacht entziehen, was ihm einige Anfeindungen einbrachte. Während des Krieges wurden er und seine Familie Opfer einer Intrige: Die Leiterin der NS-Frauenschaft zeigte am Gemeindeamt an, daß sie bei seinem Wohnhaus „so viele Hühner“ bemerkt hätte. Sein Vater mußte sich daraufhin auf dem Gemeindeamt rechtfertigen. Der Bürgermeister drohte ihm: „Es werds eich so lang spün, bis ma eich aushebn lassn.“

Der NS-Bürokratie gelang es, wie dieses Beispiel zeigt, ihre Arme bis in die hintersten Winkel des Privatlebens auszustrecken. Diese „Kolonialisierung der Lebenswelt“ durch den Staatsapparat erfuhren die Dorfbewohner jedoch auf sehr unterschiedliche Weise:

- durch die Einführung der Zivilehe ab 1. August 1938;
- durch sozialpolitische Maßnahmen, die der Geburtenförderung dienten (Ehstandsdarlehen, Kinderbeihilfe) und vielen Frankenfeler Lohnabhängigen die Heirat ermöglichten;
- durch die „Entschuldungsaktion“, die laut Aussage des ehemaligen Ortsbauernführers rund die Hälfte der Frankenfeler Bauern in Anspruch nahmen;
- durch öffentliche Arbeitsbeschaffungsaktionen (z. B. die Regulierung des Redenbachs 1938, die die Frankenfeler NS-Führung zur Propagandaformel „Frankenfels hat keine Arbeitslosen mehr!“ veranlaßte);
- durch die staatlichen Aufträge an Gewerbebetriebe (z. B. fertigte der Schuhmacher ab 1938 in erster Linie Soldatenstiefel an);
- durch Maßnahmen zur „Ernährungssicherung“ ab Kriegsbeginn (Ablieferungspflicht der Bauern, Ausgabe von Lebensmittelkarten);
- durch den staatlich organisierten Ersatz der eingerückten Arbeitskräfte durch „Fremdarbeiter“ ab 1939 (z. B. arbeiteten im November 1924 27 „fremdvölkische Arbeitskräfte“ bei Frankenfeler Bauern);
- durch die quasi-offiziellen Spendenaktionen, die

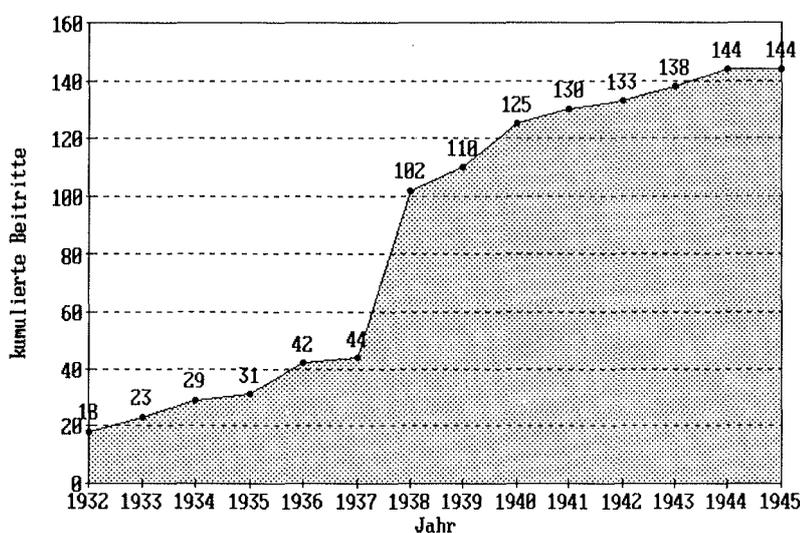
Die Organisierung der Frankenfelder Jugendlichen in der HJ stellt nur ein Beispiel für den „sozialen Wandel“ des dörflichen Sozialgefüges unter der NS-Herrschaft durch Desintegration, also Auflösung bisheriger Bindungen, bzw. Integration in neue Formen des Zusammenlebens dar:

- Zunächst war es einmal die Familie, die durch die vielfältigen neuen Integrationsangebote betroffen war. Die Jugendlichen wurden durch die wöchentlichen HJ-Heimabende, die öffentlichen Ausrückungen und die Lageraufenthalte der unmittelbaren Erziehungsgewalt der Eltern entzogen. Den Frauen gelang es ansatzweise, ihre Beschränkung auf „Kinder“, „Küche“ und „Kirche“ durch die Übernahme öffentlicher Funktionen in der NS-Frauenschaft und den Ersatz der eingerückten Männer zu durchbrechen.
- Das Frankenfelder Vereinswesen vor 1938 – genauer: das, was der Austrofaschismus nicht bereits 1934 beseitigt hatte – wurde durch die NSDAP entweder liquidiert (Vaterländische Front, Christlich Deutscher Turnverein), absorbiert (Veteranenverein) oder zumindest kontrolliert (Feuerwehr). Daß die NSDAP ihren Totalitätsanspruch nicht widerstandslos durchsetzen konnte, zeigt der Fall des Frankenfelder Feuerwehrkommandanten und SA-Truppenführers B., der in einem Streit mit einem Kirchberger SA-Sturmführer anlässlich einer Feuerwehrübung betonte, daß der Dienst in der Feuerwehr der Verpflichtung für die SA vorgehe.
- Die Sozialkontakte, vor allem die nachbarschaftlichen Beziehungen, wurden allem Anschein nach schwer erschüttert. Nahezu alle Zeitzeugen betonen die in der NS-Zeit herrschende Verunsicherung durch die Überwachung („Man hat ja niemand trauen können.“), die Angst vor Denunziationen und den daraus resultierenden Rückzug ins „private Leben“.

- Innerhalb der NSDAP, die durch ihren Totalitätsanspruch nahezu das gesamte dörfliche Vereinsleben zerstörte, eröffneten sich nun für Bevölkerungskreise, die bisher kaum „Führungspositionen“ innehatten, Aufstiegschancen, die neben dem sozialen Ansehen auch materielle Vorteile versprachen. Besonders die „Zuagrasten“, also jene Frankenfelder, die nicht hier geboren wurden, nahmen dieses Angebot wahr.
- Die Neuformierung des sozialen Lebens durch die NS-Herrschaft bedeutete für manche Bevölkerungskreise einen subjektiven Emanzipationsprozeß. Der Jugendliche, der in Schule und Elternhaus bisher nur unterdrückt wurde, bekam in der Hitlerjugend Befehlsgewalt über Gleichaltrige. Die Frau, die in der Öffentlichkeit bisher nichts zu reden hatte, übernahm in der NS-Frauenschaft soziale (Gestalten von „Fronturlauberfeiern“ für die Soldaten), politische (geschlossenes Auftreten bei feierlichen Anlässen) oder kulturelle Funktionen (Theateraufführungen). Der Landarbeiter, der bisher nur gehorchen und im Stall schlafen mußte, lernte in der Wehrmacht ein geordnetes Leben kennen und erlebte zum erstenmal das Gefühl, befehlen zu dürfen. Auch wenn die anfängliche Faszination bald abflaute, konnte das NS-Regime durch die vielfältigen Integrationsangebote zunächst breite Bevölkerungskreise mobilisieren, die den Blick abwandten, wenn Mitbürger ausgegrenzt, verfolgt oder ermordet wurden.

Der Nationalsozialismus konnte zwar keine dauerhaften Strukturen schaffen, beschleunigte jedoch durch die „Atomisierung“ des „traditionellen“ Sozialgefüges einen „sozialen Wandel“, der sich in der Nachkriegsgesellschaft fortsetzte und die relative Rückständigkeit der lokalen Gesellschaft gegenüber den objektiven Produktionsverhältnissen aufholte.

Wie entwickelt sich die Mitgliederzahl der NSDAP?*)



*) Kumulierte Beitritte zur NSDAP 1932 bis 1945 (Datenbasis: Mitgliederstand 27. 4. 1945)

Quelle:
HISTODAT - Historische Datenbank zur
Frankenfelder Lokalgeschichte (Datei NSDAP)

Grafik Ernst Langthaler

... DIE ERSTARRUNG DER PARTEISTRUKTUR;

Der Eisenbahner S., Jahrgang 1925, trat – wie fast alle seiner Altersgenossen – in die Hitlerjugend ein. Im Oktober 1942 mußte er zur Wehrmacht einrücken. Am 20. April 1943, dem „Führergeburtstag“, wurde er mit 18 Jahren – angeblich ohne sein Wissen – in die NSDAP aufgenommen, ohne daß er je ein Mitgliedsbuch erhalten oder Beiträge bezahlt hätte.

Dieser Fall ist symptomatisch für die „Erstarrung“ der Parteistruktur in der „Systemphase“ in den 40er Jahren:

- Nach einem regelrechten Wettlauf um das begehrte Mitgliederbuch der NSDAP 1938 (58 Beitritte), 1939 (8 Beitritte) und 1940 (15 Beitritte) versiegte der Zustrom zur „Partei“ allmählich. Dennoch ist es beachtlich, daß noch 1943 (5 Beitritte) und 1944 (6 Beitritte), als sich die militärische Niederlage bereits abzeichnete, Frankenfelder der NSDAP beitraten.
- Die NSDAP entwickelte sich von einer „Volkspartei des Protestes“ vor 1938 zu einer Versorgungsinstitution, die ihren „elitären“ Charakter verloren hatte: Während unter den „Alten Kämpfern“ die Selbständigen in Landwirtschaft (30%), Handwerk und Handel (17%) dominierten und die „Illegalen“ vor allem eine Bewegung der Lohnabhängigen in Landwirtschaft (52%), Handwerk und Handel (29%) waren, drängten im März 1938 die nichtagrarischen Schichten (Arbeiter/Angestellte: 35%, Selbständige: 15%, öffentlich Bedienstete: 15%) in die Partei. Ab dem 1. Mai 1938 traten vor allem die öffentlichen Bediensteten („38er“: 38%, „Nach 38er“: 29%), also alle, die durch ihr Parteibuch berufliche Vorteile erwarten konnten, der NSDAP bei. Es ist nicht verwunderlich, daß alle

Ortsgruppenleiter nach 1938 Reichsbahnbedienstete waren.

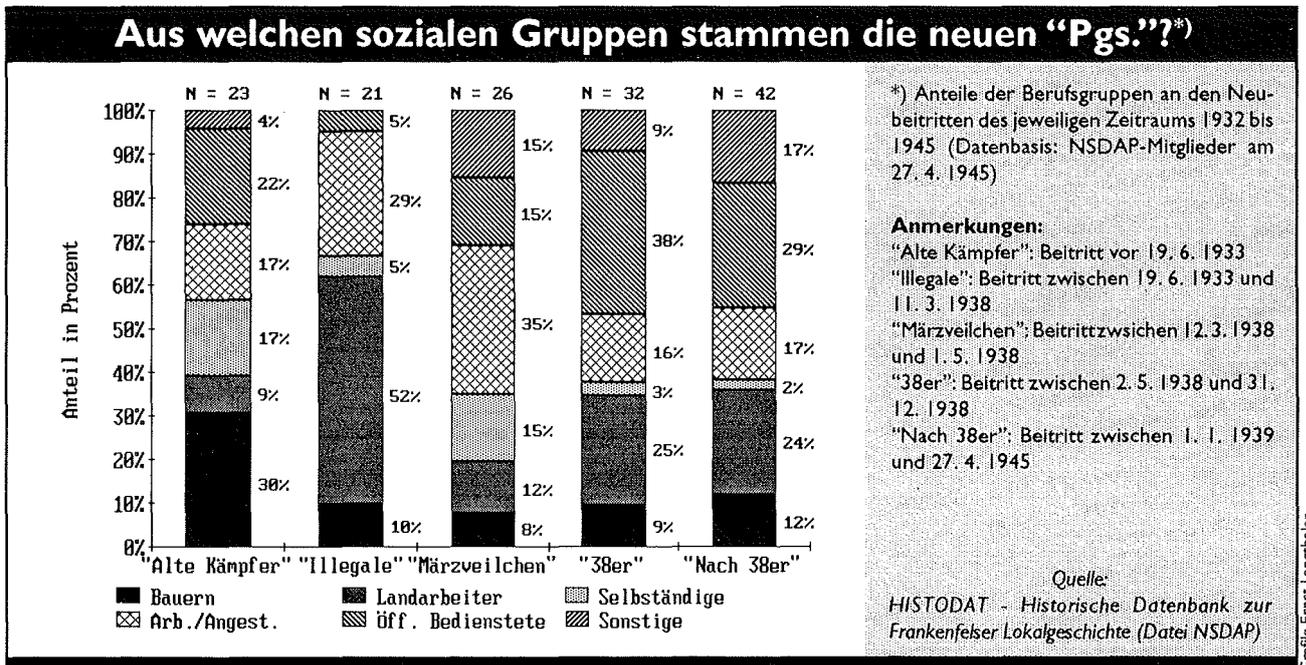
- Die „Partei“ versuchte den verloren gegangenen „revolutionären“ Elan durch eine „Verjüngungskur“ wettzumachen: War die NSDAP bis 1938 eine Bewegung der zwischen 1900 und 1920 Geborenen („Alten Kämpfer“: 52%, „Illegale“: 95%, „Märzveilchen“: 69%), dominierten in den 40er Jahren die Jahrgänge der nach 1920 Geborenen (51%). Hier spiegeln sich die automatischen Überstellungen von der Hitlerjugend zur NSDAP wider.

... INDIVIDUELLES ABWEICHENDES VERHALTEN.

Im August 1939 nahmen die Frankenfelder Nationalsozialisten in einem Zeitungsartikel öffentlich gegen die „Raunzer und Meckerer“, die behaupteten: „I spür nix, daß besser worden is“, Stellung, indem sie einem dieser „böswilligen Systemlinge“ die Segnungen des Nationalsozialismus für den „Gebirgsbauern“ aufzählten. Abschließend drohten sie zynisch, „solch Unverbesserliche ein bißchen ins Sanatorium Dachau zu schicken, damit sie ihr Erinnerungsvermögen wieder zurückbekommen.“

Der Bauer und Müller S. weigerte sich im Juni 1940, an der vormilitärischen Ausbildung der SA teilzunehmen und begründete dies folgendermaßen: 1. hätte er seine Arbeitsverpflichtungen zu verrichten, 2. müßte er am Sonntag Vormittag „dem Leuten ums Geld nachrennen“, 3. wäre sein einziger Bruder gefallen, „was einem nicht ganz egal ist“, und 4. wäre er am Sonntag „müde von den Strapazen der Woche“. Er wurde vom SA-Standartenführer in St. Pölten verwart.

Der Tischlergehilfe N. konnte sich infolge eines



Lungenleidens dem Wehrdienst entziehen. Er mußte daher als Luftschutzwart seine „Pflicht“ an der „Heimatfront“ erfüllen. Gegen Ende des Krieges gelang es ihm, den Plan des Gendarmeriekommandanten, gegnerische Flugzeuge mit Gewehren abzuschießen, zu vereiteln: „Mia ham uns eh scho nix mehr gschert, es war eh scho hübsch am End. Hamma gsagt: ‚Herr Inspektor, des geht net. Was glaubns, wann mia des mochen, die haun des ganze Frankenfels zsamm!‘ Des hat er si doch nochand sogn lassn, weil ma alle gredet ham.“

Der Eisenbahngehilfe K. spendete seit 1939 für die kommunistische „Rote Hilfe“, warb in seinem Bekanntenkreis weitere Spender und übergab die Beiträge einer Zugschaffnerin der Mariazellerbahn, die das Geld in St. Pölten weiterleitete. Nachdem die Gestapo dieses Netzwerk aufdeckte, wurde K. 1943 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Juli 1943 wurde er in ein „Strafbataillon“ einberufen. Er desertierte in Jugoslawien und kämpfte im V. Österreichischen Freiheitsbataillon gegen den Faschismus.

Diese vier Fälle markieren die Bandbreite abweichender Verhaltensweisen – vom „Widerstand“ zu sprechen wäre zu unscharf – von FrankenfelerInnen unter der NS-Herrschaft, die sich in vier Kategorien einordnen lassen:

- Nonkonformität: private Aktionen, die gegen einzelne Normen des NS-Regimes verstoßen („Feindsender“ hören, Spenden für das „Winterhilfswerk“ verweigern, „Grüß Gott“ statt „Heil Hitler“ verwenden, „Schwarzschlachten“, an kirchlichen Feiern teilnehmen, „Ranzen“ und „Meckern“ . . .)
- Verweigerung: überwiegend private Aktionen, die sich gegen einzelne konkrete Anordnungen von NS-Behörden richten (Teilnahme an der „vormilitärischen Ausbildung“ verweigern, trotz Aufforderung von Heimabendenden der NS-Frauenschaft

fernbleiben, dem Sohn/der Tochter den Beitritt zur Hitlerjugend verbieten . . .)

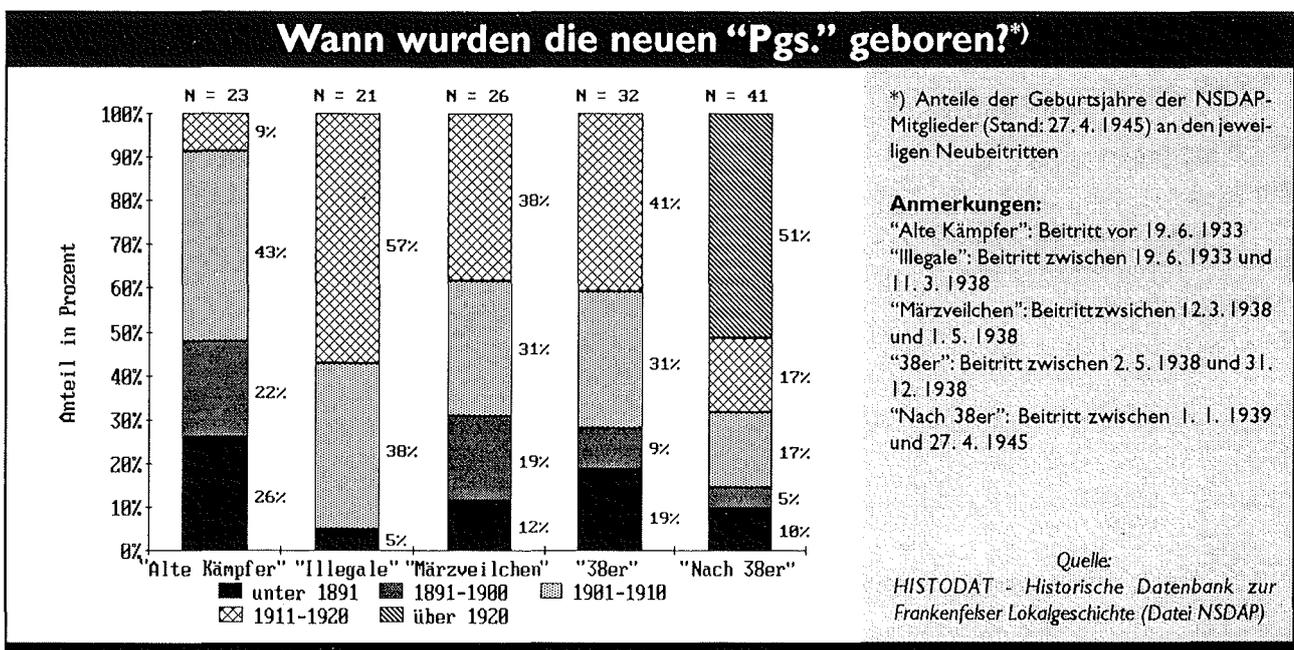
- Protest: überwiegend öffentliche Aktionen, die sich gegen Teilbereiche des NS-Regimes richten (den Gendarmeriekommandanten von seinem Plan, gegnerische Flugzeuge abzuschießen, abbringen . . .)
- Widerstand: öffentliche Aktionen, die das NS-Regime generell ablehnen (für die „Rote Hilfe“ sammeln und werben . . .)

Ein Klischee läßt sich auch in Frankenfels widerlegen: Es gab weder den „dämonischen Nazi“ noch den „heroischen Widerstandskämpfer“. Vielmehr läßt sich bei fast allen FrankenfelerInnen eine „Gemengelage“ sowohl systemkonformer als auch abweichender Verhaltensweisen feststellen. Ob jemand in Konflikt mit dem Regime geriet, hing im wesentlichen von zwei Faktoren ab: von der polizeilichen Eingreiffschwelle (Die meisten Widerstandshandlungen stellten das System nicht in Frage, sondern waren „alltägliche“ Aktionen, die erst durch den Zugriff des NS-Regimes kriminalisiert wurden und größtenteils unter der polizeilichen Eingreiffschwelle lagen.) und von der Lebenswelt des Einzelnen (Im Eisenbahnmilieu oder in kirchlichen Kreisen war das Risiko, aufgedeckt zu werden, weit geringer als beispielsweise im nationalsozialistisch kontrollierten Sägewerk.).

IV. DER NATIONALSOZIALISMUS KONNTE IN DIE NACHKRIEGSGESELLSCHAFT EINGANG FINDEN DURCH . . .

. . . VERBÜROKRATISIERTE „ENTNAZIFIZIERUNG“;

Am 1. August 1945 versetzte gegen 17 Uhr ein ohrenbetäubender Knall die Bewohner des „Höllgra-



bens“ in Schrecken: Ein Wagen, den ehemalige NSDAP-Mitglieder mit der auf den Straßen herumliegenden Munition beladen mußten, explodierte. Die Bilanz: Drei Tote und ein Schwerverletzter, der später im Krankenhaus starb.

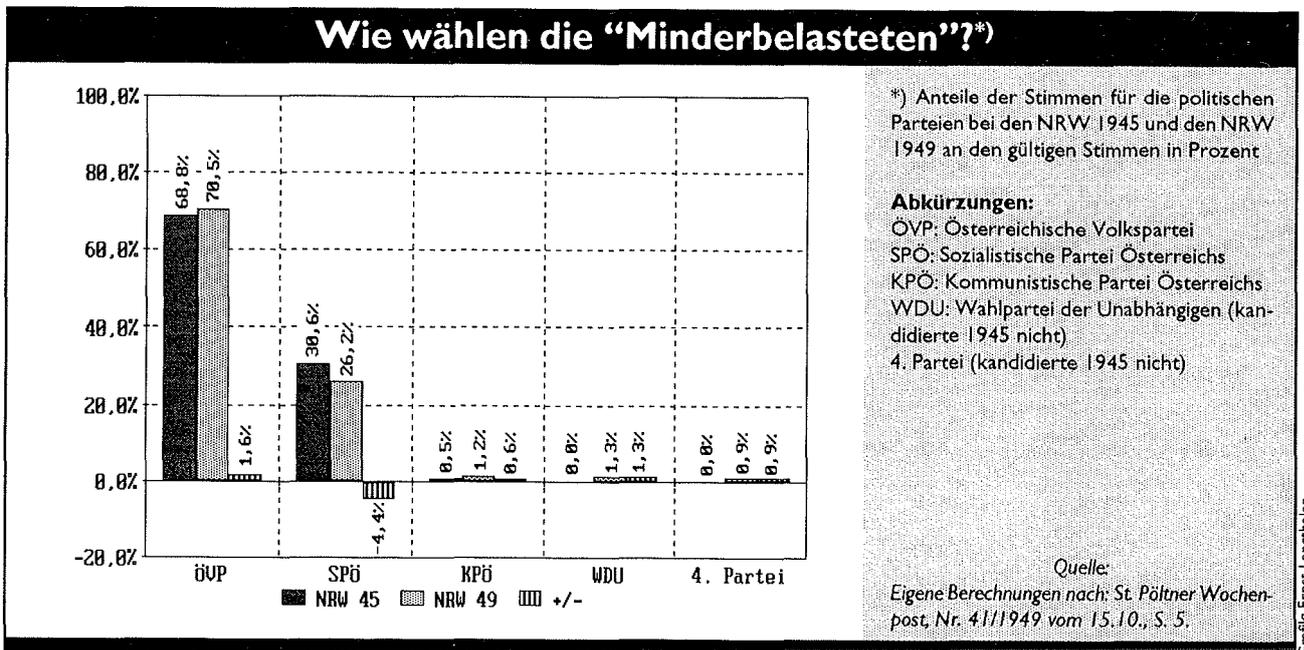
Dieser Vorfall ist symptomatisch für die „Entnazifizierung“ ab 1945: Nicht die politisch-pädagogische Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen Bewußtseinsinhalten stand im Vordergrund, sondern die bürokratische Abwicklung der „Entnazifizierungsmaßnahmen“, die von der Registrierung, der kurzfristigen Verhaftung, der Heranziehung zu öffentlichen Arbeiten, der Beschlagnahme des Vermögens bis zur Entlassung der öffentlich Bediensteten reichte. Daß diese anfangs konsequent durchgezogenen Maßnahmen weder bei den Betroffenen, noch bei der Bevölkerung einen Lernprozeß in Gang setzten, liegt auf der Hand. Im Gegenteil: Vorfälle wie der Unfall im „Höllgraben“ ließen die „Ehemaligen“ in den Augen vieler FrankenfelderInnen als Opfer einer rachesüchtigen Bürokratie erscheinen und förderten die partielle Solidarisierung dagegen.

... BEDINGUNGSLOSE INTEGRATION DER NATIONALSOZIALISTEN;

Der Bauer K., geboren 1917, gehörte seit 1936 der SA an. Als Mitglied des 1956 gegründeten Kameradschaftsbundes marschierte er 1957 bei einem Festumzug mit und sorgte in den sozialdemokratischen „St. Pöltner Nachrichten“ für Aufsehen: „Er durfte natürlich nicht fehlen, behängt mit Naziorden. Ein Schnappschuß vom vorwöchigen Fest in Frankenfelds, bei dem die Kameradschaftsbündler noch vor der Feuerwehr als halboffizielle Organisation in Erscheinung traten.“

Den nach der Befreiung 1945 zunächst geächteten Nationalsozialisten gelang es bald, sich in der Dorfföfentlichkeit der späten 40er- und 50er Jahre zu etablieren. Im wesentlichen standen ihnen drei Wege offen, die ihnen eine Integration in die dörflichen Strukturen ohne die Aufgabe rechtsextremer Bewußtseinsinhalte ermöglichten:

- Rückzug ins „Privatleben“: Besonders jenen Nationalsozialisten, die in ihrem Leben bereits vier Systembrüche erlebt hatten (1918, 1934, 1938 und 1945), hatten „genug von der Politik“ und vermieden nun jegliches öffentliche Engagement, was sie jedoch nicht daran hinderte, im privaten Kreis die „alten Zeiten“ zu beschwören.
- Integration in bestehende Sozialverbände: Neben dem Vereinswesen waren es vor allem die politischen Parteien, die den „Ehemaligen“ eine neue politische „Heimat“ anboten. Besonders nachdem die „Minderbelasteten“ 1948 wieder ihre vollen staatsbürgerlichen Rechte erhalten hatten, bemühten sich die Frankenfelder Parteien um die Sympathien der „Ehemaligen“, indem sie beispielsweise deren Antrag auf „Entregistrierung“ unterstützten. Die NRW 1949 gaben diesen Bemühungen recht: Bei einer Wahlbeteiligung von 98% konnte die ÖVP ihren Stimmenanteil im Vergleich zur NRW 1945 um 1,6% steigern, (1945: 508 Stimmen, 1949: 651 Stimmen), die SPÖ büßte 4,4% ein (1945: 226 Stimmen, 1949: 242 Stimmen), die KPÖ konnte sich um 0,6% steigern (1945: 4 Stimmen, 1949: 11 Stimmen), die WDU erzielte 1,3% (12 Stimmen) und die „4. Partei“ erreichte 0,9% (8 Stimmen). Der Großteil der „Minderbelasteten“ wählte diesen Ergebnissen zufolge 1949 die ÖVP, die anderen Parteien konnten nur marginale Stimmenzuwächse verzeichnen. Unter diesen Umständen überrascht es nicht, daß



der ehemalige NS-Bürgermeister in den 50er Jahren als ÖVP-Mandatar im Gemeinderat saß.

- Gründung von „Peer Groups“: Die Integration der Nationalsozialisten in die Dorfföfentlichkeit fand 1956 mit der Gründung einer Ortsgruppe des „Österreichischen Kameradschaftsbundes“ ihren Abschluß. Die Sozialdemokraten warfen diesem Verein von Beginn an die „Pfleger der Tradition der deutschen Wehrmacht“ vor, und die Vereinsfunktionäre selbst machen kein Hehl aus ihren Absichten: Ziel sei, „Ehre und Ansehen der Soldaten zu wahren“ und „das Andenken an die Kameraden aufrecht zu erhalten, die in Liebe, Gehorsam und Pflichterfüllung Gesundheit und Leben für die Heimat (!) geopfert haben.“ Es wäre überzogen, dem Verein generell die Pflege NS-Gedankenguts vorzuwerfen. Dennoch muß betont werden, daß der Kameradschaftsbund ehemaligen Nationalsozialisten immer wieder eine Plattform bot, um – zum Teil in führender Position – im vertrauten Kreis oder in der Öffentlichkeit, etwa bei „Heldengedenkfeiern“, Grabreden für verstorbene „Kameraden“ oder Vereinsjubiläen, rechtsextreme Ansichten zu verbreiten.

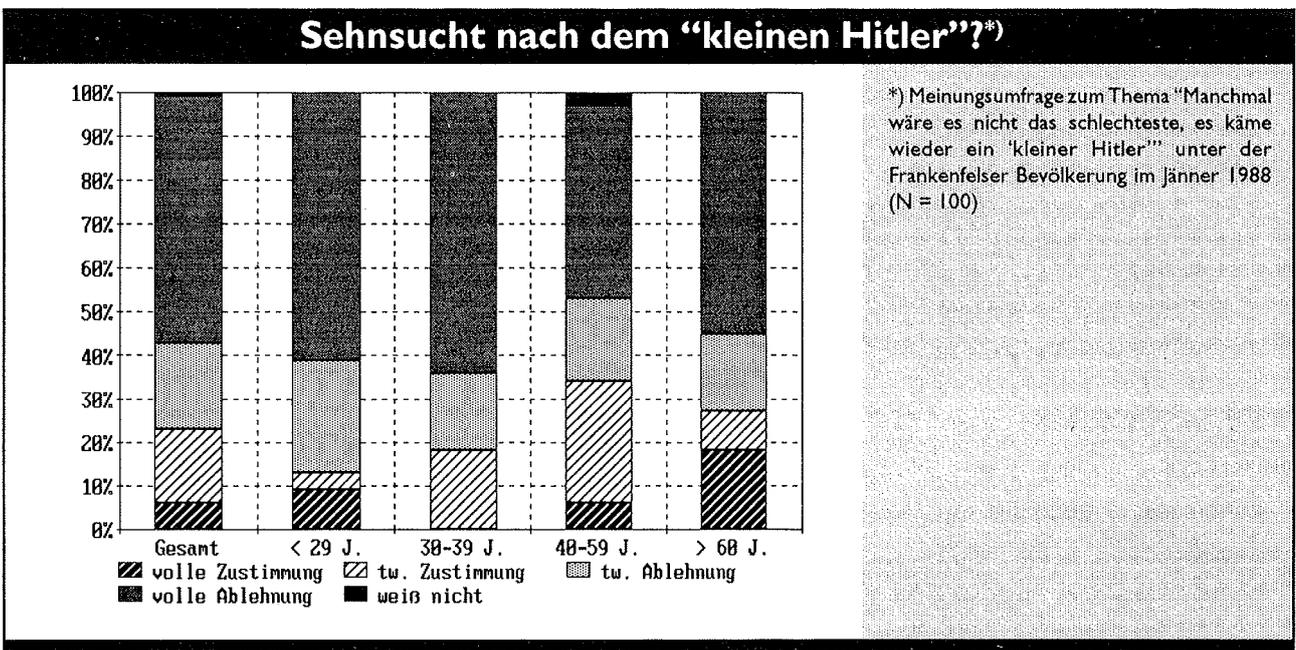
... RECHTSEXTREME TENDENZEN IM KOLLEKTIVEN BEWUSSTSEIN.

Daß der Nationalsozialismus nach 1945 nicht plötzlich aus den Köpfen der FrankenfeslerInnen verschwunden ist, muß nicht besonders betont werden. Auf die Frage „Manchmal wäre es nicht das schlechteste, es käme wieder ein kleiner Hitler“ antworteten 1988 die FrankenfeslerInnen folgendermaßen: Etwa ein Viertel der FrankenfeslerInnen (23%) stimmen dieser Aussage zumindest teilweise zu, wobei 6% zu den uneingeschränkten Befürwortern gehören. Drei

Viertel der Befragten (76%) lehnen die Wiederkehr eines „kleinen Hitler“ zumindest teilweise ab. Etwas mehr als die Hälfte (56%) zählt zu den uneingeschränkten Gegnern. Die „Hitler-Fans“ stellen demnach eine durchaus ernstzunehmende Größe im politischen Geschehen der Gemeinde dar. Interessant ist es auch, die Antworten der verschiedenen Altersgruppen zu vergleichen. Hier fällt auf, daß der Kreis der Befürworter mit zunehmendem Alter größer wird (13%, 18%, 34%), jedoch bei den über 60jährigen leicht absinkt (27%). Die Befragten, die einen „kleinen Hitler“ voll ablehnen, sind bei den 30- bis 39jährigen (64%) und in der Altersgruppe bis 29 Jahre (61%) am stärksten vertreten. Ihr Anteil schrumpft bei den über 60jährigen (55%) und ist am niedrigsten in der Altersgruppe zwischen 40 und 59 Jahren (44%).

Wo liegen die Ursachen für diesen „Nostalgiefaschismus“ im Bewußtsein der FrankenfeslerInnen?

- Rechtsradikale Meinungen stoßen in der Frankenfesler Öffentlichkeit kaum auf Widerspruch. Die Frankenfesler Politiker tolerierten nach 1945 die Tradierung nationalsozialistischer Ideen, um sich der politischen Loyalität der ehemaligen Nationalsozialisten zu versichern.
- Zur „Verklärung“ der NS-Zeit trugen sicherlich auch die realen Erfahrungen der Bevölkerung in den ersten Jahren der Besatzungszeit bei. Plünderungen, Vergewaltigungen und Erschießungen durch sowjetische Soldaten ließen in den Augen mancher FrankenfeslerInnen den Vernichtungskrieg der Nazis gegen die Sowjetunion im nachhinein als gerechtfertigt erscheinen. Das demokratische System erschien vielen als unfähig, die „Ruhe und Ordnung“, die sie in der NS-Zeit erfahren hatten, sicherzustellen.
- Die besondere Anfälligkeit bestimmter Altersgrup-



pen für rechtsextreme Geschichtsbilder liegt m. E. hauptsächlich in ihren subjektiven Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus begründet. Die Gruppe der 40- bis 59jährigen weist den höchsten Anteil von Befürwortern (34%) und den geringsten Anteil uneingeschränkter Gegner (44%) einer Wiederkehr eines „kleinen Hitler“ auf. Die meisten dieser Generation erlebten die NS-Zeit im Kindes- bzw. Jugendalter und verbinden damit überwiegend positiven Erfahrungen (z. B. in der Hitlerjugend). Die „Soldatengeneration“ (über 60 Jahre), die das Grauen des Krieges kennengelernt hat, weist zwar ebenfalls ein beträchtliches Potential an Befürwortern auf (27%), lehnt jedoch mehrheitlich die Rückkehr zu autoritären Herrschaftsformen ab (55%). Ein schwieriges Problem stellt das relativ hohe Potential uneingeschränkter Hitler-Befürworter bei den unter 29jährigen (9%) dar. Möglicherweise ist dies Ausdruck einer generellen Politik(er)verdrossenheit der jungen Erwachsenen.

QUELLEN UND LITERATUR*):

UNGEDRUCKTE QUELLEN:

- BEZIRKSHAUPTMANNSCHAFT ST. PÖLTEN (REGISTRATUR): Eingangsbücher und Akten GR XI 1930 bis 1945.
 GEMEINDEARCHIV FRANKENFELS: allgemeine Akten 1930 bis 1960, Heimatrolle, Meldekartei 1938 bis 1945. Gemeinderatsprotokolle 1938 bis 1945, Heirats-, Sterbe- und Geburtenbuch 1938 bis 1945.
 GENDARMERIEPOSTENKOMMANDO FRANKENFELS: Gendarmeriechronik.
 PFARRAMT FRANKENFELS: Heirats-, Sterbe- und Geburtenmatriken 1938 bis 1945.
 SLG. GAMSJÄGER, ST. PÖLTEN: Fotodokumentation zur Frankenfesler Lokalgeschichte.
 SLG. LANGTHALER, FRANKENFELS: Nachlaß Karl Weber, Interviews mit Zeitzeugen 1988 bis 1991 (Tonbandprotokolle), diverse Privatdokumente, HISTODAT-Historische Datenbank zur Frankenfesler Lokalgeschichte (Datei NSDAP).
 VOLKSSCHULE FRANKENFELS: Schulchronik, Band 3, Klassenbücher 1930 bis 1945.

GEDRUCKTE QUELLEN UND LITERATUR (AUSWAHL):

- ACKERL, ISABELLA, HUMMELBERGER, WALTER, MOMMSEN, HANS (Hg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag. 2 Bde. Wien 1981. (Vgl. besonders die Aufsätze von Botz und Hanisch.)
 ALLTAGSGESCHICHTE DER NS-ZEIT. Neue Perspektive oder Trivialisierung? (= Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte) München 1984.
 ARDEL, RUDOLF G., HAUTMANN, HANS (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. In memoriam Karl R. Stadler (= Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung). Wien – Zürich 1990 (Vgl. besonders die Aufsätze von Botz und Hanisch).

- AUFRISSE. Zeitschrift für politische Bildung (Themenheft Nationalsozialismus). Heft 3/1981. (Vgl. besonders die Aufsätze von Perz/Safrian, Ehalt, Pelinka, Weidenholzer und Ucakar.)
 BUNDESAMT FÜR STATISTIK (Hg.), Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Heft Niederösterreich, Textheft (= Statistik des Bundesstaates Österreich), Wien 1935.
 DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation. 3 Bde. Wien 1987. (Vgl. besonders die Aufsätze von Jagschitz und Neugebauer.)
 FALTER, JÜRGEN W., Hitlers Wähler. München 1991.
 GAMSJÄGER, BERNHARD, Frankenfesler Häuserbuch. Frankenfels 1987.
 KAINDL-WIDHALM, BARBARA, Demokraten wider Willen? Autoritäre Tendenzen und Antisemitismus in der 2. Republik (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 40). Wien 1990.
 KÜHNEL, REINHARD, Faschismustheorie. Ein Leitfaden. Heilbronn 1990.
 MANNLICHER, EGBERT, PETZ, RUDOLF, SCHATTENFROH, ERNST, Die deutsche Gemeindeordnung (= Verwaltungsbücher für die Ostmark, Bd. 1). München – Berlin 1939.
 MULLEY, KLAUS-DIETER, Nationalsozialismus im politischen Bezirk Scheibbs (= Heimatkunde des Bezirkes Scheibbs, Bd. 8). Scheibbs 1988.
 MULLEY, KLAUS-DIETER, Die NSDAP in Niederösterreich 1918 bis 1938. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des „Anschlusses“, in: ÖGL Heft 3/4/1989.
 NÖ. LANDESAMTSDIREKTION (Hg.), Ergebnis der Landtagswahlen in Niederösterreich vom 24. April 1932. Wien 1932.
 PEUKERT, DETLEV, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus. Köln 1982.
 PFEIFER, HELFRIED, Die Ostmark. Eingliederung und Neugestaltung. Wien 1941.
 PRINZ, MICHAEL, ZITELMANN, RAINER (Hg.), Nationalsozialismus und Modernisierung. Darmstadt 1991. (Vgl. besonders die Aufsätze von Zitelmann, Falter, Ritschl, Smelser, Stephenson und Prinz.)
 ST. PÖLTNER ANZEIGER 1938 bis 1944.
 ST. PÖLTNER NACHRICHTEN 1930 bis 1938.
 ST. PÖLTNER WOCHENPOST 1947 bis 1960.
 ST. PÖLTNER ZEITUNG 1930 bis 1960.
 SIEDER, REINHARD, Für eine Gesellschaftsgeschichte der NS-Zeit, in: IWK-Mitteilungen des Institutes für Wissenschaft und Kunst. Heft 4/1987.
 TALOS, EMMERICH, HANISCH, ERNST, NEUGEBAUER, WOLFGANG (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945 (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 36). Wien 1988. (Vgl. besonders die Aufsätze von Mulley, Kernbauer/Weber, Mooslechner/Stadler, Freund/Perz, Talos, Berger und Jagschitz.)

**) Aus Platzgründen wurde auf einen ausführlichen Anmerkungsapparat verzichtet. In das Quellen- und Literaturverzeichnis wurden nur jene Titel aufgenommen, die für den vorliegenden Aufsatz unmittelbar Verwendung fanden.*

ROBERT STREIBEL

DIE „GAUHAUPTSTADT“ KREMS Eine Geschichte in vier Bildern

PROLOG

„DIE JUDEN VERBRENNEN WIR NATÜRLICH“
Aus dem Briefwechsel eines geehrten Österreicher

Dichte Wolken hängen aus den Rauchfängen des Kreisgerichtes Krems, seit Tagen werden die Öfen auf Volltouren geheizt in jenen letzten Tagen des April 1945. Die Zeugnisse für die Schreckensherrschaft der Nazi in Krems werden vernichtet. Das Ende des Krieges ist abzusehen.

Als die Schornsteine des Kreisgerichtes nicht mehr aufhören zu rauchen, gibt es keine „Donauwacht“ mehr, selbst die Worte des Kreisleiters Wiltum von Februar, der im Brauhofsaal rief: „Es gilt, sich gegen bolschewistisches Chaos und Zwangsarbeit zu behaupten. Der Kampf ruft heißt heute: Europäische Ordnung gegen Zerstörung, Geist gegen Ungeist“, sind inzwischen Schall und Rauch. Nicht wenige Kremser müssen im letzten Aufgebot des Volkssturms fallen.

KREMS IST STILLER WORDEN

Ein Großteil der Dokumente wurde vernichtet, durch Zufall blieb aber ein Briefwechsel erhalten, der zumindest die Stimmung eines Teils der Bevölkerung wiedergibt, in einer Zeit, in der die Phrasen von der Weltherrschaft noch realen Boden zu haben schienen. Der Autor der Briefe ist kein Unbekannter: der Besitzer des Faberverlages Dr. jur. Herbert Faber, der in den Siebzigerjahren, ausgezeichnet mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Republik Österreich (verliehen durch Kirchschräger in Anwesenheit von Kreisky), starb.

Adressat der 20 Briefe zwischen dem 27. September 1939 und dem 4. November 1942 ist Gottfried Österreicher, Buchhändler und glühender Verfechter des Nationalsozialismus. Briefe, die „Herbert“ seinem lieben „Friedl“ an die Front schickte, in denen ausführlich über die Situation im Geschäft, das Herbert Faber in der Zwischenzeit für seinen Freund führte, berichtet wird, in denen aber immer wieder die Stimmung in der Gauhauptstadt geschildert wird. „Seit der letzten Einrückung ist Krems noch stiller geworden. Militär gibt es natürlich genug.“ (13. Februar 1941)

Oder wenige Tage später: „Die Gaustadt steht im Zeichen der Trauer, der Sohn Oberstleutnant Leopolds ist bei einem Fliegerunfall . . . in Aspang verunglückt. Alle tot! Dienstag wird Ewald Leopold begraben. Der Schmerz der Eltern ist übergroß. Der

Trost, der Sohn sei im Kampf gefallen, fehlt leider auch.“ (13. Februar 1941)

In diesem Brief schreibt Faber auch davon, daß er „wegen einer dummen Sache nach Berlin“ müsse, versichert aber: „Meine Anwesenheit will ich benötigen, um einige wichtige Stellen zu besuchen.“

Um diese Reise nach Berlin sollten sich Jahre später Legenden vom heimlichen Widerstandskämpfer Faber ranken, der mit den Nazis in Konflikt geraten war. Am 12. März 1941 schreibt er: „Von Berlin bin ich gut zurückgekehrt. Es wäre alles angenehmer, wenn man nicht kleine Widersacher hätte, die einem lästig werden können. Mein Aufenthalt galt dem, solchen Leuten einmal das Wasser abzugraben. Für heute schließe ich meinen Bericht, begrüße dich herzlich mit ‚Heil Hitler‘, Dein alter . . .“

Trotz dieser erfolgreichen Berlinreise beneidet Herbert seinen Freund Friedl. „Wir können wohl annehmen, daß du dort unten am Balkan viel Abwechslung an Menschen und Landschaft erlebt hast und Dinge gesehen hast, die wir Mitteleuropäer uns sonst nicht denken können. Jedenfalls hast Du nicht das Einerlei des Alltags, der auf uns oft recht drückend wirkt. Alle Soldaten, die hier hinten sitzen, beneiden Euch, obwohl das Maß der Mühen und Anstrengungen gerade diesmal alles Frühere überboten haben soll.“

Nach dem Angriff auf die Sowjetunion heißt es, „daß wir im Geiste bei Euch sind, und regste Anteilnahme allenthalben vorhanden sind, kannst Du versichert sein. Wir bewundern die gewaltigen Taten der deutschen Wehrmacht . . . So wie die Welt voll Spannung die Dinge verfolgt, so harren wir auch im Vertrauen auf den Erfolg der deutschen Waffen auf den endgültigen Erfolg. Hier zuwarten zu müssen, ist oft unerträglich, vielleicht aber erträglicher, als in einer Hinterlandsgarnison in qualvollen Zuwartungen abseits stehen zu müssen.“ (7. Juli 1941)

Im September schreibt Faber über einen gewissen Wrubel, gegen den ein Parteigericht laufe und der sich „unlängst in der Buchhandlung äußerst herausfordernd benommen“ habe. Als Laxheit betrachtet Faber, daß Wrubel noch nicht seines Amtes in der Volksbücherei enthoben ist. „Es ist ein Hohn, daß solche Leute alles durchsetzen können. Da wird man einmal durchgreifen müssen. Gegen diese Überläufer aus dem schwarzen Lager.“

„Krems ist still geworden. Immer mehr Leute wurden eingezogen, so dass man keine Bekannten trifft. Otto soll in einiger Zeit auf Arbeitsurlaub kommen. Er steht im Süden am Meer, wenn ich richtig rate. Kern ist an der mittleren Front und Gmiener ist

Kriegsgerichtsrat bei einer Division nahe Leningrad. Ich muss annehmen, dass dieser Brief Dich zur Weihnachtszeit oder noch später zur Jahreswende antrifft. So schlieÙe ich meine Epistel mit den besten Wünschen zu diesen Festen, die ja heuer für uns alle kein festliches Gepräge haben. Wir weilen im Gedanken bei Euch, die Ihr mit Euren Opfern dem deutschen Volke eine bessere Zukunft sichert. Es ist hart, Euch allen Unbilden der Jahreszeit ausgesetzt zu wissen und nicht helfen zu können. Wir können Euch in diesen Tagen nur eines Wünschen, dass Euer Kampf bald siegreich zu Ende geht, dass für uns alle der Endsieg bevorsteht und dass wir Euch bald in einer glücklicheren Heimat begrüßen können. Das wünschen wir Euch und uns und wissen, dass der Führer unerschüttert den Weg des Sieges geht und uns für alle Zukunft den Platz an der Sonne sichern wird.

Wenn ein glücklicher Zufall Dir wenigstens die Stunden am Weihnachten und Neujahr ruhiger gestalten wollte, dann würden wir uns freuen.

In alter Verbundenheit und Treue grüÙe ich Dich mit

*Heil Hitler!
Dein alter Freund*

Herbert

Auf diesem Weg zum Platz an der Sonne lagen tausende Tote, in den Konzentrationslagern wurden dafür Juden verbrannt, in Krems brannten zumindest Bücher.

„Ansonst ist nicht viel zu berichten. Der Kreisleiter hat Auftrag gegeben, die Leihbücherei zu durchkämmen, weil nicht geeignete Bücher enthalten sein sollen. Der neue Direktor der Lehrerinnenbildungsanstalt Bierbaumer erhielt den Auftrag, die Bücher durchzusehen. Es fallen nicht nur vereinzelt noch vorhandene jüdische Autoren, sondern auch ausländische Schreiber in Wegfall. Die letzterwähnten Bücher wollen wir zurücklegen für spätere Zeiten, da diese Bücher zugelassen sein werden. Die Juden verbrennen wir natürlich.“

(26. Februar 1942)

I. DIE BÜRGERMEISTER

AN DER SPITZE DER „GAUHAUPTSTADT“

Am 4. Juni 1938 um 13 Uhr wurde von der Telegraphie des Deutschen Reiches folgendes Telegramm an den „Führer und Reichskanzler Adolf Hitler Berlin“ übermittelt:

„Die seit alther völkisch erprobten und dem Nationalsozialismus verschworenen Schwesterstädte Krems-Stein erbitten ihre Bestimmung zur Gauhauptstadt von Niederdonau.“

Unterschrieben ist dieses Telegramm mit: Dr. Stingl und Retter. Wer waren nun die Bürgermeister, die sich stolz auf die völkische Tradition beriefen?

NUR EINE „WILDBEWEGTE ZEIT“?

Dr. Hermann Stingl leitete die Amtsgeschäfte zwischen 12. März und 23. August des Jahres 1938.

„Zum zweiten Mal rief die Vaterstadt Herrn Dr. Stingl, als im März Adolf Hitler uns die Freiheit brachte . . . Wieder hatte er das Schifflin in wildbewegter Zeit zielbewußt durch die stürmischen Wogen geführt“, schreibt die „Landzeitung“.¹

Zu seiner Verabschiedung drückt Landeshauptmann Dr. Jury für die „ersprießliche Tätigkeit“ die Anerkennung von Staat und Partei aus. Dr. Stingl war bereits einmal Bürgermeister der Stadt in den Jahren 1921 und 1924 und Sohn des „nationalen Führers“ der Stadt im vorigen Jahrhundert, Hans Stingl (1832–1893).

DER SOHN ALS ERBE

Dr. Hans Stingl, „*kerndeutsch von der Sohle bis zum Scheitel*“² lebte von 1832–1893 in Krems, wo er sich aktiv für Gemeindeangelegenheiten einsetzte. Der Sohn tritt Jahrzehnte später als Verwalter des Dankengutes des Vaters auf. Großdeutschtum und Judenfeindlichkeit sind Bestandteile des Dankengutes der Nationalsozialisten. Das Großdeutschtum des vorigen Jahrhunderts des alten Stingl ist sicherlich mit anderen Maßstäben zu messen, den Haß gegen das Judentum hat der Freund von Georg Ritter von Schönerer ebenfalls gepflegt. Nach nur einem Jahr schied er freiwillig aus dem Reichsrat aus, *„weil er in sozialen Fragen und hauptsächlich wegen seiner radikalnationalen und jüdenfeindlichen Haltung mit der damals maßgebenden Wählerschicht seines Bezirkes in Meinungsverschiedenheiten geraten war.“*³ Hannelore Hruschka stellt in ihrer Dissertation für die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts fest:

„Für diesen Zeitraum ist, was den lokalen Antisemitismus in Krems betrifft, ein Mann maßgebend und zwar Dr. Hans Stingl, über den eine Zeitung 1890 schrieb: ‚Aus dem judenliberalen Dr. Stingl von einst ist mittlerweile der antisemitische Heißsporn von heute geworden . . .‘“⁴

ERFOLGREICHES SCHAFFEN FÜR DEN FÜHRER

Mit Erlaß vom 3. August 1938 wurde Franz Retter *„zur einstweiligen Besorgung der Gemeindegeschäfte der neugebildeten Großgemeinde Krems und zum Gemeindeverwalter mit dem Titel eines Oberbürgermeisters bestellt“*. In einem Jubiläumsartikel⁵ wird zu seiner Biographie angeführt: Geboren am 28. März 1898 in Stein, diente in den Reihen des Sappeurbaillons Mautern, kämpfte an der italienischen Front. Die unglücklichen Auswirkungen des „Schanddiktales von St. Germain und Versailles“ hätten ihn in die Reihen Adolf Hitlers geführt („wie es seine Art ist an vorderster Front“). 1933 wird er zum ersten nationalsozialistischen Bürgermeister von Stein und muß hernach als „politisch Verbannter im Reich leben“. Im Akt, der nach der Verhaftung des Landesleiters

der NSDAP Josef Leopold über die illegale Tätigkeit der Nationalsozialisten 1935 angelegt wurde, wird Franz Retter als Gauleiter von Niederösterreich angeführt.⁶ Unter den Genannten findet sich ein weiterer Kremser, nämlich Ing. Hiedler in der Funktion eines „Führer des SS-Abschnittes Österreich“.

Dr. Max Thorwesten, der damalige Bürgermeister von Krems, würdigt 1941 die Aktivitäten Retters bei der Enteignung Göttweigs.⁷ Unter dem Titel „Übernahme der kommissarischen Verwaltung des Stiftes Göttweig“⁸ war am 22. Februar 1939 gemeldet worden: „*Verschiedene wirtschaftliche Mißstände, welche die Gefahr einer schweren Schädigung der Volkswirtschaft bedeuten, zwingen den Staat . . .*“ Bereits im April desselben Jahres wird von einem großen „Kulturlager der Hitlerjugend in Göttweig“ berichtet.⁹

Dr. Thorwesten über diese Maßnahme: „*Als ein Ereignis von ungeheurer Tragweite ist die Einweisung Göttweigs in das Eigentum der Stadt Krems im Jahre 1939 anzusprechen*“, dies wird den „*unsäglichen Bemühungen des Oberbürgermeisters*“ zugeschrieben.

RETTET LÄSST PRÜGELN

Bei der Verurteilung von Bürgermeistern des Kreises Krems erklärte der Kreiskommunalreferent unter lebhaftem Beifall den nationalsozialistischen Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Die Realität sah anders aus, wie der Prozeß gegen Oberbürgermeister Retter im April 1948 zeigte. Bei der Beschlagnahme des Stiftes hatte sich Retter die Briefmarkensammlung des Benediktinermönchs Gottfried Pfaff angeeignet. Der Besitzer erhielt 1945 seine Sammlung zurück, ein Kuvert mit 10.000 Stück der wertvollsten Marken fehlte jedoch. Wie eng Retter mit Verbrechern vom Schläge eines Leo Pilz (SA-Standartenführer) zusammenarbeitete, zeigt die Aneignung des Schlosses Nieder-Ranna durch den Oberbürgermeister. Eine Anzeige wegen Ernährungs sabotage war der willkommene Anlaß für die Verhaftung des Besitzers Laurent Deleglise. Retter selbst ist bei der Verhaftung anwesend. Da Deleglise nicht bereit ist, zu verkaufen, wird er mit Schlägen und Torturen (z. B. Trinken von Rizinusöl) gefügig gemacht, er unterschreibt den Kaufvertrag und erhält von Retter den Betrag von 7.000 Mark, der jedoch bei Notar Dr. Mayr hinterlegt wurde. Da Deleglise, der persönlich von Retter nach Wien gebracht wurde, fürchten muß, ins KZ zu kommen, willigt er ein, 4.000 Mark „freiwillig“ an die Stadtgemeinde zurückzuzahlen. Der Restbetrag wird nach einem Anruf bei Dr. Mayr durch die Gestapo kurz vor Kriegsende ebenfalls wieder rücküberwiesen.

Retter wird 1948 zu drei Jahren verurteilt. Die „Kremser Nachrichten“ schrieben damals über die Verurteilung Retters, der vor Gericht erklärte, „ich war und bin Nationalsozialist“: „Es gibt zahlreiche Fälle, in denen kleine Ortsgruppenleiter oder Illegale zu höheren Strafen verurteilt wurden, aber es scheint in Österreich – und nicht nur bei uns – üblich

zu sein, nach dem Sprichwort ‚Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen‘ zu verfahren.“

Zum Bürgermeister der Gaustadt Krems wurde 1938 der Kreisspielwart Dr. Max Thorwesten berufen.¹⁰ Im „Völkischen Beobachter“¹¹ schreibt er: „*Schon bei der Heimkehr der Ostmark in das Deutsche Reich war es klar, daß damit auch für die Stadt Krems ein neuer Abschnitt in ihrer Entwicklungsgeschichte beginnen werde.*“ Geschlossen wurde der Artikel mit den Worten: „*Wenn vom Führer der Befehl zum Beginn der Arbeiten gegeben wird, dann wird auf lange Zeit Leben in unsere Stadt einkehren . . . Und was dann entstehen wird an Bauten . . . das wird der altehrwürdigen Stadt Krems einen neuen Ausdruck geben, indem sich die Schönheit der Altstadt harmonisch mit den neuen Schöpfungen nationalsozialistischer Baugesinnung vermählen wird.*“

II. DIE OPFER

DIE ARBEITSSKLAVEN VON KREMS

Lange bevor die ersten Flugzeuge der Alliierten ihre Bomben über den Städten der „Ostmark“ abwarfen, als die Kampflinie noch durch ferne Länder ging und der Endsieg zum x-ten Mal angekündigt worden war, verlief die Front bereits mitten durch die Stadt. Bevor noch die Kremser die Folgen dieses verbrecherischen Krieges am eigenen Leib zu spüren bekamen, sahen sie diese für die Bevölkerung der überfallenen Länder. Fremdarbeiter in der Heimat waren keine Seltenheit in einer Situation, wo viele Männer an der Front standen. Kriegsgefangene wurden in Betrieben als Arbeitstiere gehalten. Ungeschminkt zeigt das System die schrankenlose Ausbeutung. Die „Ostarbeiter“ hatten das schwerste Los zu tragen, sie waren in der Diktion der Nationalsozialisten Untermenschen, wie dies ja auch in der „Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, Ortsgruppe Krems“ propagiert wurde.

Die Baracken für die Kriegsgefangenen in der Hütte Krems lagen auf dem Areal der heutigen „Salen“. Dort lebten Ostarbeiter (Russen und Ukrainer), Italiener, Franzosen. So mancher Funktionär der Na-



zis sah in diesen Arbeitssklaven die willkommene Gelegenheit, nüchtern oder betrunken den „Herrenmenschen“ hervorkehren zu können. „Mancher hat sie gedroschen, die Fremdarbeiter, das kann man sich gar nicht vorstellen“, erinnert sich ein Arbeiter der Hütte Krems.

Stefan Pfuster, ein Rottenmanner, der 1942 mit dem Werk nach Krems gekommen war, arbeitete bis zur Bombardierung im Walzwerk als Partieführer. *„Manchmal sind's aufgetaucht mit der Hakenkreuzbinde und ham gstänkert: ‚So faul sind deine Leut, de arbeiten nix.‘ I hob zu dem gsagt: ‚Frag amoil, warums do san, freiwillig nämlich net, schau da an, was z'fressn kriagn, wias schlofn, und dann probier sölber 8 Stunden hackln.“*

Die Baracken für die Arbeiter des Metallbetriebes „Nuss und Vogel“ standen in der Nähe des Frachtenbahnhofes. Dort haben so an die 50 Ukrainer, Männer und Frauen, Alte und Junge und Kinder gehaust. Einem Kriegsgefangenen im Betrieb ein Stück Brot zuzustecken, konnte bereits gefährlich sein!

Edith Klein, wegen hitlerfeindlicher Aussagen in der Tabakfabrik gekündigt, arbeitete in der Heeresabnahme bei Nuss und Vogel. *„Da war eine schwangere Ukrainin, die ist an einer schweren Maschine gesessen. Der haben wir, wenna möglich war, einen Apfel oder eine Birne gegeben. Sie und das Kind sind aber gestorben.“*

Ein Erlebnis von Edith Klein, als sie von Nuss und Vogel weg mußte, charakterisiert deutlich die Einstellung mancher Kremser zu den Kriegsgefangenen. *„Komm ich zum Birngruber hin und sag. ‚Da bin ich, mich schickt das Arbeitsamt!‘ ‚Sie? Aber ich hab doch eine Ukrainerin bestellt, nein, Ihnen kann ich die Arbeit nicht zumuten, ich kann Ihnen ja nicht zumuten, sich unters Auto zu legen und den Dreck wegzuräumen.“*

VOR DER KIRCHE ERSCHOSSEN

Die Hände mit Handschellen gefesselt, ein Verband über der linken Hand, steigt der 20jährige Richard Ott aus dem Auto der Gestapo. Plötzlich reißt er sich los, beginnt zu laufen, die Kirche ist vielleicht seine letzte Chance, das Todesurteil ist ihm so gut wie sicher. Zum zweiten Mal von der Wehrmacht desertiert, bereits 1941 als „Rädelsführer“ einer Kommunistenbande bezeichnet.

Der Schuß des Schutzpolizisten trifft – Richard Ott stirbt auf dem Pfarrplatz, 4. Februar 1945, 6 Uhr abends.

Mit der Herrschaft der Nazis hatte er sich nie anfreunden können. Bis Ende Juli 1941 arbeitete er als Installateur bei der Firma Haider. Ein Versuch, aus dem „Reich“ zu flüchten, scheiterte. Im Oktober 1943 desertierte Richard von der Wehrmacht, wurde aufgegriffen und vom Gericht der Division Nr. 177 einer Strafkompagnie zugeteilt. Das Gnadengesuch seiner Mutter wurde abgewiesen: *„Ihr Sohn muß erst im Straflager zum Soldaten erzogen werden.“*

Als dem Lazarett in Czestockowa in Polen setzte er sich mit zwei Kameraden am 4. Jänner 1945 ab.

Die Flucht gelang, eine waghalsige Reise auf den Dächern der Transportzüge. Bei der ersten Hausdurchsuchung in der Wohnung seiner Eltern in Krems wurde Richard Ott nicht gefunden – er lag zugedeckt im Ehebett. Es war aber nur eine Frage der Zeit, bis die Gestapo seine Spur aufgenommen hatte. Er fand Zuflucht bei Bekannten in Stein – im Haus neben dem Sägewerk Lohr/Schütz. Durch Zufall entdeckte Herbert Schebor, der mit Richard Ott die Schulbank gedrückt hatte und sich nun auf Fronturlaub befand, den Versteckten. Schebors Weg führte zur Gestapo, wo er Anzeige erstattete.

Nach der Befreiung wurde Herbert Schebor beim Wiener Volksgericht verurteilt. Der Schutzpolizist, der den tödlichen Schuß abgegeben hatte, setzte sich in den Westen ab. Die Kremser Gestapo-Beamten, die die Untersuchung gegen die Familie Ott geführt hatten, wurden nie zur Verantwortung gezogen.

TAUSENDE STARBEN IM KRIEGSGEFANGENENLAGER GNEIXENDORF

Im Kriegsgefangenenlager Gneixendorf wurden viele tausende russische, französische und polnische Kriegsgefangene und verschleppte Personen festgehalten. Mangels ausreichender Verpflegung und ärztlicher Betreuung, durch Zwangsarbeit und unmenschliche Behandlung kamen tausende Kriegsgefangene um. Im Lager gab es eine organisierte illegale Gruppe von Gefangenen, die mit der heranrückenden roten Armee in der zweiten Aprilhälfte 1945 Funkkontakte aufnahmen. Um eine reibungslose Übergabe der Gefangenen zu ermöglichen, wurden einige vertrauenswürdige Bewachungsorgane der Deutschen Wehrmacht davon informiert. Diese unterstützten das Vorhaben der illegalen Gruppe. Diese Zusammenarbeit wurde an den Kommandanten des Lagers verraten. Ein Oberleutnant, ein Unteroffizier und ein Gefreiter wurden verhaftet, am Südtirolerplatz öffentlich gehängt und drei Tage lang als abschreckendes Beispiel für die Kremser Bevölkerung hängen gelassen.

Auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Gneixendorf wurde 1984 zum Andenken an die im Lager umgekommenen französischen Kriegsgefangenen ein Denkmal errichtet. Im Kremser Friedhof gibt es ein Ehrengrab für 1.600 russische Kriegsgefangene, die im Lager Gneixendorf starben.

DER BLUTFREITAG VON STEIN

Am 6. April sollten über Befehl des Reichsjustizministeriums in Berlin zu langer Haft Verurteilte vor der anrückenden Roten Armee nach dem Westen evakuiert, Häftlinge mit geringerer Strafe entlassen werden. Der Direktor der Strafanstalt Stein, Regierungsrat Kodre, ließ die Häftlinge, politische Gefangene aus Österreich, Frankreich, Griechenland, der Tschechoslowakei, Polen und anderen Ländern im Hof antreten, um die Evakuierung und Entlassung vorzubereiten. Dem Verwalter der Anstalt, Alois

Baumgartner, einem treuen ehemaligen Illegalen, paßte die Entscheidung des Reichsjustizministeriums nicht. Kreisleiter Wilthum und SA-Standartenführer Leo Pilz wurden geholt. Über Befehl von Wilthum wurde nun auf die im Hofe der Anstalt Versammelten von hereingerufenen SS-Truppen das Feuer eröffnet, nachdem Leo Pilz als erster eine Handgranate in die Menge der Häftlinge geworfen hatte.

Ein furchtbares Massaker entstand. 384 Häftlinge wurden erschossen, Verwundete, die unter den Toten lagen, wurden mit Genickschüssen erledigt. Häftlinge, denen die Flucht gelang, wurden bei Meidling im Tal und bei Hadersdorf gestellt und ermordet. Insgesamt forderte das Massaker 502 Tote.

III. DIE WIDERSTANDSKÄMPFER

„IM HERZEN DES FEINDES“

Wenn heute über den Widerstand der Österreicher gegen den Nationalsozialismus gesprochen wird, so ist den Beispielen, die dann zitiert werden, meist eines gemeinsam: Die aktive Rolle der Arbeiter und Arbeiterinnen bleibt meist unberücksichtigt. Krems kann keineswegs als eine Hochburg der Arbeiterschaft bezeichnet werden. Daß selbst „im Herzen des Feindes“, wie die „Rote Fahne“ bereits 1932 schrieb, Widerstand geleistet wurde, zeigt ein Blick in die Akten.

HOCHVERRAT

„Im Namen des Deutschen Volkes“ steht über den Papieren, rechts darüber „Hochverratsache“. Im Prozeß gegen den in der Kunstschlerei Geppert beschäftigten Johann Hromada, den Hilfsarbeiter Franz Baumgartner, den Tabakarbeiter Franz Wieland und den in der Schuhfabrik Schmitt arbeitenden Josef Klaffl heißt es in der Urteilsverkündung:

„In Krems und Umgebung hatte es der mittlerweile vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilte Spitzenfunktionär Franz Zeller im Herbst 1939 unternommen, eine Organisation der KPÖ durchzuführen.“

An anderer Stelle in diesem Akt taucht der Name des ehemaligen Sozialdemokraten (Revolutionäre Sozialisten) Johann Hoffmann auf:

„Dem unmittelbaren Einfluß Zellers sowie eines anderen führenden Kremser Kommunisten, des vom Volksgerichtshof bereits zum Tode verurteilten Johann Hoffmann, der die Verbindung zwischen Zeller und der kommunistischen Landesleitung in St. Pölten aufrecht erhalten hatte, erlag ferner . . .“

ZELLER, HOFFMANN, STRASSER

Franz Zeller, Johann Hoffmann und Ferdinand Strasser sind drei Widerstandskämpfer, die in Krems gelebt und gearbeitet haben. Ihre Namen tauchen noch in einer Reihe anderer Hochverratsakten auf. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen gelang es der Gestapo

immer wieder, Spitzel in den Kreis der Widerstandskämpfer einzuschleusen.

Neben dem Einkassieren von Mitgliedsbeiträgen für die Partei und von Spenden für die „Rote Hilfe“, mit denen Familien von Inhaftierten unterstützt wurden, versuchte die Gruppe um Zeller, mit Flugblättern und Zeitungen die Wahrheit über den Nationalsozialismus und seine verbrecherischen Ziele zu verbreiten. Ein Abziehapparat wurde von St. Pölten nach Krems transportiert, zuerst bei Rosa Holzer und dann bei der Familie Schwarz in Furth 139 versteckt. In der Anklageschrift gegen Anna Schwarz wegen „Nichtanzeige eines Hochverratsvorhabens“ heißt es:¹²

„Im Februar 1941 kam der Gatte der Angeklagten vor der Arbeit nach Hause und brachte einen Vielfältigungsapparat mit. Auf Befragen erklärte ihr der Gatte, daß er den Apparat . . . von Franz Zeller übernommen habe.“

Die Spenden der „Roten Hilfe“ waren für viele Familien, deren Erhalter verhaftet worden war, die einzige Überlebenschance. Von ihrem kärglichen Gehalt spendeten auch Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakfabrik Stein. Im Akt gegen Anton Hirnschall, Otto Schöps, Leopoldine Ankerl und Maria Malat¹³ heißt es wiederum, daß Zeller „die Aufstellung einer lokalen KP-Organisation“ betrieben habe.

„Einer seiner Mitarbeiter war der Schmied Franz Wieland, der eine rege Werbetätigkeit entwickelte und dafür zu zwölf Jahren verurteilt worden ist. Wie in jenem Verfahren hervorgekommen ist, ist es seiner Aktivität zuzuschreiben, daß die KPÖ in zwei Betrieben im Gebiet von Krems und Umgebung Eingang fand.“

Anton Hirnschall spendete für die Familien der Inhaftierten monatlich zwischen 0,5 und 1 RM, ebenso die andern Angeklagten.

FÜR EIN FREIES, SOUVERÄNES ÖSTERREICH

Die Anklage beschuldigte die vorhin Genannten, an der „Vorbereitung des hochverräterischen Unternehmens einer gewaltsamen Änderung der Verfassung des Reiches“ mitgewirkt zu haben. Das Eintreten für ein freies, souveränes Österreich wurde meist mit „Gebietshochverrat, nämlich auf die gewaltsame Losreißung der Alpen- und Donaugau von Reich gerichtete neuere Ziele der KPÖ“ umschreiben.

Die Gestapo arbeitete genau, doch eine vollständige Zerschlagung des Widerstandes gelang nicht. Die Standhaftigkeit von Zeller, Strasser und Hoffmann gegen die Torturen der Gestapo läßt sich oft nur an Zwischentönen in den Anklageschriften ablesen. Deutlich wird dies in der Anklageschrift gegen den Schlosser Alois Schallinger¹⁴, der zu den Mitbegründern der KPÖ in Krems in den 30er Jahren zu zählen ist. Indem Schallinger eine Tätigkeit für die KPÖ leugnete und Zeller im Verhör mehrmals betonte, daß Schallinger seinen Werbungsversuch „ausdrücklich zurückgewiesen hat“, kommt das Gericht zur Feststellung: *„Es konnte weiters aber nicht erwiesen werden, daß Schallinger, wie die Anklage*

behauptet, für die KPÖ mit Erfolg geworben wäre . . . Angesichts dieser Sachlage kam eine Verurteilung des Angeklagten wegen Verbrechens der Hochverratsvorbereitung nicht in Frage.“

DIE FOLTER KANN SIE NICHT BRECHEN

Ein weiterer Beweis dafür, daß Zeller, Strasser und Hoffmann selbst unter Folter geschwiegen haben, lieferte Franziska Wagner, die in der Gruppe mitgearbeitet hatte, verhört wurde, aber einer Verhaftung entging. Sie hat ihr Leben einem „Gsiberl“, einem Kassiber, zu verdanken, den Johann Hoffmann in seiner Wäsche ins Freie geschmuggelt hatte und in dem Anweisungen für das Verhalten vor der Gestapo enthalten waren. Ebenfalls verhört, aber nicht verhaftet, wurde Edith Klein, die Beträge für die „Rote Hilfe“ gesammelt und bis zu dessen Verhaftung Johann Hoffmann übergeben hatte. Vollkommen unentdeckt blieb die Gruppe um den Bäcker Franz Hollerer, die ebenfalls Geld gesammelt hatte.

SO BIN ICH GEWORDEN, DER ICH BIN . . .

Viel über die menschliche Größe dieser Widerstandskämpfer sagen die letzten Briefe von Ferdinand Strasser aus. An seine Frau schreibt er am 14. Juni 1942: *„Ich bin ruhig und erwarte in schwerer Haft den Tag, an dem sich mein Geschick erfüllt und mein Lebenswerk seinen Abschluß findet.“*

In seinem Abschiedsbrief an die Eltern: *„Glaubt nicht, daß ich vor dem Tod zittere, ich habe nun schon das Sterben in zwei Kriegen mitgemacht, habe selber dem Tod unmittelbar ins Gesicht geschaut, und mir ist er nichts gar so Schreckliches. Freilich, ein Tod durch Erschießen – und diese Todesart hat man früher immer für Revolutionäre gehabt – wäre schöner.“*

In seinem letzten Brief gibt er eine kurze Biographie seines Lebens und schließt mit den Worten: *„So bin ich geworden, der ich bin, mit meinen Kenntnissen, hart, mein Ziel unverrückbar verfolgend, ohne Kompromisse . . .“*

IV. DAS ENDE

DER LETZTE BEFEHL DES OBERST SOCHE

„Als die Brückenkommandanten . . . die Meldung überbringen ließen, daß die Schießenden die beiden Brücken vom Süden nach Norden passiert hatten, erteilte nun der Angeklagte den schriftlichen Ausführungsbefehl zur Sprengung der beiden Donaubrücken (. . .)“

8. MAI 1945

„Der Angeklagte hat sich, nachdem er die Vollzugsmeldung der Brückensprengung an das Korps Bühnau hinausgegeben hatte, sofort nach der Zerstö-

rung der Brücke am 8. Mai 1945, 6 Uhr früh, mit seinem Stabe (Adjutant Platte, Leutnant Runge) im Kraftwagen von Krems abgesetzt, hat seine nach Westen marschierende Truppe bei Els im Waldviertel überholt . . . und ist bei Grein nach Passieren der oberösterreichischen Grenze in Perg noch am 8. Mai 1945 um 23 Uhr angekommen . . . hat im Rathaus seine Waffen abgegeben . . . und nunmehr zuverlässig gewußt, daß bedingungslos kapituliert wurde.“

IM INTERESSE DER NATIONALSOZIALISTISCHEN GEWALTHERRSCHAFT

So steht es im Protokoll der Prozesse gegen Ferdinand Soche (geb. am 5.11. 1892), den letzten Kampfkommandanten von Krems.¹⁵ Soche wird vom Volksgericht am 18. Mai 1946 zu sechs Jahren schweren Kerkers, verschärft durch ein hartes Lager vierteljährlich, verurteilt.¹⁶ (*„ . . . schuldig, . . . als Willfährigkeit gegenüber Anordnungen, die im Interesse der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ergangen sind, durch die Weitergabe zur Ausführung des Befehls . . . die boshafte Beschädigung fremden Eigentums vorsätzlich veranlaßt zu haben . . .“*)

Bei seiner ersten Einvernahme im August 1945 hatte Soche – damals noch nicht in Haft – jede Beteiligung an der Zerstörung der Brücke geleugnet. Im Prozeß ein dreiviertel Jahr später erklärte der Oberst, die Brücken nur für die Sicherheit der Stadt Krems gesprengt zu haben. Die Verhandlung lieferte ein anschauliches Bild von Krems in den letzten Wochen der nationalsozialistischen Herrschaft.

KREMS IST ZU VERTEIDIGEN

Am 10. April 1945 wurde Soche zum Kommandanten von Krems ernannt. Vom SS-Oberstgruppenführer Sepp Dietrich, Kommandant der 6. SS-Panzerarmee, erhielt Soche den Befehl, *„die Stadt Krems und ihre Umgebung zu verteidigen.“* 350 Mann standen ihm zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung – ein Ring von Feldbefestigungen sowohl am Südufer als auch am Nordufer der Donau sollte angelegt werden.

Der Befehl sah sogar vor, sich *„nötigenfalls erschießen zu lassen und die Stadt Krems bis zum Häuserkampf zu verteidigen“*. Bei einer Inspizierung der Befestigungsanlagen durch Korpsgeneral Bühnau räumte dieser Soche das Recht ein, bei einem plötzlichen Durchbruch der Roten Armee gegen das Südufer der Donau, die Brücken sprengen zu lassen.

Ende April war das Ende des Krieges abzusehen. Der Stab von Soche hatte bereits im Stadtgraben in einem Luftschutzkeller Zuflucht gesucht. Über Rundfunk erfuhren sie, daß Hitler tot sei, in Berlin gekämpft werde, Wien längst befreit und die Städte Innsbruck, Salzburg und Linz bereits in amerikanischen Händen seien. In über Krems abgeworfenen Flugblättern wurde die Bildung der Regierung Renner am 27. April verkündet.

Oberst Soche selbst lieferte in seinem Verhalten Anfang Mai den Beweis, daß es sehr wohl möglich war, sich Befehlen zu widersetzen. Nach den Plänen von Bühnau sollten das Elektrizitätswerk, das Gaswerk und das Wasserwerk in Krems „lahmgelegt“ werden, das heißt soweit zerstört werden, daß sie drei Wochen nicht in Betrieb gesetzt werden könnten. Soche führte nach einer Vorsprache beim Oberbürgermeister Retter diesen Befehl nicht aus und ließ überdies die an der Wienerbrücke angebrachten Sprengladungen am 6. Mai entfernen.

Kommandant Soche verfügte zu diesem Zeitpunkt über 1 500 Mann. Den Plänen von Bühnau gemäß sollte er seine Kampfeinheit „am Nordufer der Donau entwickeln . . . wobei eine Linie von der Eisenbahnbrücke angefangen mit dem Schwerpunkt in der Stadt Krems bis hinauf längs der Donau zur Rollfähre Weißenkirchen zu besetzen und zu halten war“. Bühnau hatte seinen Sitz in der Schallaburg bei Melk aufgeschlagen, der oberste Befehlshaber, Generaloberst Rendulic, befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits in amerikanischer Kriegsgefangenschaft, von wo aus er seine letzten Befehle erteilte.

IN DREI KOLONNEN DURCH DAS KREMSTAL

Nachdem Soche und sein Stab im Stadtgraben die nicht für sie bestimmte Aufforderung abgehört hatten, daß sich die Truppen nach Westen zurückziehen und trachten sollten, bis zum 9. Mai, 1 Uhr nachts, in amerikanische Gefangenschaft zu kommen, erteilte der Stadtkommandant seinen Einheiten den Befehl, „sofort von Krems aufzubrechen und noch in dieser Nacht vom 7. auf den 8. Mai in drei Kolonnen durch das Kremstal bzw. längs der Donau sich in Marsch zu setzen . . .“

EIN GEFÜGIGER OFFIZIER

Der letzte Befehl sah die Sprengung der Brücke vor. War es Liebe zu seiner Stadt, die er schützen wollte? Das Gericht kommt zu einer anderen Einschätzung, folgt dem Zeugen, dem damaligen Adjutanten Soches, Siegfried Platte, der meint, „daß die Sprengung der Brücke deswegen durchgeführt wurde, damit für das im Abschnitt Stockerau stehende 2. Panzerkorps eine Rückzugsmöglichkeit nach Westen offen bleib und diese Rückzugsmöglichkeit durch einen raschen Vorstoß über die Donau durch die Rote Armee nicht in Gefahr kommt“. Das also war der einzig wahre Beweggrund für die Anordnung: „. . . diesen SS-Einheiten als letzte Stütze des nationalsozialistischen Gewaltregimes eine freie Rückzugsmöglichkeit offen zu halten.“

Dies alles, so das Gericht, gibt zu dem Schluß Anlaß, „daß eben Soche ein gefügiger Offizier war, der den Befehlen der SS-Generale und der deutschen Generale auch noch in den letzten Tagen des Krieges blind gehorchte, solchen Befehlen, die nur kriegsverlängernd waren und der nationalsozialistischen Herrschaft dienten.“

EPILOG

IST KREMS BESSER ALS SEIN RUF? DER VERSUCH EINES RESÜMEES

Am Ende der Detailstudie über die Juden der Gauhauptstadt Krems bleiben eine Menge offener Fragen. Sich dieser Tatsache bewußt zu sein, bedeutet gleichzeitig, den Prozeßcharakter der Geschichtsforschung zu akzeptieren. Neben zusätzlichen Informationen, die zu einzelnen Familien und Vorgängen noch gefunden werden können, drängt sich auch die Frage auf, inwieweit die Judenverfolgung in Krems sich von der in anderen Kleinstädten in Niederösterreich unterschieden hat. Eine Möglichkeit des Vergleichs bestünde nun in einer Untersuchung der Tatsache, wie schnell und bereitwillig die von übergeordneten Stellen angeordneten Befehle zur Verfolgung der Juden von den lokalen Behörden ausgeführt wurden. Die dürftige Quellenbasis für Krems und die fehlenden Vergleichsstudien zu anderen niederösterreichischen Kleinstädten weisen dieses Vorhaben als Projekt für die Zukunft aus.

Vorsichtige Rückschlüsse auf die Besonderheiten in bezug auf die Behandlung der Juden lassen die im Band „Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich“ publizierten Listen über die Vertreibung der Juden vom März 1938 bis zum Jahr 1940, die auf Angaben der Israelitischen Kultusgemeinde beruhen. Diese Daten und ihr Vergleich erscheinen als eine Möglichkeit, den Terror meßbar zu machen, denn die unterschiedliche Bereitschaft der Juden, bereits vor dem Pogrom im November 1938 die Heimatstadt zu verlassen, muß wohl auf die unterschiedliche Intensität der Judenhetze zurückgeführt werden. Die im folgenden angestellten Überlegungen mögen als Denkanstoß im Prozeß der Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus angesehen werden.

Für Niederösterreich ergibt sich in bezug auf die Vertreibung der Juden folgendes Bild, wobei auch die Tatsache zu berücksichtigen ist, daß zwischen Städten, die innerhalb des 50 Kilometer breiten Korridors entlang der tschechoslowakischen Grenze gelegen sind, und den übrigen Städten und Orten unterschieden werden muß, da die Vertreibung der



Juden innerhalb der 50 Kilometerzone neben rassischen Überlegungen auch mit dem Sicherheitsfaktor begründet wurde.

Demnach verließen 43,9% der Juden, die im März 1938 noch in Krems lebten, die Stadt, 40,1% die Stadt Hollabrunn und 35,7% der Juden die Stadt Wiener Neustadt im selben Zeitraum, während es in Neunkirchen 63,1% gewesen sein dürften. Die Vergleichszahlen mit anderen niederösterreichischen Städten zeigen, so weit die publizierten Listen stimmen, daß es sich dabei um Spitzenwerte handelt, denn „nur“ 18% der Juden von Tulln und 15% der Juden von Amstetten entschlossen sich in diesem Zeitraum, ihre Stadt zu verlassen.

Die Vertreibung der Juden aus Niederösterreich

	1934	1938	Vertrieben 1. 11. 1938 ¹⁶	
Gänserndorf	334	120		
Hollabrunn		334	rund 134	rund 200
Horn	134			rund 40
Mistelbach	308			138
Waidhofen				202
Amstetten		200	30	rund 170
Tulln		300	49	251
Neunkirchen		141	89	52
Stockerau				61
Krems		116	51	65
Wiener Neustadt		646	231	415

Juden in Niederösterreich im März 1940

Baden	43
Amstetten und Umgebung	53
Korneuburg	6
Krems	16
Stockerau	4
St. Pölten mit eingemeindeten Gemeinden	38
St. Pölten Umgebung	58
Wiener Neustadt und Umgebung	21
Tulln und Umgebung	23

Werden nun die Zahlen der Statistik der Kultusgemeinde Wien über die im März 1940 noch in Niederösterreich lebenden Juden in Vergleich gesetzt zum Wochenbericht der Kultusgemeinde vom 1. November 1938, so kommt man zum Schluß, daß von den beim „Anschluß“ in Wiener Neustadt lebenden Juden nur mehr 3,2% noch in der Stadt und in der Umgebung anzutreffen waren, während es in Krems immerhin noch 10% der Juden waren.

Noch eklatanter wird der Unterschied, wenn man von den Anfang November in der Stadt lebenden Juden ausgeht. Von den 65 Juden in Krems lebten im März 1940 immerhin noch 24,6% in der Stadt, während es vergleichsweise in Wiener Neustadt nur 5% waren.

Ist die Gauhauptstadt Krems, das Zentrum der illegalen Bewegung, besser als ihr Ruf? Einen Beleg für diese Nachlässigkeit, was das Streben der Gauhauptstadt, judenfreie Stadt zu werden, betrifft, kann auch in der Land-Zeitung gefunden werden, wenn zum Beispiel der Stadtarchivar Dr. Plöckinger in ei-

nem Artikel über die historische Vertreibung der Juden aus der Stadt geradezu nostalgisch zu dem Schluß kommt: „wie einig war man sich im Mittelalter in der Freude über die Entfernung des Volkfeindes.“¹⁷ In dieselbe Richtung zielt auch die Ankündigung einer Wanderausstellung des rassenpolitischen Amtes in Krems Anfang des Jahres 1939, in der es hieß: „daß es den Gegnern des Nationalsozialismus noch vielfach gelingt, auf dem Gebiet der Rassenlehre und der nationalsozialistischen Rassenpolitik die Dinge und Begriffe zu verwirren und oft sogar bis in unsere Reihen hinein Unheil zu stiften.“¹⁸

Nach der Erfassung der „Glaubensjuden“ im Jahr 1940 wurden auch die restlichen Juden aus Krems geholt und nach Wien gebracht. Durch die Tatsache, daß in Krems kein Büro der Gestapo untergebracht war, wurden, soweit bekannt ist, von Krems nur in einigen wenigen Fällen Personen direkt in ein Konzentrationslager gebracht. Die Juden mußten Krems verlassen und nach Wien übersiedeln, von wo sie dann deportiert wurden, sofern ihnen nicht die Ausreise, beziehungsweise Flucht geglückt ist. Verhaftungen wie noch im Jahre 1942 in Wiener Neustadt „wegen aufreizenden Verhaltens gegenüber der arischen Bevölkerung“, wie dies im Fall der vier Familienmitglieder der Familie Ignaz Seckl für Wiener Neustadt belegt ist, gibt es in Krems nicht.

Somit muß, auf der Grundlage der bislang zugänglichen Materialien, eine differenzierte Bewertung der Judenverfolgung in Krems angestellt werden. In Krems erreichte der brutale, handgreifliche Antisemitismus vom März bis zum November 1938 ein derartiges Ausmaß, daß mehr als 40 Prozent der Juden die Stadt verließen, nach dem Pogrom im November dürfte den verbliebenen Juden kein großes Augenmerk mehr geschenkt worden sein. Ob diese Zahlen bereits Rückschlüsse auf die Politik der lokalen NSDAP-Führer und der Stadtverwaltung erlauben, kann nicht gesagt werden, da für diese Zurückhaltung, die mangelnde Freude über die Vertreibung, wie sie im Artikel in der „Donauwacht“ angesprochen wurde, sonst keinerlei Hinweise gefunden wurden, auch die Interviews in dieser Richtung keine Aufschlüsse erlauben. Eine Variante, die auch noch in Betracht gezogen werden müßte, ist die Tatsache, daß es sich bei den verbleibenden Kremser Juden um Personen handelte, deren Durchschnittsalter bei über 60 Jahren lag, wobei 85% Frauen waren, die in der Stadt nicht so bekannt waren wie die vertriebenen Geschäftsleute. Ob hier Nachlässigkeit oder Vergeßlichkeit am Werk war, bleibt dahingestellt, jedenfalls wurden alle Kremser Juden nach der verordneten Erfassung durch die Kultusgemeinde aus Krems deportiert, während in Wiener Neustadt noch im Jahr 1942 Juden anzutreffen waren.

Während bislang nur die Vertreibung der Juden nach dem „Anschluß“ untersucht wurde, darf jedoch nicht vergessen werden, daß der Antisemitismus kein Importprodukt aus Deutschland war, sondern zu einem Markenartikel Österreichs zählte. Für

Krems kann in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß mehr Juden die Stadt vor dem Einmarsch der Deutschen verließen als im Zeitraum von März bis November 1938, denn seit 1930 waren 55 Juden ausgewandert oder vorwiegend nach Wien übersiedelt, während die Terrorpolitik der Nationalsozialisten „nur“ 51 Juden aus der Stadt vertreiben konnte. Aufgeschlüsselt nach Jahren ergibt sich folgende Verteilung des Exodus der Juden von Krems vor 1938, wobei die Prozentzahlen immer den Anteil der Juden angeben, die der Stadt Krems den Rücken kehrten, kehren mußten.

Flucht der Juden aus Krems 1930–1937

1930	3,6%	1934	20,0%
1931	5,4%	1935	9,0%
1932	14,5%	1936	12,7%
1933	21,8%	1937	12,7%

So verließen im Jahr 1930 3,6 Prozent der in der Stadt lebenden Juden ihre Heimat. Im Vergleich mit den Jahren vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich stechen besonders die Jahre 1932–1934 ins Auge. In diesen Jahren emigrierten vor allem jene Familien nach Palästina, wie die Interviews zeigten, die durch ihre im Geiste der zionistischen Jugendbewegung erzogenen Kinder motiviert waren.

ANMERKUNGEN

1. Landzeitung 7. September 1938
2. Donauwacht 22. September 1943 S. 5
3. Ebd.
4. Hannelore Hruschka: Die Geschichte der Juden von Krems von den Anfängen bis 1938. Wien Diss. 1978 S. 247
5. Donauwacht 19. 6. 1944 S. 4
6. DÖW 6014
7. Donauwacht 9. 7. 1941 S. 6
8. Landzeitung 22. 2. 1939 S. 13
9. Landzeitung 12. 4. 1939 S. 9
10. Donau-Post 131. 9. 1938 S. 14
11. Völkischer Beobachter 25. 6. 1939
12. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes Akt Nr. 8588
13. DÖW 9582
14. DÖW 9609
15. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 11559
16. Kremser Nachrichten vom 23. Mai 1946 S. 1/Neues Österreich 17. Mai 1946/Österreichische Volksstimme 17. Mai 1946.
17. Diese Angaben beziehen sich auf den „Wochenbericht der Israelitischen Kultusgemeinde Wien betreffend Kultusgemeinden in Niederösterreich am 1. November 1938.“
18. Donauwacht 11. 11. 1939.
19. Donauwacht 6. 1. 1939.

WOLFGANG QUATEMBER

NSDAP UND NSDAP-MITGLIEDSCHAFT IN EBENSEE
Anmerkungen zu einer Lokalgeschichte 1923–1945

Während sich die traditionelle Heimatsgeschichtsbeschreibung, deren Träger Lehrer, Pfarrer u. a. waren, großteils unreflektiert in der Wiedergabe markanter lokaler Ereignisse erschöpfte, versucht eine wissenschaftlich fundierte Regionalgeschichte auch das Verhältnis zwischen globalen historischen Prozessen und regionaler Historie zu hinterfragen. So ist etwa die Beobachtung zu machen, daß die gewachsenen, „traditionalen“, Strukturen regionalen Denkens und Handelns auch unter veränderten politischen Verhältnissen zu weiten Teilen ihre Bedeutung im Alltagsleben behalten. Wenn etwa auch das Jahr 1938 gesamtstaatlich grundlegende gesellschaftliche Veränderungen bewirkte, so ist in topographisch relativ

abgeschlossenen Regionen mit ausgeprägten Traditionen – wie im Salzkammergut – die Tendenz zu beobachten, daß gewohntes Verhalten nicht abrupt verändert wird. Auch auf die Gefahr hin mit restriktiven Maßnahmen rechnen zu müssen, bleiben gewohnte Handlungsmuster und Sozialbeziehungen zum Teil offen oder in sogenannten „herrschaftsfreien Räumen“ (G. Botz) aufrecht. Die Arbeit an einem regionalen Bildungszentrum, welches sich schwerpunktmäßig auf die Themenbereiche Faschismus und Widerstand konzentriert, darf sich nicht nur mit der „Hardware“ (d. h. mit dem Sammeln und Archivieren von Dokumenten, Fotos, Fakten, Daten und Gegenständen ...) beschäftigen, sondern muß einerseits

versuchen die Region „zu verstehen“, d. h. ihre Traditionen, Protest- und Modernisierungspotentiale in Beziehung zueinander und zum realen Handeln der Menschen zu setzen, andererseits aber auch versuchen die heutige Rezeption des Nationalsozialismus zu hinterfragen. Da beim Aufbau eines „Widerstandsmuseums“ die Absicht besteht, Bildung zu vermitteln, muß auch nach der heutigen Sicht der Ereignisse 1938 bis 1945 gefragt werden. Welche Rolle mißt sich der/die Österreicher/in zu, wie „ehrlich“ ist man dabei? Wenn auch Österreichs „Opferrolle“ in den Jahren 1938–1945 zunehmend in Frage gestellt wird, so muß auch nach den Motivationen, nach den Beweggründen gefragt werden, die zu einer hohen Akzeptanz des Nationalsozialismus führten. Die folgenden Ausführungen werden, von einer kursorischen Beschreibung der Region und der Gemeinde Ebensee ausgehend, kurz und deskriptiv den Aufstieg der NSDAP bis 1938 behandeln, um anschließend auf die integrative Funktion des Nationalsozialismus nach 1938 und auf die individuellen (nachträglich gefertigten) Begründungen von Ebenseern für einen Beitritt zur NSDAP einzugehen.

I.

Im Salzkammergut ist ein spezifisches, regionales Sonderbewußtsein feststellbar. Dieses hat wirtschaftlich-politische Hintergründe: Das Salzkammergut war seit dem hohen Mittelalter mit seinen Bergbau- und Bergbauzulieferungsbetrieben ein weitgehend autonomes Wirtschaftsgebiet. In der Bevölkerung dominierte die Salzarbeiterschaft. Diese genoß Privilegien, die zu einem ausgeprägten Standesbewußtsein führten. Ihre soziale Situation war geprägt von freier Lohnarbeit, geregelter und günstiger Arbeitszeit, festgelegter Löhne mit Natural- und Sozialleistungen (Befreiung v. Militär etc.). Sie war gekennzeichnet durch eine hohe Selbsthaftigkeit und durch Selbstrekrutierung aus dem eigenen Nachwuchs, wodurch ein stabiles Netz von Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen entstand. Genossenschaftliche Selbsthilfeeinrichtungen (bereits 1868 wurden Arbeiterbildungs- und Konsumvereine gegründet) hatten eine lange Tradition und fanden in der politischen Organisierung ihre Fortsetzung. Das Salzkammergut (ab Ebensee) ist dadurch bis heute eine sozialdemokratisch dominierte Region. In zahlreichen Gemeinden hatten die Sozialdemokraten in den dreißiger Jahren Mehrheiten von 70%–80%.

Das ausgeprägte Standesbewußtsein und der hohe Organisationsgrad der Salzarbeiterschaft einerseits und die zahlreichen Konflikte mit der Obrigkeit (Reglementierungen im Salzwesen, Servitute, Lohnkonflikte) andererseits schrieben das ausgeprägte Protestverhalten der Bevölkerung fort, welches bereits für die Zeit der Reformation nachweisbar ist: Nach der gewaltsamen Gegenreformation der Habsburger zog sich ein Großteil der Bevölkerung in den Kryptoprottestantismus zurück. Noch heute gibt es in einigen Gemeinden hohe Protestantenanteile. Ein in zahlreichen Publikationen hergestellter Zusammen-

hang zwischen dem traditionellen Protestverhalten der Bevölkerung und dem Widerstand gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus entbehrt somit nicht der Grundlagen. Die Gemeinde Ebensee liegt am Südufer des Traunsees und wurde verkehrspolitisch 1875/78 durch Bahn- und Straßenbau erschlossen. Die Industriestadt (Saline, Sudhäuser, Sodafabrik Solvay, Weberei und Spinnerei, Uhrfabrik) hat ca. 9.000 Einwohner. 1868 wurde hier ein Konsumverein gegründet, 1918 kam es zu einem Streik der Salinenarbeiter wegen Brotrationierungen. Die Wahlergebnisse der 1. Republik zeigen eine starke sozialdemokratische Mehrheit, welche in zahlreichen Arbeitervereinen organisiert war. Als Industriestandort war Ebensee von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen: 1934 waren im Ort ca. 1.000 Arbeitslose, darunter viele die seit Jahren „ausgesteuert“ waren. Die politische Situation in der 1. Republik war durch zahlreiche Auseinandersetzungen zwischen den militanten Verbänden der Rechten (Heimwehr) und Linken (Schutzbund) gekennzeichnet. Der Februaraufstand der Sozialdemokratie 1934 wurde hier von einem Generalstreik der Industriearbeiter und durch eine Besetzung zentraler Stellen durch den sozialdemokratischen Schutzbund begleitet. Erst ein massives Militär- und Heimwehraufgebot konnte den Aufstand am 16. Februar unblutig niederschlagen. Zahlreiche Verhaftungen, Enteignungen der Arbeitervereine etc. waren die Folge.

II.

Im Dezember 1922 wurde in Ebensee, 1923 in Bad Goisern durch den versetzten Ebenseer Förster Schaschnig, eine Ortsgruppe der NSDAP gegründet. Die NSDAP in Ebensee hatte im Jänner 1923 30, im Juli des gleichen Jahres 52 Mitglieder. Die erste öffentliche Versammlung der NSDAP fand im Mai 1923 statt. Bei den Gemeinderatswahlen 1924 bekam die kleine Partei bereits 197 Stimmen. Bei den Landtagswahlen 1925 konnte sie weitere Stimmen hinzugewinnen. Innerparteiliche Rivalitäten hemmten jedoch die weitere politische Tätigkeit. In einem Rückblick des Jahres 1938 heißt es: „Der schwere politische Kampf gegen die sozialdemokratische Mehrheit, gegen einen festen Block Christlichsozialer wie gegen großdeutsches Bürgertum einerseits, Haft des Führers und Aufspaltung in verschiedenen Richtungen andererseits, hemmen den Aufstieg der Ortsgruppe.“ Die Spaltung der österreichischen NSDAP in eine „Hitlerbewegung“ und eine Gruppierung unter Karl Schulz bedeutete somit auch für die Ebenseer Partei das vorläufige Ende. Erst ab Oktober 1928 wurden wieder Mitgliedsbeiträge eingehoben.

WAHLEN	NS-STIMMEN	MÄNNER	FRAUEN
GRW 1924	197	100	97
LTW 1925	243	145	98
GRW 1925	173	97	76
GRW 1929	210	108	102
NRW 1930	230	127	103
LTW 1931	236	132	104

JAHR	NSDAP	SA	SS	HJ	BDM	FRAUEN
1928	11					
1930	14	7				
1932		45-50	4	7		
1933	60			13		
1934				35		
1936						120
1038		186	31	23	17	189

Die „Hitlerbewegung“, die sich nun innerparteilich durchzusetzen begann hatte in Ebensee 1928 11, 1930 14 und 1933 bereits 60 Mitglieder. Die SA rekrutierte sich aus Mitgliedern des Deutschen Turnerbundes. Sie übernahm den Saalschutz bei Versammlungen und betrieb die Wahlpropaganda. Im Juli 1923 nahm eine Fahrradabteilung an einer „Führerbesprechung“ in Salzburg teil. 1932 hatte die SA 45 bis 50 Mitglieder mit einem eigenen sogenannten „Motorsturm“, d. h. Männer, die mit Motorrädern ausgerüstet waren. 1938 gab es in Ebensee 186 Mann SA in 3 „Stürmen“. Die „Schutzstaffel“ (SS) wurde im Herbst 1932 mit 4 Mann in Ebensee gegründet und hatte 1938 31 Mitglieder. Anfangs der dreißiger Jahre (1931) entstanden in den Solvay-Werken und in der Saline die ersten nationalsozialistischen Betriebszellen (NSBO). Die „Hitler-Jugend“ wurde zu Weihnachten 1929 gegründet und war vorerst an den Standort Bad Goisern angeschlossen. Im Februar 1932 entstand in Ebensee eine eigene Gruppe mit sieben Jungen, die rasch Zulauf erhielt, sodaß die (illegale) HJ 1934 35 Mitglieder zählte. Parallel zur HJ gelang der Partei 1933 eine Mädchengruppe zu bilden. Im Frühjahr 1938 waren 17 Mädchen im Ebenseer „Bund deutscher Mädchen“.

Nach dem Parteiverbot der NSDAP 1933 reorganisierte sich die Partei rasch und versuchte durch Terroraktionen auf sich aufmerksam zu machen. Insbesondere auf Parteiheime und Versammlungssäle der Arbeiterorganisationen hatten es die Nazis abgesehen: Die Objekte wurden mit Hakenkreuze bemalt. Sprengstoffanschläge wurden auf das Haus des Führers der Vaterländischen Front und im Pfarrhof verübt. Meist wurden Arbeitslose für diese Anschläge „gekauft“: Für einige „Halbe Bier“ mußten sie für die Nationalsozialisten die „Schmutzarbeit“ machen. Die terroristische Propaganda verunsicherte die Bevölkerung, brachte der illegalen Partei weitere Mitglieder und half den inneren Zusammenhalt in der Organisation zu festigen. Der Gendarmerie gelang es fallweise die Drahtzieher der Terroranschläge und Propagandaaktionen aus der illegalen Partei auszuforschen. Diese wurden zu hohen Geld- oder Freiheitsstrafen verurteilt.

Eine NS-Chronik aus dem Jahre 1938 berichtete heroisierend den „illegalen Kampf“: „Der illegale Kampf in Ebensee war schwer und opferreich. Er wurde mit allen geeigneten Mitteln geführt und zog vielen Parteigenossen Arrest, Konzentrationslager, Entziehung von Geschäftskonzessionen, Außerdienststellung, wie Brotlosmachung, zu. Als geheime Ortszeitung erschien in Ebensee alle zwei Wochen der „Nazibeobachter“, außerdem Flugschriften für

das Obere Salzkammergut in Auflagen bis zu 20.000 Stück, die von Pg. Rudolf Heißl verfaßt und in einem Eiskeller vervielfältigt wurden.“ Auch die Frauen der Ebenseer Nazis halfen im „illegalen Kampf“. Sie sammelten Unterstützungsbeiträge, Lebensmittel, Kleider und Wäsche für die inhaftierten Aktivisten und ihre Angehörigen. Regelmäßige Weihnachts-sammlungen unter den Mitgliedern wurden von den Frauen organisiert, die auch die Terroristen im Gefängnis betreuten.

Obwohl es während des nationalsozialistischen Putschversuches vom 25. Juli 1934 in Ebensee zu keinen größeren Auseinandersetzungen kam, dürfte im Verlauf der folgenden Verhaftungen und behördlichen Einvernahmen der 18jährige Nationalsozialist Matthias Nöhmer derart mißhandelt worden sein, daß er an den Folgen dieser Verletzungen etwa ein Jahr später starb. Für ihn sowie andere sogenannte „Märtyrer der Bewegung“ wurden während der NS-Herrschaft alljährlich Heldenehrungen durchgeführt. Die Täter wurden übrigens nach der NS-Machtübernahme ausgeforscht und zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Für Ebensee sind wirtschaftliche und politische Ursachen für die Unterstützung der NSDAP vor und nach 1938 durch Teile der Arbeiterklasse anzuführen:

1. Ebensee war als Industriezentrum von der wirtschaftlichen Krise der dreißiger Jahre besonders betroffen. Die Arbeitslosigkeit war hoch. Der Austrofaschismus konnte die wirtschaftliche und soziale Lage nicht entspannen. Die (rüstungskonjunkturell bedingte und mit der Auflösung der organisierten Arbeiterschaft verbundene) Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Deutschland 1933–1935 wirkte propagandistisch so auch über die Grenzen und unterstützte die Argumentation der illegalen Nationalsozialisten.

2. Für die sozialdemokratische und kommunistische Arbeiterbewegung war nach der Etablierung des Austrofaschismus (1933/34) die österreichische Diktatur und ihre lokalen Vertreter Feind Nr. 1. Der Kampf gegen den deutschen Faschismus geriet somit nach der blutigen Niederschlagung des Februaraufstandes 1934 in den Hintergrund. Insbesondere in Ebensee wurden 1934 von den Austrofaschisten,



abgesehen von der Verfolgung von Funktionären und der Auflösung von Arbeitervereinen, Handlungen gesetzt, die symbolhaften Charakter annahmen und von den Sozialisten nicht zu Gunsten eines gemeinsamen Kampfes gegen die Nazis vergessen werden konnten: Das Arbeiterheim wurde verwüstet, Bücher wurden versenkt etc.

3. Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten kämpften illegal gegen die österreichische Regierung: Der gemeinsame Gegner ließ unter mancherlei Verlockungen und Versprechungen von NSDAP-Funktionären (die vom Halben Bier über die Unterstützung von armen Familienangehörigen bis zur Arbeitsvermittlung reichten) nach 1934 manche Linke ins rechte Lager wechseln.

III.

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme wurden mindestens 30 bekannte Ebenseer in „Schutzhaft“ genommen, sechs kamen in Konzentrationslagern ums Leben. Die fünf jüdischen Familien in der Gemeinde wurden registriert, ihr Vermögen enteignet, verhaftet, letztlich zur Ausreise gezwungen.

Mit 1. Jänner 1939 waren 8,4% der Ebenseer Bevölkerung als Mitglieder der NSDAP eingetragen. Weiters war eine große Anzahl von Gemeindemitgliedern in die Arbeit der Parteiorganisationen integriert, ohne ein Mitgliedsbuch zu besitzen. Was war die Ursache für die Akzeptanz des Nationalsozialismus in Ebensee?

1. Der wirtschaftliche Aufschwung nach der NS-Machtübernahme veränderte auch die triste Situation in Ebensee.

2. Der Mythos der „Volksgemeinschaft“ verfehlte auch in Ebensee nicht seine Wirkung. Die Nazis demonstrierten nach außen hin Gleichheit, obwohl sich an den Klassengegensätzen de facto nichts geändert hat. Bürgerliche Titel wurden abgeschafft, alle Lebensbereiche vereinheitlicht. So etwa stand sogar die Feuerwehr unter der Leitung des NS-Ortsgruppenleiters, die Gesangsvereine wurden vom Kulturreferenten in der NS-Ortsgruppe geleitet. Für „Pflichterfüllung“ gab es Ehrungen und Auszeichnungen. Arbeitsjubiläen wurden festlich begangen, die Jubilare als „Helden der Arbeit“ geehrt. Das „Mutterkreuz“ wurde den Frauen unter Anwesenheit des Bürgermeisters und Ortsgruppenleiters verliehen. Privates wurde zum „Dienst am Volk“. Feiern wurden zu Festen des Systems. Die Selbststilisierung wurde mit Pomp begangen und mit detailreicher Regie abgeführt. Zu den Sonnwend- und Julifeiern war die ganze Bevölkerung „eingeladen“, das Fernbleiben wurde registriert.

3. Der Nationalsozialismus bot vielfältige Identifikationsangebote. Alle Lebensbereiche wurden organisatorisch erfaßt, Aufgaben wurden verteilt, der Einzelne fühlte sich als wichtiges Mitglied und war bemüht seine „Aufgaben“ für die „Volksgemeinschaft“ optimal zu erfüllen.

Die Anzahl der Eheschließungen kann als Indikator für die Akzeptanz und Zustimmung der Bevölkerung gegenüber dem Nationalsozialismus gewertet werden. Eine steigende Anzahl von Eheschließungen kann als Gefühl von existentieller Sicherheit in der Bevölkerung gewertet werden: Gegenüber 1937 stieg die Zahl der Eheschließungen 1938 um 55% und 1939 um 26%. Ab 1940 ist jedoch ein Absinken der Zahl der Eheschließungen unter jene des Jahres 1937 zu beobachten: Teile der männlichen Bevölkerung waren zur Wehrmacht einberufen, die wirtschaftliche Lage begann sich zu verschlechtern, durch den Krieg machte man sich – trotz aller Jubelpropaganda – Sorgen um die Zukunft.

IV.

Warum traten die Ebenseer der NSDAP bei, was erwarteten sie von der Partei, warum unterstützten sie mit dem Parteibeitritt das verbrecherische Regime? Bei Durchsicht der 1945 angelegten Registrierungsakten und der Entregistrierungsansuchen, aus welchen in der Folge zitiert wird, lassen sich – bei aller quellenkritischer Vorsicht – je nach Inhalt ihrer Argumentation, ihrer Verteidigung, folgenden „Typen“ von Parteimitgliedern unterscheiden:

1. DIE IDEOLOGEN

„... wenn ich an einen Sieg glaubte, so war das nur darauf zurückzuführen, weil ich es nicht wahr haben wollte, daß unser Österreich vom Bolschewismus überrannt werden sollte.“ Angebliche Angst vor dem Kommunismus, die von den Nationalsozialisten geschürt wurde, war eine Argumentation, ein anderer gab 1945 an: „Die Gründe, die mich damals zum Beitritt veranlaßten, waren keineswegs materieller, sondern ideeller Art, wobei mich der Glaube an eine Verbesserung unserer nationalen Existenz und an eine günstigere wirtschaftliche und damit soziale Entwicklung im allgemeinen nach den vielen schwereren Jahren der Not erfüllte, ein Gedanke, der zu dieser Zeit viele Tausende beherrschte und in ihnen den Wunsch aufkommen ließ, durch Schaffung eines größeren Lebensraumes und den Anschluß an das größere stammverwandte Nachbarvolk einen Aufstieg der eigenen Heimat zu ermöglichen.“ Diese Ansicht kalkuliert die Akzeptanz der Tatsache mit ein, daß der Deutsche auf Kosten „minderwertiger Völker“ seinen „Lebensraum“ erweitert und dadurch seine Entwicklung fördert. Der Sozialismus schien bei anderen ein Beitrittsgrund gewesen zu sein: „Ich war als Arbeiter von jeher Sozialist und habe mich auch während meiner Parteizugehörigkeit als solcher gefühlt und benommen.“ Das Ideal der „deutschen Volksgemeinschaft“ schwebte einem anderen vor: „Ich trat der Partei im guten Glauben bei, dadurch meinem Ideal einer einzig zusammenstehenden Volksgemeinschaft am besten dienen zu können.“

2. DIE PFLICHTERFÜLLER

„Ich erachtete als meine Pflicht, der NSDAP beizutreten, umso mehr als ich durch den Beamteneid auf Hitler persönlich verpflichtet war“, gab ein ehemaliger Beamter als Entlastungsgrund nach 1945 an. In einem anderen Entregistrierungsansuchen steht: „Ich kannte nichts, als treueste Pflichterfüllung.“ Welche Bedeutung diese „Pflichterfüllung“ im nationalsozialistischen Staat hatte, wird deutlich, wenn man sieht, wie andere ohne Skrupel bestätigten, daß sie laut Gesetz verpflichtet gewesen wären, zu denunzieren. Daß Recht im nationalsozialistischen Staat Unrecht war, daß Gesetz Unrechts-Gesetz war, wurde vielen nie bewußt. Die Rechtfertigung, „ich habe niemals gegen bestehende Gesetze verstoßen“, wird so zur Farce.

3. DIE BELEIDIGTEN

Einige bestätigten 1945 ihren freiwilligen Eintritt in die NSDAP, führten aber ihren angeblich bald eingetretenen Gesinnungswandel als Entlastungsgrund ins Treffen. Abgesehen vom allgemeinen Stimmungsabfall zwei Jahre nach Kriegsbeginn liegen die auslösenden Momente für ihre Abkehr von der NS-Politik nicht (wie vielleicht zu erwarten wäre) in moralisch-ethischen Bedenken, sondern in persönlichen Nachteilen, die sie glaubten, erlitten zu haben: Ihre NSDAP-Mitgliedschaft brachte – nach ihrer Einschätzung – nur Nachteile, etwa in der Wehrmacht, durch Kriegsereignisse, durch unerfüllte Erwartungshaltungen. So etwa trat bei einigen keine Verbesserung der Situation am Arbeitsplatz ein, die erwartete soziale Besserstellung bleibt aus. Durch Kriegsbeginn werden manche Restriktionen unterworfen mit welchen sie in ihrer ersten Begeisterung 1938 oder früher nicht gerechnet hatten: Ausdehnung der Arbeitszeit und des Arbeitsanfalles mit Kriegsbeginn, Einführung der Lebensmittelkarten u. v. m. Eine mit der Parteimitgliedschaft angestrebte Bevorzugung trat nicht ein, etwa wenn sich ein Gendarmeriebeamter trotz NS-Mitgliedschaft nicht gegen SA und SS durchsetzen konnte, wenn das freie Zimmer in der Wohnung trotz guter Beziehungen zur Partei an „Reichsdeutsche“ vergeben wurde, wenn zusätzliche unbedankte Arbeit geleistet werden mußte.

4. DIE SPÄTEN MORALISTEN

Moralisch bedingte negative Einstellungen gegenüber dem Nationalsozialismus resultierten in Ebensee meist aus der Tatsache, daß hier im November 1944 ein KZ-Nebenlager errichtet wurde (vgl. dazu unbedingt die umfangreiche Studie von Florian Freund: Arbeitslager Zement. Das Konzentrationslager Ebensee und die Raketenrüstung. Wien, Verlag für Gesellschaftskritik, 1989. 486 Seiten). Erst mit der Errichtung des Konzentrationslagers wurde den Ebenseern die Bestialität des NS-Regimes vor Augen geführt. Erstmals werden Teile der Bevölkerung der grausamen Behandlung von KZ-Häftlingen an-

sichtlich. Bei vielen bewirkte diese persönlich-unmittelbare Konfrontation mit den vom NS-System bis zur physischen Vernichtung ausgebeuteten Menschen scheinbar einen Gesinnungswandel. Zu diesen gehörten auch jene überzeugten Nationalsozialisten, wie die Ortsgruppenleitung von Ebensee, die bisher bei jeder Gelegenheit für die Erreichung des „Endsieges“ eingetreten waren. Nun, auch angesichts der Aussichtslosigkeit der Lage im Frühjahr 1945, gehen sie dazu über, Verteidigungsmaßnahmen zu verhindern.

5. DIE OPPORTUNISTEN

Die gewollte und geplante Erreichung persönlicher Vorteile durch eine NSDAP-Mitgliedschaft wird von vielen 1945 als Entlastungsgrund angegeben. Einige Beispiele: Ein kränklicher Hilfsarbeiter trat der SA bei, weil er sich von der SA Unterstützung erwartete. Viele erlangten Arbeit nur nach einer nachgewiesenen NSDAP-/SA-/SS-Mitgliedschaft: Nach der Entlassung aller „politisch Untragbaren“ 1938 in den Betrieben setzte sich der Bürgermeister Ebensees für die Aufnahme von „Parteigenossen“ ein, für je 40 Mann in der Betriebsbelegschaft mußte ein SA- oder SS-Mitglied aufgenommen werden. Die SA bot ihren Mitgliedern die Möglichkeit, sich in der SA-Berufsschule weiterzubilden, wovon offenbar einige Ebenseer Gebrauch machten – und dies dann 1945 als Entlastungsgrund angaben. Auch die Erreichung eines Gewerbescheines war durch die Parteimitgliedschaft zumindest erleichtert. Der befürchteten Nachteile gab es tatsächlich so viele, daß man 1945 wohl nicht sehr lange nachdenken mußte, um einen Entlastungsgrund zu finden: Ein Student befürchtete Nachteile im Studium und trat der Partei angeblich genau deshalb bei; eine Lehrerin, weil sie als Nichtmitglied eine Festrede nicht halten durfte; ein Dentist, weil er sonst keine Patienten bekam; ein Arbeiter, der um seinen beruflichen Fortgang fürchtete „Um Unannehmlichkeiten zu entgehen ...“ traten sie der NSDAP bei und hatten nun 1945/46 dummerweise genau mit diesem, vielfach überlegten Schritt, wiederum „Unannehmlichkeiten“.



6. DIE GETRIEBENEN

Druck von Seiten der Ortseliten oder von Arbeitgebern wurde 1945 als weiterer Entlastungsgrund angegeben. Der Parteieintritt wurde somit als Zwang bezeichnet. Insbesondere in der Beamtenschaft wurde oft mit diesen Argumenten hantiert: „Mein Beitritt zur NSDAP im Jahre 1938 erfolgte unter dem Druck des damaligen Ackerbauministers Ing.Reinthaller, indem er sagte, er erwarte von jedem Beamten und Angestellten seines Ressorts, daß er der NSDAP angehöre.“ Ein anderer behauptet, daß er ohne Vorinformation zusammen mit anderen in den Gemeindefaal geladen wurde, wo der Bürgermeister mitteilte, er hätte die Funktion eines Blockleiters zu übernehmen. Die Direktoren der Weberei und Molkerei gaben etwa an, daß ihnen der NSDAP-Beitritt nahegelegt wurde. In einer Polizeidienststelle verlangte ein SS-Oberscharführer von einem seiner Beamten ultimativ unter Androhung der Entlassung den Beitritt zur SS. In einer Staatsgewerbeschule wurde von der Schulleitung die Mitgliedschaft der Schüler in einer Parteiformation verlangt. Eine Hausgehilfin eines Ebenseer Fleischhauers bemerkte, ihr Chef hätte es „gerne gesehen“, wenn sie der NSDAP angehörte. Der Ortsgruppenleiter wiederum drohte angeblich mit der Einberufung zur Wehrmacht, wenn die Person nicht in der Partei mitarbeite. Ein Frau bestätigte: „Man gab allgemein bereitwillig dem Druck nach“. In der Tat, viele dieser Personen dürften ihre Mitarbeit in der NSDAP, die vielleicht ursprünglich wirklich aufgrund existentieller Ängste und nicht aus Überzeugung erfolgte, nachträglich mit Begeisterung und „Pflichterfüllung“ ausgefüllt haben.

7. DIE „IRREGELEITETEN“ UND „UNPOLITISCHEN“

Darüberhinaus gibt es noch eine große Gruppe jener, die sich 1945 als Geblendete und Getäuschte, als Ausgenützte und Irregeleitete, bezeichnen und behaupteten, sich niemals politisch in irgendeiner Weise betätigt zu haben:

Sie gaben „politische Unmündigkeit“ an und der Propaganda „Brot für alle“ erlegen gewesen zu sein: „Die Nazi haben meine trostlose Lage ausgenützt und mich an ihre Seite gerissen“. Oder: „Ich führte damals eine Spielschar in Ebensee, die eigentlich keine politische Betätigung darstellte. Unsere Heimabende wurden ausschließlich mit Singen, Volkstanz und Tanzmusik ausgefüllt.“ Warum war er dann bei der NSDAP? Wenn ohnehin alles so „harmlos“ war, schien wohl auch ein Beitritt nicht notwendig.

Alle diese hier kurz charakterisierten Verhaltenstypen halfen auf ihre Weise das System zu stabilisieren, sei es – wollte man ihrer Verteidigung und Entschuldigung 1945 glauben – freiwillig oder unter Druck, aus Bequemlichkeit oder aus Angst, aus eigennützigen Motiven oder aus tiefer Überzeugung.

Eine Vermittlung des Nationalsozialismus darf hier nicht aufhören. Sie muß sich die Frage stellen: „Wie hätte man handeln sollen“? Die „Ethik des Handelns“, die unaufhörliche Frage nach dem „Wie handelt man am Besten?“, sollte uns auch bei gegenwärtigen Entscheidungen und beeinflussbaren Weichenstellungen bewußt sein.

DOKUMENTATIONS- UND FORSCHUNGSSTELLE „ÖSTERREICHISCHE WISSENSCHAFTSEMIGRATION“

Als Ergebnis des Projektes „Österreichische wissenschaftliche Emigration“ liegt nun eine erste quantitative Bestandsaufnahme der verlust- und folgenreichen Vertreibung österreichischer Intellektueller in der Epoche des Faschismus vor.

Im Rahmen des IWK wurde eine EDV-Datenbank mit über 1700 kurzen Biographien österreichischer WissenschaftlerInnen errichtet, die mit Hilfe eines benutzerfreundlichen Abfrageprogrammes nach 20 kombinierbaren Merkmalen ausgewertet werden kann.

Ergänzend zu dieser biographischen Bestandsaufnahme ermöglicht eine EDV-Spezialbibliographie mit bisher über 3400 Titel und entsprechendem Suchprogramm eine gezielte Forschungsarbeit zu dieser Problematik, die lange Zeit tabuisiert und vernachlässigt wurde. Diese Literaturdatenbank wird durch eine ständig wachsende Präsenzbibliothek zur österreichischen Wissenschaftsemigration bereichert.

Mit dieser biobibliographischen Dokumentation existiert eine institutionalisierte Plattform für eine fächerübergreifende Exil- und Emigrationsforschung, die als Servicestelle der Öffentlichkeit zur Verfügung steht.

IWK: 1090 WIEN, MUSEUMSTRASSE 5/2/19, TEL. 93 13 82

LITERATUR ZUM THEMA

ROBERT STREIBEL

HEIMATMUSEUM IM KOPF*

Kennen Sie Schachtelhalme? Jenes Gewächs, das an die Vorzeiten erinnert, in denen die Menschen noch nicht die Erde bevölkerten. Von Bedeutung waren/sind Schachtelhalme nur für die ältere Generation und wenn es hochkommt für Pfadfinder, als Scheuermittel für Kochgeschirr, wenn nichts anderes zur Verfügung steht. Ohne Schachtelhalme kann man leben, zweifellos. Ein nutzloses Kraut. Kann man aber Schachtelhalme vermissen?

Seit dem Sommer 1990 weiß ich, daß dies möglich ist. Ein Rundgang in Krems mit Robert und Hilde Kohn, ihr erster Besuch in Krems seit fast 60 Jahren. Geburtshaus des Vaters, Wohnhäuser von Verwandten und Bekannten, das Geschäft der Eltern in der Unteren Landstraße, Besuche bei Personen, die an Robert Kohn noch eine vage Erinnerung knüpfen, Straßenecken mit Erinnerungswert. Am Anfang des Tages ein Wunsch: „Ich möchte mit keinem Kremser sprechen – man weiß ja nie, ob er nicht, oder seine Familie, dabei war . . .“

Es ist nicht bei diesem Wunsch geblieben. Häuser haben eben auch Bewohner. Am Ende des Tages eine Bitte: „Ich möchte etwas Wald riechen.“ Ein kleiner Spaziergang rund um den Göttweiger und dann der Satz: „Seit wir damals nach Palästina gegangen sind, habe ich keine Schachtelhalme gesehen?“

Schachtelhalme kann man eben doch vermissen. Schachtelhalme als Synonym für etwas „Unwiederbringliches“: Der Geruch eines Gulasch im „Goldenen Hirschen“, oder war es in der „Goldenen Sonne“ – fast ist man geneigt zu glauben, es wären goldene Zeiten gewesen, bevor die Gasthäuser zum „Dritten Reich“ geheißen haben, der Geschmack der Buttermilch im alten Strandbad, die ersten Berührungen in der Tanzschule Lantschick, Streifzüge durch die Au, die unendliche Weite des Schulwegs. Die Heimat hat viele Gesichter und Erscheinungen, eben nicht nur Schachtelhalme.

Dieses Erinnerungsinventar wechselt, jede/jeder kennt seine Heimat, die er mit sich herumträgt. Sie kennen ihr Inventar ihres Heimatmuseums, den Geruch des feuchten Ganges in ihrem Wohnhaus vielleicht, einen stehenden Satz, nach der Art „Schau den Fredl sei Kirchen“, den Vorfall bevor das Familienbild geknipst wurde . . .

Für jene Kremser Juden, die aus der Stadt vertrieben wurden, sind diese Erinnerungen ihre einzige Verbindung zu ihrer Heimatstadt geblieben. Geöffnet waren diese Heimatmuseen über Krems in Tel Aviv, in Herzlia, in Natania, in Naharia, in Nizza, London, Paris, in Miami und . . . nur selten. Vertrie-

ben aus der Stadt bereits vor 1938, „freiwillig“, fast genauso viele Juden haben die Stadt vor 1938 verlassen wie nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im März 1938. „Freiwillig“ – aber doch „Heute der letzte Tag in Krems ist doch schmerzlich . . .“ steht auf einer Postkarte. Die Heimatmuseen sind geschlossen. Besser nicht daran rühren, denn die Häuser hatten eben auch Bewohner und manche haben es nicht geschafft. Das Visum kam nicht, die Fahrkarte zu spät, die Razzia zu früh. „Abgemeldet ins Ostgouvernement“ heißt es dann, 59 Namen auf der Kremser Totenliste.

Für meine Arbeit wurden erstmals einige der genannten Heimatmuseen geöffnet, vorsichtig, zaghaft, viele Räume werden sicherlich nie zugänglich sein. „Ich habe mein ganzes Leben gebraucht um damit fertigzuwerden, meine Eltern sind ermordet worden, und jetzt will ich mich nicht mehr erinnern . . .“ Das Aufregendste bei meiner Arbeit war es, mit einigen Kremsern in diesem, ihrem Inventar zu stöbern, nicht im Kibuzz Givat Haim, nicht in Herzlia, nicht in Dorset, in Großbritannien, sondern bei einem Spaziergang durch die Stadt, die Krapfen vom Millöcker, die gerupften Federn auf dem Tempelhof.

Für manche Kremser Juden ist ein derartiges Unterfangen, ein Besuch in der Heimatstadt unverstündlich, pietätlos, in ihrem Inventar finden sich neben den Cremeschnitten vom Weiß auch die Nazilieder der zwanziger Jahre, gesungen in der Landstraße „Wenn das Judenblut vom Messer spritzt“. „Nicht einmal nach Europa möchte ich fahren“. Paul Pisker in Naharia, im Schuppen noch das Werkzeug des Vaters, umgelernter Schuhmacher, in Krems Kaufmann in der Sparkassegasse 2, im Internierungslager der Engländer gehörten seine Mausefallen zu den besten, an der Wand ein Thermometer: Optiker Schleifelder, der Quecksilberfaden ist gerissen, das Heimatmuseum aber geöffnet.

Oder Alfred Silbermann, heute Miami, USA. Selbstvergewisserung in Form von Skizzen, gekritzelt in Briefen, Schulwege, Elternhaus, Brauhaus, Geschäfte. „Die Enkel haben sich vor dem Haus meiner Eltern fotografieren lassen – ist das nicht eine Zumutung, sowas tut man nicht.“

Wenn ich mit Schachtelhalmen begonnen habe und bei den Heimatmuseen im Kopf angelangt bin, dann auch deshalb, weil es ja heute auch wieder Menschen gibt, die ihre Heimat nur im Kopf haben, die Hatz stärker wird, blauäugig getarnt oder derb, oder mit dem aber versehen. Wie es vor Jahrzehnten: „Ein guter Fußballer aber ein Jude“.

Kennen Sie die Geschichte der Stadt? Sie werden sicherlich auf Lücken gestoßen sein, weiße Flecken gibt es eben auch bei uns, um diese zu konstatieren, brauchen wir nicht belehrend gegen Osten fahren.

Krems 1939–1945. Am 2. 4. 1945 bombardiert. Selbst 1977 wird bloß der Zweite Weltkrieg und dabei nur das Ende erwähnt. Und 1988 sollte ja auch – wenn man den Zeitungen Glauben schenken darf – diese Zeit von ihrem Ende aufgepäuselt werden. 1945 waren wir doch Opfer. Die Umkehrung der Perspektive erfolgte kurzfristig und halbherzig. Krems ist ein guter Boden für Kontinuitäten. Da bedarf es keiner Nestbeschmutzer – wer sehen will und hören kann . . .

Lassen wir das . . .

Als ich vor Jahren begonnen habe, in den heimischen Erinnerungen zu stöbern, es wird wohl 1983 gewesen sein, als ich die ersten Interviews begonnen habe, hätte ich mir nicht träumen lassen, daß ein Produkt dieser Arbeit vom Bürgermeister der Stadt präsentiert werden würde. Wo es sich doch gehört Namen zu nennen, wo doch vielleicht etwas dezenter, und muß denn das sein . . . Bei diesen Ratschlägen hielt und halte ich es lieber mit Hannah Arendt: „Wie man es aber aushält, dort (in diesem Fall Deutschland) als Jude zu leben, in einer Umwelt, die über ‚unser Problem‘ und das sind ja heute unsere Toten, nicht einmal zu sprechen geruht, weiß ich auch nicht.“

Oder der Satz: „Ihren Brief erhalten. Punkt“ 1987, als ich versuchte vom damaligen Bürgermeister eine Grußadresse für die in Israel lebenden Kremser Juden zu bekommen. Als Vertreter der Stadt erklärten sich die Vizebürgermeister Ewald Sacher und Erich Grabner bereit zu diesem Schritt. Vielleicht gibt es in Krems auch andere, vorsichtig wachsende Kontinuitäten?

Heute, immerhin . . .

Wie notwendig dies ist, steht heute an den Wänden. „Judensau“.

Österreich ist vielleicht nicht immer auf der Höhe der Zeit, manchmal hat dies jedoch auch Vorteile, den heute sehen wir in Deutschland und Frankreich was uns bevorstehen kann, wenn die Gewalt in den Köpfen ein Gegenüber findet brennen nicht nur Häuser. Die Grundmuster im Denken sind auch hier vorhanden, noch immer, schon wieder – wie die neuesten Untersuchungen zeigen – und Vorreiter, die das Hassen salonfähig machen gibt es auch, wir kennen sie.

Noble Gesten sind gegen diesen Strom der Zeit zuwenig, aber ein Anfang.

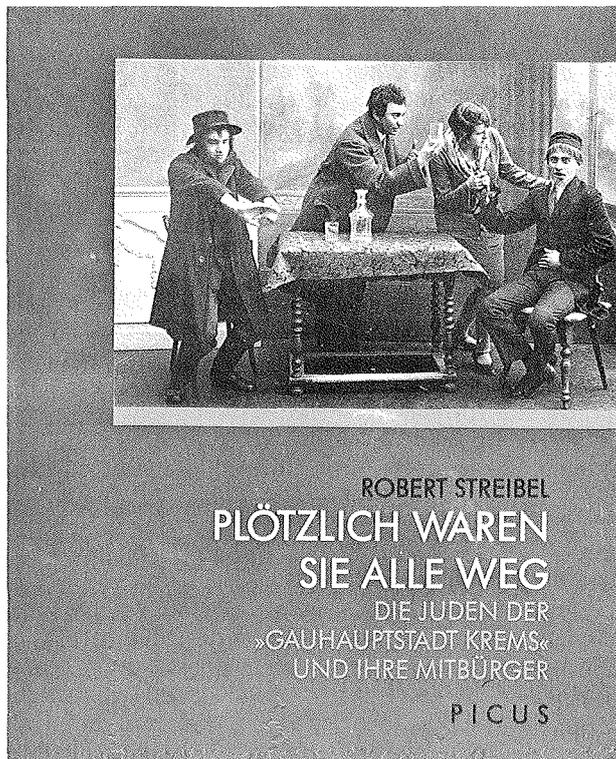
Angesichts dieser Ereignisse mag es nicht mehr sonderbar klingen, daß ich mit meiner Geschichte nicht am Ende bin, denn es gibt immer noch Archive, die für Historiker so unberührt scheinen wie der Amazonas – der Briefwechsel um eine Einsicht in den Bestand der Reichsvermögensverkehrsstelle Niederdonau, wo die Unterlagen zu den sogenannten „Arisierungen“ zu finden sind, zieht sich seit 1987, und daß es im Kremser Stadtarchiv tatsächlich nichts zu finden gibt, wie mir immer bescheinigt wurde, will ich bis heute nicht glauben.

Die Heimatmuseen über Krems und Tel Aviv, in Herzlia, in Natania, in Naharia, in Nizza, London, Paris, in Miami und . . . werden im Falle des Todes der

letzten Kremser endgültig geschlossen werden, über bleiben vielleicht ein altes Thermometer, eine kleine Buddhastatue, eine Zuckerdose, alte Familienalben, mit Fotos auf dem den Nachkommen nicht zu allen Personen Geschichten einfallen, vielleicht Briefe, vielleicht Erinnerungen der Enkel. Aber wird es in Krems jemals ein richtiges Heimatmuseum geben, in dem mit Heimat sowohl Schachtelhalme, gerupfte Federn im Tempelhof, aber auch Nazilieder, gemeint sind.

Krems ist ein guter Boden für Kontinuitäten, mit der Tradition völlig zu brechen, das würde heißen, eine andere Stadt zu erdenken, mit anderen Bewohnern, einer anderen Geschichte, ein Interviewpartner hat mir einmal gesagt, Krems ist wie das Burgtheater, ein schönes Haus mit einer schlechten Besetzung. Von seiner Sicht stimmt dies, Besetzungen können sich ändern und haben sich geändert, und ich hoffe, daß Sie sich, Herr Bürgermeister Grabner, und Sie sich, Herr Vizebürgermeister Sacher, weiterhin auch um die Pflege anderer Kontinuitäten bemühen, und vielleicht gehört es einmal zur Tradition, daß am 9. November, dem Tag der sogenannten „Reichskristallnacht“, oder vielleicht am 21. September, als die Kremser das Bethaus räumen ließen, ebenso der Opfer, Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten, gedacht wird, wie es zur Routine gehört, vor Denkmälern für Generäle der Hitler-Wehrmacht Kränze niederzulegen.

* Rede anlässlich der Präsentation des Buches „Robert Streibel, Plötzlich waren sie alle weg. Die Juden, der ‚Gauhauptstadt Krems‘ und ihre Mitbürger.“ (Picus Verlag, Wien 1991)



KLAUS-DIETER MULLEY

**„ANSCHLUSS VON AUSSEN –
„ANSCHLUSS VON INNEN : . .
Anmerkungen zu einigen
Neuerscheinungen 1988–1991**

Die österreichische Geschichtsforschung ist – was die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, wie auch die Initiierung von Projekten betrifft – in einem hohen Maße „jubiläumsorientiert“. Das hängt mit den Verwertungsmechanismen historischer Forschung zusammen: Durch das den Anlaß betreffende (ver)öffentlichte Interesse an Geschichte sehen nicht nur die Verlage Absatzchancen für Publikationen, auch die „öffentliche Hand“ ist in der Subventionierung von Forschungsprojekten, Ausstellungen und Symposien zum aktuellen Thema entsprechend freigiebig. Die Durchführung des „Be-/Gedenkjahres 1938/88“, deren „Feier“ im Kontext mit einer schon in den vorangegangenen Jahren sich abzeichnenden „Neubewertung“ der (Ver)öffentlichten Meinung zum Nationalsozialismus einerseits und der Kontroverse um die Kriegsvorgänge des Kandidaten für den Bundespräsidenten Kurt Waldheim verschärft wurde, ist ein Beispiel dafür, wie scheinbar Unmögliches möglich wurde und Verschüttetes und Verdrängtes in den Mittelpunkt des Interesses rückte. Wie immer bei diversen Anlässen, versuchten möglichst viele Publizisten, Wissenschaftler, Institutionen, Vereine und Verlage am sich plötzlich öffnenden Subventionsnapf zu naschen. Die Folge: Eine Fülle von Veranstaltungen, (Klein-)Ausstellungen und Publikationen, die generell einen nicht zu unterschätzenden Wert für die Erforschung des Nationalsozialismus in Österreich darstellen, es aber selbst dem am Thema Interessierten schwer machen, „alten Spreu von frischen Weizen zu trennen“. Dies auch deshalb, da abgesehen von der Präsentation sogenannter „alter Hüte“, zahlreiche neue Fakten im alten Gewand und umgekehrt neue Einsichten und Ansätze mit längst bekannten Tatsachen vorgetragen, gezeigt und geschrieben wurden.

Im Unterschied zum Gedenkjahr 1938/78, in welchem die „Opferrolle“ Österreichs 1938 nicht zuletzt durch die Veröffentlichung von Norbert Schausbergers „Griff nach Österreich“ im Mittelpunkt des Interesses stand, richtete sich 1988 das Interesse auf die Mittäterschaft Österreichs und der Österreicher an der Annexion und der NS-Herrschaft im Lande. Der „Anschluß von außen“, d. h. die Annexionspolitik Deutschlands und die internationalen Beziehungen wurden – zumindest in der Öffentlichkeit – weitgehend in den Hintergrund gedrängt. Es war deshalb der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zu danken, ein international hervorragend besetztes Symposium veranstaltet zu haben, welches, neben innen- und wirtschaftspolitischen Aspekten (die dann auch Inhalte einer kontroversiell geführte Diskussion

waren) einen Schwerpunkt auf das außenpolitischen Beziehungsgeflecht der späten dreißiger Jahre setzte. Die Veranstaltung war politikgeschichtlich orientiert, sozial- und kultur-, regional- und alltagsgeschichtliche Aspekte blieben ausgeklammert. Letzteres kann allerdings nicht als Manko gesehen werden, da zum einen mit dem von Emmerich Talos, Ernst Hanisch und Wolfgang Neugebauer herausgegebenen Band über die „**NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945**“ (Wien, Verlag für **Gesellschaftskritik**, 1988) ohnehin ein Standardwerk vorlag, zum anderen die Zielsetzung des Symposiums auf internationale und gesamtösterreichische Aspekte der Annexion wohl sonst nicht erreicht worden wäre.

Insofern kann der „Akademieband“ (Gerald Stourzh/Brigitte Zaar (Hg.): **Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938**. Wien, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1990. 564 Seiten) als unverzichtbare Ergänzung zum obgenannten Werk gelten, wenn auch z. T. Positionen (etwa von Karl-Dietrich Bracher und Gottfried Kindermann über das austrofaschistische Regime) vertreten wurden, die unter Mißachtung einschlägiger österreichischer Forschungen formuliert und in der Diskussion (etwa von Gerhard Botz und Gerhard Jagschitz) mit Recht kritisiert wurden. Auch die von Gerhard L. Weinberg (der als ausgewiesener Kenner der Materie einen sonst ausgezeichneten Beitrag zur deutschen Außenpolitik gegenüber Österreich 1937/38 vorlegte) vorgetragene Ansicht, der nationalsozialistische „Juliputsch“ 1934 und die Ermordung Dollfuß' sei auf Befehl Hitlers durchgeführt, bzw. in Berlin beschlossen worden, mußte den Einspruch von Gerhard Jagschitz herausfordern, welcher dem Referenten vorwarf die Situation innerhalb der österreichischen NSDAP zu wenig beachtet zu haben. Gottfried-Karl Kindermann wiederum heroisierte den „Abwehrkampf“ des sogenannten „Ständestaates“ gegenüber dem Nationalsozialismus ohne eine demokratische Alternative auch nur in Betracht zu ziehen und den Deutschnationalismus führender Christlichsozialer (Dollfuß u. a.) zu thematisieren, wobei des Referenten überpointierte Ausdrucksweise zusätzlich zum Widerspruch reizt.

In diesem Zusammenhang kam es wiederum zu einer Diskussion über die Haltung der SDAP und der Sozialisten zu „Anschluß“, Nationalsozialismus und Austrofaschismus. Kindermann sah (wie er in einem Diskussionsbeitrag meinte), einen „sehr wichtigen Grund für das Nichtzustandekommen einer versuchten gesamtösterreichischen Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus in einer innerstaatlichen Abgrenzungs- und Konfrontationspolitik der Austromarxisten“. Zum Deutschnationalismus der Arbeiterbewegung meinte darauf Botz: „Ich kann nur sagen, Sozialdemokraten sind halt Sozialdemokraten und haben daher bestimmte Einstellungen und Wertstrukturen, sind daher nicht monarchistisch und

nicht besonders kirchlich-klerikal und sind auch auf Grund der bestimmten Entwicklung des Marxismus deutschnational.“ Leider wurden die Unterschiede in der sozialdemokratischen Haltung zu einem Anschluß an ein demokratisches oder faschistisches Deutschland in den Referaten nicht behandelt und in den Diskussionen nur gestreift. Sicherlich kann es als der historische Fehler der österreichischen Sozialisten angesehen werden, nicht schon am Beginn der dreißiger Jahre angesichts des Aufstiegs des deutschen Faschismus Kooperationsbereitschaft gegenüber den bürgerlichen Parteien gezeigt zu haben, andererseits war aber die innenpolitische, von zwei sich konkurrierenden Faschismen bedrohte und aufgeheizte, Lage dazu wahrlich nicht angetan. In diesem Zusammenhang müßte übrigens (was die Herausgeber zu Unrecht unterlassen haben) auf die einschlägigen Forschungen von Karl Haas und Anton Staudinger verwiesen werden. Mit der Errichtung und Etablierung der austrofaschistischen Diktatur sahen die Sozialisten verständlicherweise den Feind in Gestalt der austrofaschistischen Diktatoren Dollfuß und Schuschnigg und übersahen die das ganze Land bedrohende Gefahr des Nationalsozialismus. Letztere war für sie nur das zweite Übel, wie etwa bei Durchsicht der Brünner Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ leicht nachzulesen wäre. Übrigens: Brachers systemtheoretische Einschätzung des österreichischen „Konkurrenzfaschismus“ (Th. Veiter) als „autoritäres Notstandsregime“ relativiert sich bei Betrachtung der unterschiedlichen Verfolgungspraxis politisch Andersdenkender. Der deutsche Professor dürfte die umfangreiche Literatur zu diesem Thema einfach nicht zur Kenntnis genommen haben, was den Wert seiner Ausführungen schmälert.

Die instruktiven Beiträge über die Beziehungen europäischer Staaten zu Österreich und das Anschlußproblem (etwa Francis L. Carsten über Großbritannien, Angelo Ara über die italienische Politik, Mária Ormos über den Donaupakt, Georges Castellin über die Korrespondenz des französischen Militärrattachés, Georges Kreis über die Schweiz, Alfred Low über die Politik der „Supermächte“) zeigen, daß man sich nahezu überall bereits ab Mitte der dreißiger Jahre aus durchaus verschiedenen Interessenlagen mit einer Einverleibung Österreichs durch Deutschland abgefunden hatte, wobei neben Fragen der Mächtekonstellation in Europa auch die durch den Austrofaschismus vielfach ungebrochene „bürgerliche“ Anschlußbewegung, welche durch die illegale Tätigkeit der österreichischen NSDAP unterstützt wurde, im Ausland registriert wurde. Gerald Stourzh dokumentiert die Schwierigkeiten der österreichischen Außenpolitik angesichts der deutschen Bedrohung, die vor dem Hintergrund der Interessenlage der europäischen Staaten und den diplomatischen Weichenstellungen in Mitteleuropa vor 1933 gesehen werden sollte. Angesichts der in vielen Staaten als moribund angesehenen österreichischen Unabhängigkeit seien – so Stourzh – „manche Handlungen und Reaktionen der österreichischen

Bundesregierung, die Resistenz gegen immer weiter reichende Satellisierung signalisierten, gar nicht so selbstverständlich“. Die diplomatiegeschichtlichen Beiträge machen insgesamt deutlich, daß die Berichte ausländischer Diplomaten an ihre Regierungen in Zukunft auch bei der Forschung über innenpolitische Problemlagen mehr Beachtung geschenkt werden sollte.

Mit Recht nicht unwidersprochen (E. Hanisch, H.-U. Thamer, H. Mommsen), aber nicht ausführlich diskutiert, blieben die vom Inhalt her längst bekannten (und durch oftmalige Wiederholung nicht fundierter werdenden) Ausführungen von Norbert Schausberger, der nach wie vor die Dominanz der deutschen wirtschaftspolitisch-motivierten Anschlußbestrebungen betonte und in Überschätzung des wirtschaftlichen Potentials Österreichs 1938 wiederum den gewaltigen wirtschaftlichen Vorteil der Annexion für das „Deutsche Reich“ (Bodenschätze, Nationalbank, Arbeitskräfte, Industrieressourcen) hervorhob. Leider hat es die Akademie verabsäumt, profunde Kenner der Materie als Koreferenten zu diesem Thema einzuladen: Schausbergers einseitige Meinung kann heute so nicht mehr aufrechterhalten bleiben. Industriepolitische und wehrwirtschaftliche Wünsche, Pläne und Überlegungen traten bei der Durchführung der Annexion gegenüber rassistischen, machtpolitischen Zielen in den Hintergrund. Die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile der Annexion für Deutschland spielten bei der politischen Entscheidungsfindung in Berlin insgesamt keine sehr große Rolle. Es blieb Hans Mommsen vorbehalten auf die Pionierarbeit von Alfred Kube (Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich. München, Oldenburg, 1986) hinzuweisen. Die zu diesem Problemkreis differenzierte Ansicht des renommierten deutschen Wirtschaftshistorikers Dietmar Petzina (vgl. seinen Beitrag in dem Band „Tirol und der Anschluß“) wurde nicht einmal in den Anmerkungen erwähnt. Felix Butscheks unvollständige Ausführungen über die kurzfristigen Auswirkungen der Annexion 1938/39 reichen so der Akademie genausowenig zur Ehre, wie die Auswahl der Referenten und die Diskussion zu diesem Themenkomplex insgesamt.

Gerhard Jagschitz gibt einen ausgezeichneten Überblick über die Geschichte der NSDAP in Österreich, Erwin A. Schmidl berichtet über die militärischen Aspekte des „Anschlusses“ und Herbert Rosenkranz steuert einen brillanten, materialreichen Aufsatz über die Entrechtung, Verfolgung und Selbsthilfe der österreichischen Juden 1938 bei. Die Ausführungen von Gerhard Botz über die Haltung der österreichischen Bevölkerung, sein Versuch „quantifizierend“ über die Analyse der „Volksabstimmung“ vom 10. April 1938 die Zustimmung bzw. Ablehnung der Bevölkerung soziologisch zu schichten und regional zu bewerten, rief nicht ganz unberechtigte, wenn auch aus prinzipiellen Vorbehalten gegenüber der sozialwissenschaftlichen Methodik motivierte, Kritik hervor. So meinte Klemens Klemperer, der „Anschluß“ sei als „Massenpsychose“ zu werten

und entzöge sich einer „mit Mitteln einer rationalen, auf Sozialanalyse beruhenden Prozentualrechnung“. In der Tat ist – wie Ulrich Kluge in der FAZ (25. 2. 1992) anmerkt, die Botz'sche Datenbasis, wie er aber auch selbst anmerkt, sehr gering, um gesicherte Ergebnisse vorlegen zu können. Als relevante Hypothesen, die der Forschung neue Impulse etwa bei Betrachtung bestimmter regionaler „sozialer Milieus“ in ihrer Zu- oder Abneigung zum Nationalsozialismus geben können, reichen die Ausführungen allemal. Insofern ist auch die Anmerkung der Herausgeber über die Anzahl der von der „Volksabstimmung“ ausgeschlossenen Personen nicht ganz verständlich, zumal auch hier die Forschung wohl noch im Gange ist, und es wohl nichts bringt mit wenigen Erklärungen neue Zahlen zu präsentieren. Warum wurden nur zur Diskussion des Beitrags von G. Botz Anmerkungen von den Herausgebern gemacht, wofür diese (oder zumindest weiterführende Literaturhinweise) zu anderen Beiträgen (wie hier auch erwähnt) notwendiger gewesen wären?

Wenig ertragreich sind die Referate von Radomir Luza und Hans-Ulrich Thamer über die Strukturen der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich, da sie über eine Betrachtung der ohnehin ausreichend dokumentierten „Polykratie der Eingliederungsinstanzen“ nicht hinausgehen und die Herrschaftspraxis in den „Reichsgauen“ nicht in ihre Überlegungen mit einbeziehen. Dieter Rebentisch hätte hier wohl besser Auskunft geben können. Ernst Hanisch weist mit Recht darauf hin, „daß mit der Errichtung der Reichsgaue ein starkes monokratisches Element in das tendenziell polykratische Herrschaftssystem eingefügt wurde“, da, wie sich wohl in allen österreichischen „Gauen“ zeigen ließe (und der Rezensent für „Niederdonau“ auch in Kürze nachweisen wird können), der „multifunktionelle Gauleiter und Reichsstatthalter (...) als Chef der Partei und der Verwaltung über eine solche Fülle von Kompetenzen und Machträumen (verfügte), daß alle anderen Herrschaftsträger in ihre Schranken verwiesen wurden“.

Bemerkungen zum österreichischen Widerstand von Erika Weinzierl und Gerald Stourzh schließen einen Band ab, der – unter Bedachtnahme auf die hier vorgebrachten Anmerkungen – von Brigitta Zaar hervorragend redigiert und betreut wurde. Leider spiegelt er, deutlich in den Diskussionsbeiträgen zu verfolgen, eine Historiographie und einen Diskussionsstand in der österreichischen Zeitgeschichte wider, welcher der Breite der Forschung, der Forschungsansätze, der Betrachtungsweisen und der Materialaufarbeitung in Österreich wohl nicht mehr entspricht. In den ehrwürdigen Hallen der Akademie dominiert allerdings noch immer eine Politikgeschichte, z. T. garniert mit pointiert erzählten Histörchen und Erlebnisberichten (vgl. etwa die Diskussionsbeiträge von Adam Wandruska, Fritz Wolfram u. a.). Wenn auch der vorliegende Band insgesamt durchaus respektable Ergebnisse – insbesondere was die Geschichte der internationalen Beziehungen betrifft – brachte (wenn auch fast

alle Beiträge auf umfangreiche, Jahre zurückliegende, Veröffentlichungen der Referenten beruhen, somit kaum „Novitäten“ präsentiert wurden), sollte sich die Akademie wohl fragen, ob sie sich nicht in Zukunft als Mittler nicht nur zwischen österreichischer und internationaler, sondern auch zwischen universitärer und der nahezu unbemerkt an Breite gewonnenen außeruniversitären Forschung durch die Konfrontation alter und neuerer Ansätze und Betrachtungsweisen, etablierter und jüngerer Forscher zu umstrittenen Themen und Theorien verstehen will.

Ernst Hanisch, wohl etabliert, dennoch zur jüngeren, vor allem aber innovativen, Historikergeneration zählend, wies in seinen „fragmentarischen Bemerkungen zur Konzeptualisierung der NS-Herrschaft in Österreich“ auf die Errichtung und Etablierung der Reichsgaue und den damit verbundenen Abriß der Quellenüberlieferung für das gesamte Staatsgebiet hin und meinte: „Die österreichische Geschichte der Jahre 1940–1945 ist so wesentlich Regionalgeschichte“. Tatsächlich kann heute noch keine Geschichte Österreichs 1938 bis 1945 geschrieben werden, da für einige Bundesländer umfangreiche publizierte Forschungen fehlen. Auf einige der im Rahmen des Be-/Gedenkjahres 1938/88 erschienenen regionalen und lokalen Forschungsberichte soll im folgenden kursorisch eingegangen werden. Vorausgeschickt werden darf: Bedingt nicht nur durch eine unterschiedliche Themenstellung (Region, Wirtschaft, Kultur, Antisemitismus etc.), sondern auch durch eine vielleicht zu geringe Dialogbereitschaft unter den österreichischen Historikern, insbesondere aber auch durch eine eklatante Armut in der Erprobung und Verwendung sozialwissenschaftlicher Theorien und quantifizierender Methoden, ist eine vergleichende Betrachtungsweise der folgenden Monografien und Sammelbände nicht möglich. Jedenfalls spiegeln die Kurzvorstellungen einiger Regional- und Lokalgeschichten doch ein Forschungsinteresse wider, das noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre.

Bert Olbrich und Selin Özer gaben 1988 eine noch stark vom alten faschismustheoretischen Ansatz Kühnells beeinflusste Ereignisgeschichte der Stadt Linz im Nationalsozialismus heraus. (**Bert Olbrich/Selin Özer: Linz 1938. Linz (Studien zur Geschichte und Politik in Oberösterreich. Bd. 1.; Hg. v. IWK Oberösterreich, Weißenwolfstr. 4, 4020 Linz. 1988. 210 S.)**). Das Büchlein beginnt mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus in Deutschland 1933, skizziert den Aufstieg der NSDAP, die austrofaschistische Herrschaft und den Widerstand gegen den „grünen“ und „braunen“ Faschismus in Linz, um anschließend in zwei etwa gleich langen Kapiteln über die Situation 1938 („Einmarsch und Annexion“) und die Jahre der NS-Herrschaft („Folgen der Annexion“) zu erzählen. Die Darstellung ist im Stil eines Geschichtslehrbuches geschrieben, wobei sowohl auf die (ober-) österrei-

chische, wie auch auf die Entwicklung des Faschismus in Deutschland und Italien Bezug genommen wird. Die Lokalgeschichte Linz tritt somit (zumindest im Einleitungskapitel) in den Hintergrund. Unveröffentlichte Quellen wurden für die Darstellung offenbar nicht herangezogen. Sogar die in Linz in der Zwischenkriegszeit erscheinende NS-Zeitung „Volksstimme“, welche für die Erforschung der NSDAP in OÖ/Linz unverzichtbar ist, scheint den Autoren unbekannt. Zahlreiche unklare Formulierungen ziehen sich bereits durch die ersten Seiten: So etwa wird zwischen „völkisch-deutschnationaler“ Ideologie und einem gegen die Eigenstaatlichkeit Österreichs gerichteten Begriff des Deutschnationalismus nur unklar unterschieden, die NSDAP bis 1933 in Unkenntnis der Frühgeschichte als „importierte“ Partei bezeichnet und die Widerstandskonzeptionen der Sozialisten und Kommunisten 1933/34 bis 1938 nicht herausgearbeitet. Es ist nicht ganz richtig, wenn etwa mit Bezug auf die Expansionspläne des deutschen Finanz- und Industriekapitals definitiv festgestellt wurde: „Es stellte sich also heraus, daß der Anschluß, die Annexion, nicht etwa aus nationalistischen Motiven heraus stattfand ...“ (S.105). Im Gegenteil: Es kann als erwiesen gelten, daß die nationalsozialistische Führungselite nicht nur „Agenten des Kapitals“ waren. Genau dies wird aber offenbar unterstellt. Der Alltag der Menschen, ihr Fühlen in einer vom sogenannten „Führer“ bevorzugten Stadt zu leben, die politischen, sozialen und kulturellen Strategien der Linzer Nationalsozialisten werden nicht oder nur am Rande, beiläufig, erwähnt. Als positiv ist die im gegebenen Rahmen ausführliche Behandlung der Frauen in Austrofaschismus und NS-Herrschaft zu bemerken. Mag das Bändchen auch als Erstinformation genügen, weitere werden notwendig sein.

Demgegenüber gewinnt der von Helfried Valentinič und Friedrich Bouvier in der Reihe des Historischen Jahrbuchs der Stadt Graz herausgegebene Band über Graz im Jahre 1938 allein schon durch gut recherchierte Beiträge kompetenter Historiker der Universität Graz Qualität (**H. Valentinič/F. Bouvier (Hg.): Graz 1938. Graz (Hist. Jb. d. Stadt Graz Bd. 18/19, 1988. 439 S.)**). Helmut Konrad formuliert hier treffend die Problematik der lokalen Zeitgeschichte, wenn er einleitend meint: „Im Kleinraum wirkt vieles harmonisch oder zumindest verständlich. In St. Achatz fand keine Reichskristallnacht statt, stand kein Konzentrationslager. Politische Konflikte werden hier leicht in persönliche aufgelöst, die Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft wirken aus dieser Sicht übertrieben, werden in die Kategorie einer „Siegengeschichtsschreibung“ gerückt.“ (S.13) Der vorliegende Band über die sogenannte „Stadt der Volkserhebung“ orientiert sich allerdings nicht an den Postulaten einer „Alltagsgeschichte“, sondern versucht deskriptiv und materialreich die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ereignisse und Entwicklungen aufzuarbeiten. Abgesehen von einem nichtssagenden

Beitrag von Gernot Fournier über die Quellenlage, einem interessanten Bericht von Gerald Schöpfer über den Aufbau von „Oral-history-Archiven“ und über Augenzeugenberichte, vereinigt das Buch Darstellungen über den „Anschluß“, die Wirtschaft und die Kultur in und um Graz. Eduard Staudinger kann in seinem Beitrag über die Entwicklungsgeschichte der NSDAP in Graz nachweisen, daß für die DNSAP (1919) die Steiermark und Graz im Vergleich zu Salzburg keine Zentren darstellten, wenn sie auch in einigen Industriegemeinden Gemeinderäte stellen konnten. Erst durch die Gemeinderatswahlen vom 25. Mai 1924 zogen zwei Mandatare der NSDAP in den Grazer Gemeinderat ein: Sie erreichten einen im Vergleich zu Linz (7,9%) geringen Stimmenanteil von 3,8% (S.46). Durch die folgende Spaltung der Partei und die damit verbundene Konsolidierungsphase, die obendrein durch den Zustrom von Nationalsozialisten zum deutschnationalen Heimatschutz begleitet war, erreichte die „Hitlerbewegung“ bei den Gemeinderatswahlen des Jahres 1929 nur 1.695 Stimmen und nur nach Einspruch bei der Wahlbehörde ein Reststimmenmandat. Wie auch in den übrigen Regionen Österreichs setzte der Aufschwung der deutsch-faschistischen Partei erst 1931/32 ein. Immerhin konnte die NSDAP bei den Gemeinderatswahlen 1932 in der gesamten Steiermark über 300 Mandate erreichen.

Die Reorganisation der SA durch den späteren Gauleiter Dr. Siegfried Uiberreither und die große Akzeptanz des „Nationalsozialistischen Soldatenringes“ bei Bundesheerangehörigen in Graz und in der Steiermark ermöglichten im Frühjahr 1938 jene Großdemonstrationen, die den Austrofaschismus lokal an die Wand zu drängen schienen und Graz durch die Berichte des englischen Journalisten G. E. R. Gedye als „Hochburg der Nazis“ in aller Welt bekannt machten. Die Radikalität der Grazer Nationalsozialisten gipfelte am 12. März 1938, wie Maximilian Liebmann ausführlich dokumentiert, in einer Inhaftnahme des Bischofs Pawlikowski. Mit Eintreffen eines „reichsdeutschen“ Gestapochefs wurde Pawlikowski sofort aus der Haft entlassen, da dies den kirchenpolitischen Intentionen des „Deutschen Reiches“ zuwider lief. Siegfried Beer, Dieter A. Binder und Gerald Gänser behandeln in ihren Beiträgen über Stadt- und Landesverwaltung den Personalwechsel auf Beamtenebene: Einer sofortigen Ablöse von Spitzenfunktionären folgte die Entfernung „politisch nicht einwandfreier Beamte“ auf allen Ebenen und die Wieder- und Neueinsetzung nationalsozialistischer Parteigänger (S.122). In einem ausgezeichneten Beitrag über die Juden in Graz stellt Dieter A. Binder bereits für die Zwischenkriegszeit eine scharfe antisemitische Agitation fest: „Die reiche Palette übelster antisemitischer Publikationen des Grazer Stocker Verlages sind ebenso ein Signal für die Situation in Graz, wie der ökonomisch geprägte Antisemitismus der steirischen Christlichsozialen, wie das Jonglieren mit antisemitischen Ressentiments in der sozialdemokratischen Lokalzeitung, dem „Arbei-

terwillen“, wie der Antisemitismus im Volksbildungsbereich oder im schulischen Milieu.“ (S.213f.) Die Demonstrationen der Grazer Nazis 1938 waren denn auch „von grellen antisemitischen Tönen begleitet“ (S.216). Nichtjuden rechneten offenbar im Jänner und Februar 1938 mit einer baldigen „NS-Machtergreifung“ und einer Judenverfolgung, denn sie weigerten sich bereits zu diesem Zeitpunkt allfällige Schulden an Juden zu bezahlen. Der Terror im März und April 1938 war mit Wien vergleichbar: Abgesehen von den zentralen antisemitischen Anordnungen, von zahlreichen Verhaftungen und Dachau-Transporten wurden die Grazer Juden in der Woche um den 15. April halbnackt aus den Wohnungen in die Straßen getrieben und mußten schreien: „Wir sind Saujuden“ und „Heil den Nazis, die Österreich von dem Judenjoch befreit haben“ (S.217). Einschränkungen im Alltagsleben, erzwungene Auswanderung, Beschlagnahmen von Vermögenswerten und sogenannte „Arisierungen“ kennzeichneten die folgenden Monate.

Innerhalb eines Jahres hatte die Grazer Kultusgemeinde 75% ihrer Mitglieder verloren. Auch in der Steiermark wurde der Novemberpogrom 1938 von der SA getragen. Verhaftete Juden wurden nach entwürdigenden „Prozessionen“ per Bahn ins KZ gebracht. 1939/40 endete die Grazer Kultusgemeinde durch Deportationen und Auswanderung. Stefan Karner behandelt in seinem Beitrag über die Grazer Industrie die Organisation der gewerblichen Wirtschaft, die Struktur und die Standortverschiebungen sowie die Bedeutung der Grazer Betriebe für die Kriegswirtschaft. Er meint, daß die Industrie 1938 „rein betriebswirtschaftlich“ die ihr gebotene „Chance“ genützt und somit an den Auftragsvergaben partizipieren konnte, wodurch die Arbeitslosigkeit beseitigt werden konnte. Die Struktur der Grazer Industrie wurde durch die Eingliederung in den deutschen Wirtschaftsraum und in die Kriegswirtschaft verändert, die Betriebe machten als Finalproduzenten und Zulieferanten für die Rüstungswirtschaft nicht unerhebliche Gewinne. Gerald Schöpfer gibt einen kurzen Einblick in die wirtschaftliche Situation in Handel und Gewerbe in den dreißiger Jahren, welcher durch Überlegungen zur Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit von Stefan Karner ergänzt wird. Beiträge zur Stadtplanung (Gerhard Marauschek und Karl Albrecht Kubinsky), sowie zu Presse, Theater, Rundfunk und Kino von Joseph F. Desput und Kurzbiografien maßgeblicher Persönlichkeiten in und um Graz runden den insgesamt gelungenen Band ab. Wenn auch Studien über die NSDAP, Jugend, Frauen und über das „Alltagsleben“ fehlen, die Beiträge noch zu stark um das Schicksalsjahr 1938 gruppiert sind, so scheint mit dem vorliegenden Band doch ein erster Schritt zur Aufarbeitung der Grazer NS-Geschichte gemacht.

Einen besonderen Stellenwert zur „Anschlußfrage“ gewinnen die Veröffentlichungen aus Kärnten, wenn

man in Betracht zieht, daß das südliche Bundesland – nicht erst seit den Erfolgen der Freiheitlichen Partei – im Osten Österreichs gemeinhin als der „deutsch-nationale Hort“ des Staates gesehen wird. In der Einleitung zu einer von Wilhem Wadl und Alfred Ogris herausgegebenen repräsentativen Veröffentlichung des Kärntner Landesarchivs (**Wilhem Wadl – Alfred Ogris (Hg.): Das Jahr 1938 in Kärnten und seine Vorgeschichte. Ereignisse – Dokumente – Bilder. Klagenfurt, Verlag des Kärntner Landesarchivs, 1988, Das Kärntner Landesarchiv 15, 404 Seiten**) spürt Ogris der Anschlußdiskussion im südlichen Bundesland nach. Der Autor sieht für Kärnten „drei Anschlußideen“ gegeben, wovon zwei (der in unterschiedlicher Intensität vertretene staatsrechtliche Anschluß Österreichs an Deutschland und ein von Ogris auf Grund eines Plakates des Jahres 1930 genannter „Anschluß eines von den Kommunisten erhofften Sowjetösterreich an ein erhofftes Sowjetdeutschland“) gesamtstaatlich und eine – nämlich die Anschlußdiskussion an den SHS-Staat 1918 bis 1920 – partikularistisch zu beurteilen sei (S.14/15). Abgesehen davon, daß der KP-Anschlußwunsch zu jener Zeit als marxistische Variante des allgemeinen, nur von den Legitimisten vehement bekämpften, Anschlußdenkens zu interpretieren ist und seine Herausstellung hier – gerade in Anbetracht der einer Inexistenz gleichkommenden numerischen Schwäche der kommunistischen Partei Österreichs bis 1933/34 – wohl weitgehend irrelevant ist, relativiert Ogris in seinen Ausführungen eine Sonderrolle Kärntens in der Anschlußdiskussion der Zwanziger und Dreißiger Jahre. Abgesehen von der Bezugnahme auf die Volksabstimmung 1920 und den damit zusammenhängenden ethnischen und politischen Fragen verlief in Kärnten die Anschlußdiskussion nicht viel anders als im übrigen Österreich.

Dieses Urteil erscheint dem Rezensenten m. E. angesichts des Kärntner „hypertrophen Deutschnationalismus als wichtigste ideologische Brücke zum Nationalsozialismus“ (Rumpler) doch von Wunschdenken getragen, zumindest aber noch zu früh: Denn noch fehlen vergleichende Untersuchungen und Forschungsergebnisse zum Deutschnationalismus innerhalb der politischen Parteien und Interessensvertretungen in ihrer regional verschiedenen Ausprägung. So ist zu vermuten, daß die Kärntner Funktionäre des Bauernbundes, der Handels- oder Arbeiterkammer, die Kärntner Politiker der Christlichsozialen oder Sozialdemokratischen Partei, insgesamt somit „die Kärntner politische und wirtschaftliche Elite“ in ihren Parteien, Gruppierungen, Vereinigungen, Kammern und Interessensvertretungen, die Forderung nach einem Anschluß an Deutschland und die Zugehörigkeit der Österreicher zum „deutschen Volk“ viel stärker und öfters betonten, als ihre Kollegen aus Nieder-, Oberösterreich und Wien. Mag hier auch, wie Rumpler (in einem weiter unten zu besprechenden Sammelband) mit Recht in Anlehnung an Ernst Hanisch meint, „der Aufstand der Provinz gegen die

Metropole“ eine große Rolle spielen, mag auch im Osten durch die Nähe zu den Wiener Zentralbehörden die Verantwortung für den Gesamtstaat stärker ausgeprägt sein als in der Provinz, in welcher die unmittelbar sichtbaren insbesondere wirtschaftlichen „Sorgen vor Ort“ eine ungleich höhere Rolle im politischen Handeln spielen, so sollte doch genau dies seine ira et studio Gegenstand regionaler Untersuchungen sein.

In einem weiteren Einleitungsaufsatz gibt Wilhelm Wadl einen gelungenen und informativen Überblick über den „Anschluß“ in Kärnten bis zur Volksabstimmung am 10. April 1938, wobei auf den Ablauf der Ereignisse in Wien Bezug genommen, aber leider auf vergleichende Überlegungen zu den Anschlußereignissen in anderen Bundesländern verzichtet wird. Der Hauptteil des Buches besteht aus der Präsentation von Zeitungsausschnitten, Fotos, Flugschriften, Plakaten, Dokumenten und Erinnerungsberichten für die Zeit 1932/33 bis 1945. Schmerzlich fällt auf, daß Dokumente aus dem Landesarchiv nur vereinzelt gezeigt werden. Aller Ausstellungstradition und Bildpräsentation widersprechen die fehlenden bzw. mangelhaften (S. 403f.) Quellenangaben, welche insbesondere bei den zahlreichen Zeitungsausschnitten vom interessierten Leser vermißt werden. So kann auf Grund der Quellenangaben zwar die Zeitung, aber nicht das Erscheinungsdatum rekonstruiert werden. Verwirrend sind die bei den in Faksimilie abgedruckten Dokumenten und Zeitungsartikeln vorgenommenen Anonymisierungen. Dies insbesondere dann, wenn es (wie bei Abb.71) keine Betroffenen gibt (die Anonymisierung betrifft den Namen einer Ortschaft im Amtsgebiet der BH Villach, in der 1936 eine Neukonstituierung eines deutschen Turnvereines stattfand), Zeitungsartikeln, die jedermann in der Bibliothek einsehen kann, mit einem „schwarzen Balken“ versehen wurden (Abb.245) oder die Namen in „unverfänglichen“ Dokumente (Meldungskarte, Abb.88; Winterhilfeerklärung 1935, Abb.95; Ahnenpaß, Abb.187) unlesbar präsentiert werden. Dennoch: Die einzelnen Zeitabschnitte und Themen werden kurz und sehr informativ eingeleitet. Leider wurden Hinweise auf die Parteigeschichte der NSDAP in Kärnten vor 1933 nicht aufgenommen. Verdienstvoll aber sind die Ausführungen und Schaubilder über die lokale Verteilung der NS-Stimmen bei den letzten demokratischen Wahlen der Ersten Republik, die Farbtafeln und die im Anhang abgedruckten Augenzeugenprotokolle und Erinnerungsberichte.

Die Ausführungen im besprochenen Band des Kärntner Landesarchivs werden ergänzt und kritisch hinterfragt durch ein 1989 von Helmut Rumpler herausgegebenes Sammelwerk über den „März 1938 in Kärnten“ (**Helmut Rumpler (Hg.): März 1938 in Kärnten. Fallstudien und Dokumente zum Weg in den „Anschluß“.** Klagenfurt, Kärntner Druck- und Verlagsanstalt, 1989. 344 Seiten). Bereits in der Einleitung führt der Herausgeber Indizien für die Relevanz Kärntens in der national so-

zialistischen „Bewegung“ an, „die höchste Dichte an illegalen Parteimitgliedern von allen österreichischen Bundesländern; die Intensität und die Dauer der Julikämpfe 1934; die verhältnismäßig starke Präsenz der Kärntner Nationalsozialisten in den Gremien der gesamtösterreichischen Parteiführung“ (S.10). In einem weiteren Beitrag betrachtet Rumpler die politische und miserable wirtschaftliche Situation des Landes seit dem Juliabkommen und meint abschließend, daß wohl die wirtschaftlichen Argumente stark zu Mobilisierung der Massen für den „Anschluß“ beitrugen, aber letztlich der tief verwurzelte Deutschnationalismus entscheidend für die Zustimmung der Kärntner war – in fataler Übereinstimmung mit Hitler, der unzweideutig erklärt hatte: „Auch wenn diese Vereinigung wirtschaftlich gedacht, gleichgültig, ja selbst wenn sie schädlich wäre, sie müßte doch stattfinden. Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich.“ (S.31) Dieser deutsche Rassismus, der 1938 auch von der Zeitung „Freie Stimmen“ vertreten wurde, wie Armin A. Walles nachweist, baut auf Integration der Innengruppe (Volksgemeinschaft), Aggression gegen Außengruppen (hier Slowenen), Volkstumskampf und nationales Selbstbewußtsein (S.68). Klaus Amman behandelt in einem vorzüglichen Aufsatz den „Wort-Führer Kärntens“, den „ersten Dichter des Landes“ und politischen Funktionär Josef Friedrich Perkonig, der den Nationalsozialismus vorerst huldigte, zumindest bis 1942/43 auch publizistisch unterstützte, aber am 15. Mai 1945 selbstverständlich das „Ende dieser elenden Dilettanten ja unausweichlich kommen sah“ und wohl deshalb auch im November 1945 „nur ein gutes Gewissen“ hatte, was ihm 1965 – zu Unrecht wie Amman mit zahlreichen Quellenbelegen nachweisen kann – von seinem Biografen Erich Nußbauer auch bestätigt wurde.

Ulfried Burz berichtet über die Machtergreifung der NSDAP in Kärnten am 11. März 1938, scheint sich aber nicht sicher zu sein, ob die NSDAP tatsächlich schon um ca. 17 Uhr die Macht in den Händen hatte. Arnold Suppan behandelt die Haltung Jugoslawiens zum „Anschluß“ und gibt die Diskussionen in der jugoslawischen Öffentlichkeit wieder. Der Aufsatz, der auch gut in den oben besprochenen Akademie-Band gepaßt hätte, spürt auch den Ursachen für die Akzeptanz des „Anschlusses“ durch die jugoslawische Außenpolitik nach, welcher bei ähnlichen wirtschaftlichen Interessen, wohl in einer Schutzfunktion Deutschlands gegenüber italienischen und ungarischen Revisionsabsichten und in der Ablehnung einer Habsburgerrestauration lagen. Interessantes Aktenmaterial zu den Verhandlungen um einen Modus vivendi zwischen Reichskommissar und Katholischer Kirche präsentiert Peter G. Tropper aus dem Archiv der Diözese Gurk in Klagenfurt. In weiteren Beiträgen behandelt August Walzl den Antisemitismus und die Judenverfolgung und Werner Drobosch widmet sich der – in vielen Studien vernachlässigten – „NS-Verinspolitik“, welche die Auflösung aller nicht kontrol-

lieblichen bzw. die Gleichschaltung aller Vereine zum Ziel hatte und dieses auch konsequent durchsetzte. Die Terrormaßnahmen der Nationalsozialisten, die „Säuberungen“ im öffentlichen Dienst und im Schulwesen, behandelt Rudolf Freisitzer ohne allerdings, was in bei diesem Thema vielleicht möglich gewesen wäre, Vergleiche zu Wien oder anderen Regionen zu ziehen. Ein Dokumenten- und Tabellenanhang beschließt diesen ebenfalls nur auf die Ereignisse 1936 bis 1938 beschränkten Band, in dem man einen Aufsatz über den slowenischen Bevölkerungsteil vermißt.

Bereits in der Zwischenkriegszeit war die NSDAP im Burgenland zeitweise den „Gauleitungen“ Niederösterreichs und der Steiermark unterstellt. 1938 sollte das Bundesland wieder als selbständiger Herrschaftsbereich von der Landkarte verschwinden. Trotz der Interventionen des „Gauleiters“ Tobias Portschy, der mit allen Mitteln, so auch mit der von ihm in Auftrag gegebenen berüchtigten „Zigeunerdenkschrift“, versuchte, Bürckel in Wien und die Machthaber in Berlin und München von der Notwendigkeit seines „Grenzgaues“ zu überzeugen. Ein 1988 abgehaltenes Symposium, deren Referate nun gedruckt vorliegen, gibt Einblick in die neueren burgenländischen Forschungen: **Hans Chmelar (Hg.): Burgenland 1938. Vorträge des Symposiums „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren“. Eisenstadt, Burgenländische Forschungen Heft 73, 1989. 142 Seiten.** Die wirtschaftliche Bilanz des jüngsten österreichischen Bundeslandes in der Ersten Republik war, wie Johann Seedoch einleitend ausführt, bescheiden: Wohl fand ein Umschichtungsprozeß zugunsten der gewerblichen Wirtschaft statt, doch wegen des Fehlens größerer Ballungsräume wurden nur wenig Wachstumsvoraussetzungen vorgefunden, außerdem widmete der Bund dem Strukturproblem Burgenland nicht jenes Augenmerk, welches nötig gewesen wäre das Land auch wirtschaftlich voll zu integrieren. Horst Haselsteiner skizziert die ungarische Haltung zum „Anschluß“ und betont unter anderem die deutschfreundliche Einstellung des ungarischen Offizierskorps. Reichsverweser Admiral Horthy gab 1936 Hitler zu verstehen, daß es zu einem „Anschluß“ Österreichs an Deutschland kommen müsse mit der interessanten Begründung, daß die Jugend in Österreich „fast ausnahmslos“ für die Angliederung an Deutschland sei. Nach dem „Anschluß“ hatte man allerdings in Ungarn Angst ob einer weiteren Expansion der Deutschen nach Osten, die in Regierungskreise dadurch genährt wurde, daß Deutschland vorderhand keine offizielle Grenzgarantie abgab. Allerdings wurden auch von ungarischer Seite, wenn auch „eher offiziöse“ diplomatische Sondierungen für eine eventuelle Grenzrevision gemacht, die allerdings abgeschmettert wurden. Roland Widder versucht eine gesellschaftsgeschichtlich motivierte, zahlreiche Theorieansätze inkludierende „sozialpsychologische Annäherung“ an das Burgenland vor 1938.

Er konstruiert eine durchaus anregende und im Detail wohl noch zu erforschende „Provinzkonstellation“, die zwar eine „relativ lange und tragfähige Entscheidungssituation auf demokratischer Basis vorweisen konnte“, aber auch in die „gesamtosterreichischen (Identitäts)probleme“ und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen eingebettet war. Hans Chmelar gibt einen Überblick über die Presse des Burgenlandes 1938 und Norbert Frank analysiert die Situation der christlichen Religionsgemeinschaften. Von Felix Tobler stammt eine ausgezeichnete organisationsgeschichtliche Einblick in die Frühgeschichte der burgenländischen NSDAP 1923 bis 1933. Am 11. Juli 1923 wurde im Gasthof Gruber in Bruckneudorf die erste Ortsgruppe der DNSP gegründet, die am Ende des Jahres ca. 40 Mitglieder zählte. 1924 kam es in Sauerbrunn und 1925 in Mattersburg zu Gründungsversammlungen, denen weitere folgten. Die Nationalsozialisten stützten sich besonders auf Studenten und Akademiker, Beamte und Lehrer, sowie auf Bauer in den protestantischen Gemeinden. Bei den Nationalrats- und Landtagswahlen 1930 erreichte die Partei nur bescheidene 893 Stimmen, dennoch wurde dieses Jahr später von Tobias Portschy als der Wendepunkt in der Geschichte der burgenländischen NS-Bewegung angesehen. Tatsächlich konnte die Partei bei den folgenden Gemeinderatswahlen Erfolge erzielen, die regional ausgebaut und bei verstärkter Aktivität bis zum Verbot der Partei 1933 anhielten. Bei einer Großveranstaltung in Eisenstadt am 3. Juli 1932 kam es zu schweren Zusammenstößen mit dem sozialdemokratischen Schutzbund. Der stellvertretende Landeshauptmann Ludwig Leser wurde von SA-Aktivisten blutig geschlagen. Tobler resümiert einen im Vergleich zu den anderen Bundesländern verspäteten Aufstieg der NSDAP, „wobei die Organisationsdichte der Partei zur Zeit des Parteiverbotes weit unter dem gesamtosterreichischen Durchschnitt lag“ (S. 95).

Gerald Schlag berichtet detailreich über die Vorgeschichte und Ereignisse des 12. März 1938. Am 27. Februar kam es – wohl in Nachahmung der NS-Demonstrationen in den Landeshauptstädten – in Oberwart zu einer Großveranstaltung der Nationalsozialisten, an der immerhin 8.000 Menschen teilnahmen. Landeshauptmann Sylvester bot Portschy – einer Wiener Weisung folgend – zwei Sitze in der Landesregierung an, die dieser aber ablehnte. Am 11. März 1938 wurden überall von Portschy befohlene Demonstrationen abgehalten, in den späten Nachmittagsstunden das Landhaus besetzt und die dort anwesenden Politiker festgenommen. In den Morgenstunden des 12. März 1938 wurde Portschy vom nationalsozialistischen Bundeskanzler Seyß-Inquart zum Landeshauptmann ernannt, worauf auch bald die Verfolgung der burgenländischen Juden einsetzte, welche – wie Herbert Steiner kurz skizziert – besonders grausam durchgeführt wurde. August Ernst berichtet abschließend über die „Auflösung und Aufteilung des Burgenlandes im Jahre

1938". Ein Thema, welches dieser Autor schon in einigen Publikationen – angereichert mit immer neuen Details – behandelt hat und welches er immer wieder interessant zu erzählen vermag.

Mit der Arbeit von Harald Walser liegt nun – abgesehen von einer früheren und nicht mehr erhältlichen Studie von Stefan Karner – die erste umfassende Monographie über die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in einem österreichischen Bundesland für die Jahre 1938 bis 1945 vor: **Harald Walser: Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit. Bregenz, Vorarlberger Autoren Gesellschaft, 1989. 376 Seiten.** Der Autor skizziert die wirtschaftliche Ausgangslage in Vorarlberg, welche günstiger als in anderen Regionen war. Er beschreibt die „Arbeitsmarktpolitik“ der Jahre 1938/39 und den „Arbeitseinsatz“ während des Krieges und zeigt den Wandel in der Bevölkerungsentwicklung und Berufsstruktur auf. Einer Darstellung der Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftszweige, Elektrizitätswirtschaft, Textil-, Bau- und Landwirtschaft folgt eine detaillierte Behandlung der Kriegswirtschaft, wobei der Rüstungsindustrie besonderes Augenmerk zugewandt wird. Eine Analyse der „Lage der Arbeiterschaft“ schließt den Band ab, in dessen Anhang die größten Vorarlberger Industrieunternehmen sowie jene in das Land verlagerte Betriebe in Kurzkapitel vorgestellt und ihr Einsatz von Zwangsarbeitern aufgezeigt werden.

Walser stellt für die Wirtschaftsstruktur insgesamt, die einzelnen Wirtschaftszweige und die Wirtschaftsleistung des Landes eine „Modernisierung“ fest: In der Landwirtschaft wurde mechanisiert, der Einsatz von Düngemitteln zur Ertragssteigerung forciert und sogar die Milchleistung der Kühe erhöht. Der Ausbau der Elektrizitätswirtschaft sollte für Vorarlberg besonders wichtig sein, die Vorarlberger Kraftwerke sollten nach dem Willen der deutschen Machthaber das Ruhrgebiet mit Strom versorgen. Die Millioneninvestitionen überstiegen das ehemalige Landesbudget um das Zwanzigfache. Für viele Klein- und Mittelbetriebe war die rüstungskonjunkturelle Expansion unter der NS-Herrschaft eine Basis für den wirtschaftlichen Aufschwung in der Nachkriegszeit. Walser spricht in diesem Zusammenhang von einem „geplanten Kapitalismus“: „Sowohl die Vergabe von Aufträgen, die Preise, die Beschaffung der Rohstoffe und das zu produzierende Produkt als auch die Zuweisung von Arbeitskräften und die Festsetzung ihrer Löhne wurden mit Kriegsverlauf zunehmend von den Zentralstellen bestimmt. Eine wirkliche Kapitalverwertung nach den Gesetzen des „freien Marktes“ konnte angesichts dieser weitgehenden Reglements nicht stattfinden. Ziel der meisten Firmen war daher schlicht das Überleben“ (S.273). Dieses „Überleben“ war z. T. allerdings mit (freiwilliger) politischer Unterwerfung und wirtschaftlicher Expansion verbunden: So etwa machten die Eigentümer der Textilindustrien Rhomberg und Hämmerle von den ihnen nun gebotenen Möglichkeiten ohne Skrupel Gebrauch, „arisierten“ das Wiener Kaufhaus Herzmannsky, betätigten sich als „Wirtschaftsführer“

und expandierten in die metallverarbeitende Industrie. Durch ihre wirtschaftspolitische Position und ihren Beziehungen zu den regionalen Machthabern (etwa zu Gauleiter Hofer in Innsbruck) gelang es ihnen auch Verlagerungen zu verhindern, die kurzfristig Probleme auf dem ohnehin angespannten Arbeitsmarkt gebracht hätten und langfristig industrielle Konkurrenz bedeutet hätten. Dennoch verlagerten viele „reichsdeutsche“ Betriebe wegen des niedrigen Lohnniveaus und (langfristig gedacht) wegen der abzusehenden Aufrechterhaltung ihrer Unternehmungen in der Nachkriegszeit ab 1943 nach Vorarlberg. Insgesamt 37 Produktionsstätten wurden nach Vorarlberg verlagert. Insgesamt bewirkte die Rüstungskonjunktur einen Rationalisierungsdruck, der sich in der Modernisierung des Maschinenparks und der Fertigungstechniken niederschlug. Walser: „Es kam zu einer Art Neuindustrialisierung Vorarlbergs“ (S.274). Das vorliegende Werk kann als Beispiel für ähnliche Studien gelten und bietet durch zahlreiche Tabellen auch quantifizierende Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Regionen. Die umfassende Behandlung der Wirtschaft unter Einschluß der sozialen Lage der Arbeitnehmer und der Zwangsarbeit, zusammen mit einer profunden Literaturkenntnis des Autors, und einer kritisch-differenzierten, ausgewogenen Darstellung lassen dem Oeuvre über den Vorarlberger Raum hinaus innovative Relevanz zusprechen.

Die Geschichte der jüdischen Gemeinden geriet nicht zuletzt auch durch latenten Antisemitismus in der Zweiten Republik in Vergessenheit. Kaum jemand kümmerte sich um die wenigen Juden, die das NS-Regime überlebt hatten und sich trauten in die Heimat zurückzukehren. Im Gegenteil: Ihre berechtigten Ansprüche auf „Wiedergutmachung“, auf Refundierung ihrer „arisierten“ Vermögenswerte, erzeugten in einer, vielfach noch in nationalsozialistischen Denkmustern befindlichen Gesellschaft, unberechtigt erneut Haß und Neid gegenüber den Opfern. Es gehört zu den vordringlichsten Aufgaben einer sich demokratisch bezeichnenden Gesellschaft das Schicksal jener aufzuarbeiten, die sie selbst ausgestoßen und der Vernichtung übergeben hatte. Ein ambitioniertes Autorenteam begab sich 1988 auf die Spuren der Israelitischen Kultusgemeinde in Mödling: **Roland Burger/Franz M. Riemer/Franz R. Strobl (Hg.): Ausgeschlöscht. Vom Leben der Juden in Mödling. Mödling-Wien, edition umbruch, 1988. 206 Seiten.** Das Buch beschreibt die Geschichte der Juden von der Ansiedlung im 14. Jahrhundert über die Pogrome bis zur Aussiedlung und Deportation unter dem NS-Regime, wobei die Beschreibung des Lebens der jüdischen Gemeinde ergänzt wird durch baugeschichtliche und kunsthistorische Anmerkungen über die von Juden errichteten Bauwerke. Schon zur Zeit der Markterhebung im 14. Jahrhundert gab es in Mödling eine große jüdische Kolonie. Im Rahmen der Hussitenverfolgung kam es zu ersten Pogromen, da den Juden die finanzielle Unterstützung der

„Ketzer“ vorgeworfen wurde: „In den Gemeinden Tulln, Mödling und (...) Perchtoldsdorf wüteten die Verfolger mit der größten Grausamkeit.“ Die Mödlinger Juden wurden ermordet und vertrieben. Erst 1833 zogen jüdische Bürger nach Mödling, wo sich 1892 eine „Israelitische Cultus-Gemeinde“ konstituierte. 1914 wurde eine Synagoge in Mödling feierlich eröffnet. Nach dem ersten Weltkrieg erlangte auch der Antisemitismus, für den es – wie die Autoren zeigen – schon im 19. Jahrhundert zahlreiche Belege gibt, eine starke Basis, die insbesondere von den „Mödlinger Nachrichten“ und letztlich von den Nationalsozialisten und antisemitischen Verbänden gestützt wurde.

Die Ausschaltung der Juden nach der NS-Machtübernahme vollzog sich unter diskriminierenden behördlichen Anordnungen und unter Mithilfe der Mödlinger Bevölkerung. Angesichts des NS-Terrors erklärten sich fast alle Mödlinger Juden zur Ausreise bereit, waren aber vorderhand noch unschlüssig über ihr Exilland. Bereits im Mai 1938 devastieren Mitglieder eines SA-Trupps die Synagoge. Im Juni wird es dann offiziell: „Auch Mödling will die Juden nicht“, schreiben die „Mödlinger Nachrichten“. Nach der Eingemeindung Mödlings in „Groß-Wien“ wird auch die Mödlinger Gemeinde der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde angeschlossen. Nach 46 Jahren ihres Bestehens findet die Mödlinger Gemeinde ein erzwungenes Ende. Sie sollte nicht wieder gegründet werden, denn von ihren 530 Mitgliedern (1938) kehrten nach 1945 „vielleicht vier oder fünf Personen“ nach Mödling zurück. Die materialreiche Studie, welche auch das Schicksal von jüdischen Familien, aber auch von in Mödling wirkenden Antisemiten, wie Lanz von Liebenfels, beschreibt, Versunkenes, Vergessenes und Verdrängtes hervorholt, kann als gelungenes Beispiel einer Lokalgeschichte angesehen werden.

Anders ist das Buch von Robert Streibel angelegt, welches die Geschichte der Juden in seiner Heimatstadt Krems während der NS-Zeit beschreibt: **Robert Streibel: Plötzlich waren sie alle weg. Die Juden der „Gauhauptstadt Krems“ und ihre Mitbürger. Wien, picus, 1991. 291 Seiten.** Der Autor spürt vor allem dem Alltagsleben der Juden, ihrer Lebenssituation in einer von Antisemitismus durchsetzten Umwelt, nach. Das Beziehungsgeflecht zwischen Juden und Nichtjuden wird nicht nur an Hand von Zeitungsberichten, sondern vor allem aufgrund zahlreicher Interviews erforscht und dargestellt. Das Buch gliedert sich in vier Teile: Im ersten Teil beschreibt Streibel den Alltag der Kremser Juden bis zur Vertreibung durch die Nationalsozialisten. Im zweiten Teil folgt er den Spuren von einzelnen jüdischen Familien und notiert ihre Schicksale. Fallstudien über den Kremser Friedhof, über die Kremser Juden in Wien, über einen Spaziergang mit ehemals Verfolgten und über die Errichtung eines Vertriebe-

nendenkmals bilden den dritten Teil des Bandes. Aus dem „Tagebuch einer Flucht“ wird im abschließenden Kapitel berichtet. Dem Autor gelingt es vor allem im ersten Teil methodisch gekonnt „Oral history“ mit schriftlichen Quellen zu verbinden und einen gesellschaftsgeschichtlichen Einblick in die Jahre der NS-Herrschaft zu geben. Ein Schwerpunkt liegt hierbei in der Darstellung der „Arisierungen“, wo es dem Autor gelingt nicht nur die Interessenslagen von Beteiligten, Opfern und Tätern festzustellen, sondern auch das sozialpsychologische Umfeld des Vermögensraubes zu beschreiben. Damit gewinnt der Band weit über Krems hinaus Bedeutung für die Forschung.

Die Forschung zum „Anschluß“ und zur NS-Herrschaft in Österreich hat durch die Diskussionen um das „Be/Gedenkjahr“ 1988 zweifellos wichtige Impulse erhalten. Allein die hier besprochenen Werke zeigen, daß die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit an Breite und Tiefe gewonnen hat. Wenn es auch vorderhand vielerorts um eine erste „Spurensicherung“ ging, faßbare Ereignisse im Mittelpunkt der Studien standen, von gesellschaftsgeschichtlichen Konzeptionen insgesamt noch recht wenig gesprochen werden kann, so ist doch eine erfreuliche Abkehr von der „alten Heimatkunde“ festzustellen. In den Lokal- und Regionalgeschichten stand natürlich der „Anschluß von Innen“ im Mittelpunkt des Interesses, erfreulicherweise jedoch auch die lang verdrängte Darstellung des Schicksals der Juden. Das Symposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften machte jedoch auch deutlich, daß bei aller innerösterreichischen Spurensuche und Selbstbespiegelung, das diplomatische Beziehungsgeflecht der europäischen Staaten nicht aus dem Blickwinkel zu verlieren ist. Der „Anschluß von außen“, die Annexion Österreich durch Hitler-Deutschland, wurde durch die europäische Staatenwelt akzeptiert, ohne sich der Konsequenzen bewußt zu werden. Die Folgen dieser fatalen Fehleinschätzung hatten schließlich alle zu tragen. Insgesamt, und das legen alle hier besprochenen Studien nahe, kann wahrscheinlich nur Humanität und kritische Toleranz in den Beziehungen von Menschen, weltanschaulichen Gruppierungen, Institutionen, Parteien und zwischen den Staatsgebilden die Welt vor weiteren selbstgestrickten Katastrophen schützen. Es bleibt eine Bildungsaufgabe der Historiker, den Menschen in der „Mediengesellschaft“ Einsichten in die Interessensgeleitetheit menschlichen Tuns und somit in die Notwendigkeit kritischen Denkens zu vermitteln. Nur dann werden jene, die heute ungestraft von „ordentlicher Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“, „Umwolkung“ sprechen dürfen, genauso Ächtung erfahren, wie die Agitatoren faschistischer, nationalistischer und totalitärer Bewegungen. Dies bewußtbar zu machen ist auch Aufgabe einer regionalen Zeitgeschichte.

KÜNSTLERELITEN IM DRITTEN REICH

Der Klappentext des Bandes verspricht Spannendes: Nämlich ein „Buch, das seine Leser nicht vor unangenehmen Entdeckungen schützen kann“. Zu „entdecken“ gilt, daß viele der im sogenannten „Dritten Reich“ zu Publikumslieblingen avisierten und zur künstlerischen Elite der Zweiten Republik zählenden SchauspielerInnen, SängerInnen und Dirigenten nicht nur Dienst für die künstlerische Reputation des Unrechtsregimes geleistet und somit ihre Karriere zum Teil aus der Anbiederung an das NS-Regime aufgebaut hatten. Zu erinnern gilt auch wie die „Gottbegnadeten“ ihre Anbiederung an den Nationalsozialismus nach 1945 erfolgreich zu verschleiern wußten, ja ins Gegenteil verkehrten.

Eine knappe Einleitung skizziert den auf Zwangsmitgliedschaft und Führerprinzip aufgebauten Propaganda- und Kulturapparat des NS-Staates. Die Zwangsmitgliedschaft ermöglichte eine Personalauselese: Juden wurden ihres Berufes beraubt und exiliert. ‚Schwarze Listen‘ von ungenehmen Kulturschaffenden, die nach Anweisung der NS-„Kulturmanager“ nicht beschäftigt werden durften, ergänzten die personelle Durchdringung des Kulturbetriebes. Individuelle Sondergenehmigungen (wie etwa für den unlängst gefeierten Heinz Rühmann) gehörten ebenso zur nationalsozialistischen „Un-Kultur-Politik“ (Rathkolb), wie kurzfristig ausgesprochene Auftritts- und Veröffentlichungsverbote und andere Repressionsmaßnahmen (Kriegsdienst etc.). Die Kulturschaffenden – und das zeigt der Autor sehr deutlich – lernten sich in dem „System von Zuckerbrot und Peitsche“ zurechtzufinden, wollten sie ihrer Karriere und dem NS-Regime „dienen“. Zu viele – Rathkolb nennt eine Fülle von Prominenten, noch heute Gefeierte – wurden zu Bütteln des Verbrecherregimes. Marionetten gleich ließen sie sich (größtenteils) vom allgegenwärtigen Joseph Goebbels leiten und führen. Wie kein anderer wußte der Propagandaminister als braune Eminenz der „Un-Kultur“ mit der Karrieregeilheit der Kulturschaffenden umzugehen. Trocken zitiert Rathkolb aus den unlängst veröffentlichten Tagebüchern des Ministers. Oft zeigt sich wie politisch die angeblich unpolitischen Künstler argumentierten, wenn es nur um ihre Reputation ging. Die aus Personalakten und Zeitungsartikeln mit Akribie zusammengetragenen biographischen Notizen über KünstlerInnen (etwa von Karl Böhm, Herbert von Karajan, über Heinz Hilpert, Leni Riefenstahl bis Ewald Balser, Paula Wessely und Marika Röck) fördern zum Teil Erschreckendes zu Tage. Die Auszüge aus NS-Personalakten, Registrierungsangaben nach 1945 und Recherchen der US-Behörden zeigen ein anderes Bild der österreichischen Künstlerelite, als es gemeinhin in den Kultur- und Tratschseiten der Presse präsentiert wurde und wird.

Problematisch erscheint dem Rezensenten bei den zahlreichen biographischen Kurzdarstellungen

aber jener „realpolitische“ Ansatz, der wider jeder Quellenkritik, biografischer Methodik und Ergebnissen bisheriger NS-Forschung nahezu willkürlich Beurteilungen von subalternen Parteifunktionären mit Einschätzungen durch „NS-Größen“ (Rathkolb zitiert aus den unlängst erschienenen Goebbels-Tagebüchern ausführlich und viel), Aussagen in Entnazifizierungsakten und Meinungsäußerungen unterschiedlicher Provenienz zu vermischen erlaubt. Rathkolb zeigt zwar durch eine Fülle von Zitaten aus Personalakten Widersprüche im Handeln der KünstlerInnen auf: Anschlußbegeisterung, (Propaganda-) Filmmitarbeit, antisemitische Äußerungen und NSDAP-Beitritt kontrastieren mit dem (nicht ungefährlichen) Einsatz für Regimeverfolgte. Allein der Autor kommentiert sie kaum, enthält sich oft der Beurteilung, meint – allerdings wohl nicht ganz zu Unrecht – die Quellen sprächen für sich.

Dennoch: Allein die Tatsache, daß durch dieses – leider viel zu spät erschienene – Buch endlich den allseits „Gottbegnadeten“ ihre Verantwortung gegenüber ihrem Publikum, also gegenüber der Gesellschaft, bewußt gemacht, daß ein kritisches Bewußtsein unter den Kultur-Rezipienten gefördert wird, rechtfertigt den Kauf und das sorgfältige Studium dieser Arbeit. Auf „unangenehme Überraschungen“ sollte frau/man jedoch tatsächlich gefaßt sein: Gar leicht kann sich das bislang gefeierte Idol als Nazi-denunziantIn entpuppen . . .

Oliver Rathkolb: Führertreu und gottbegnadet. Künstlereliten im Dritten Reich. Wien (Österreichischer Bundesverlag) 1991. 301 Seiten.

– kdm –

DER NATIONALSOZIALISMUS – KEINE EXOTISCHE ERSCHEINUNG ZWEI BÜCHER ÜBER ‚SOZIALE ARBEIT‘ UND NATIONALSOZIALISMUS

Hans Uwe Otto und Heinz Sünker verstehen den von ihnen herausgegebenen Sammelband „Soziale Arbeit und Faschismus“ als Beitrag für eine praxisorientierte Faschismuskritik, die der Frage nachgeht, wodurch der Faschismus im Alltagsleben der Menschen vor 1933 eine größere Faszination haben konnte als bürgerliche und sozialistisch geprägte Lebenszusammenhänge. Sie versuchen dies für den Bereich der sozialen Arbeit, jenen Maßnahmen, Organisationen und Vorkehrungen, die der Nationalsozialismus im Begriff der „Volksgemeinschaftsideologie“ zusammenfaßte und die als Kombination von Fürsorge und Unterdrückung zu bezeichnen ist.

In den einzelnen Beiträgen, die unter den Kapiteln „Fürsorgepolitik und soziale Arbeit“, „Frauen und Familienpolitik im Nationalsozialismus“, „Soziale Arbeit im Kontext der Politik von Ausgrenzung von ‚Ausmerze‘“ und „Pädagogisches Denken und politische Kultur“ gegliedert sind, stehen durchgängig unter dem

Motto, die nationalsozialistische Praxis nicht als Produkt atavistischer Ideenkonglomerate zu exotisieren, sondern in der Wechselbeziehung mit der Durchsetzung des Wohlfahrtsstaates verstanden zu wissen (Michael Prinz, S. 59), um somit auch den Blick auf Kontinuitäten freizugeben. Um diese Kontinuitäten im Detail überprüfen zu können, formulieren die beiden Herausgeber als Arbeitsprogramm in der Zukunft die Notwendigkeit, „die generelle Hypothese, das nach 1945 im Prinzip mit den gleichen Leitvorstellungen einer verwaltungsmäßig organisierten Sozialarbeit und unveränderten beruflichen Standards lediglich proklamatorisch oder zufällig neu angefangen worden ist, institutionsspezifisch, professions-theoretisch und in Regionaluntersuchungen zu operationalisieren.“ (S. 25) Wie wichtig die Beachtung des Bereichs der sozialen Arbeit ist, zeigt sich zum Beispiel bei der Untersuchung der eminent wichtigen Funktion, die der organisierten Freizeit zugemessen wurde, die sich in Form von Aktion wie „Kraft durch Freude“ bis 1939 als „legitimationsbildend“ auswirkten und für die Adaption der nationalsozialistischen Ideologie instrumentalisiert wurden und nach 1939 als „Kompensation der realen Situation, zur Ablenkung und Zerstreung“ diente (Friedhelm Vahsen S. 71). Die Mischung der Freizeiterschließung im Nationalsozialismus bewegt sich zwischen den Polen Repression, Assistenz und Freiwilligkeit (S.76).

Mit der Situation jener Millionen Menschen, die gezwungen wurden durch ihre Arbeitsleistung die nationalsozialistische Wirtschaft auch noch im „totalen Krieg“ aufrecht zu erhalten, setzt sich der Band 3 der „Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik“ auseinander. Im Sammelband „Herrenmensen und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945“ findet sich ein Überblicksartikel über „Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Deutschland“ von Ulrich Herbert. Gerade dieses Kapitel der nationalsozialistischen Herrschaft blieb lange ungeschrieben, obwohl und weil mehr als sieben Millionen Menschen davon betroffen waren. Die Praxis zwischen 1939 und 1945 stellte den Beweis dar, daß „ein nach rassistischen Kriterien hierarchisiertes Modell einer nationalsozialistischen Gesellschaft funktionieren konnte“ (Ulrich Herbert S. 46). Die „meisten Deutschen zeigten am Schicksal der Ausländer wenig Interesse“ (Ebd. S. 47) und die Firmen, die mit billigen „fremdvölkischen Arbeitskräften“ arbeiteten, hatten kein Interesse, daß dieser Einsatz thematisiert und dadurch vielleicht Regressansprüche geltend gemacht werden würden. Die Rolle der deutschen Bevölkerung in deren Alltag die ausländischen Arbeitskräfte „hineindeportiert“ worden waren beschreibt Herbert als „durchaus nicht passiv“, wobei er auf das Phänomen hinweist, daß in der Phase der Blitzkriegseuphorie die Initiativen zur Schlechterstellung der Ausländer häufig von unten kamen und nach dem Sieg über Frankreich die Zustimmung zum Regime insgesamt und auch zu seiner Ausländerpolitik anstieg.

Die Forderung Herberts, die soziale Wirklichkeit Nazideutschlands aus einer weit entfernt und un-

wirklich scheinenden Vergangenheit zu befreien und in eine „in vielem sehr nahe und vertraut wirkende Lebenswelt des Betrachters“ zu verwandeln, kommen die beiden Beiträge über das Schicksal der italienischen Militärinternierten (C. U. Schminck-Gustavus), die in der Hierarchie der Kriegsgefangenen ganz unten, knapp vor den sowjetischen kamen, und die Auswertung von Zeugnissen polnischer Zwangsverpflichteter und Gefangener (Jochen August) nach. Gerade im Fall der Berichte polnischer Zwangsarbeiter ist die Tatsache interessant zu erwähnen, daß die Quelle persönlicher Erinnerungen in der polnischen Wissenschaft bereits seit 1913 Beachtung fand und die biographische Forschung durch Preisausschreiben nach 1945 fortgesetzt, während „Oral history“ in unseren Breiten erst in den siebziger Jahren „entdeckt“ wurde.

Hans-Uwe Otto, Heinz Sünker (Hg.) Soziale Arbeit und Faschismus. Frankfurt am Main, Suhrkamp Taschenbuch 762, 1989. 345 Seiten.

Herrenmensen und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945. Berlin Rotbuch Verlag. 2. Auflage 1989. (Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 3) 189 Seiten.

– str –

WIDER DIE PROVOKATION SAMMELBAND „NATIONALSOZIALISMUS UND MODERNISIERUNG“

Seit Ralf Dahrendorf und David Schoenbaum Mitte der sechziger Jahre mit ihrer Analyse der „braunen Revolution“ die Diskussion über den Modernisierungsschub des Nationalsozialismus legten, ist die Auseinandersetzung über diese „Provokation“ nicht abgeflaut. Michael Prinz und Rainer Zitelmann wollen in ihrem Sammelband eine „Zwischenbilanz“ über das Verhältnis von Nationalsozialismus und Moderne liefern. Als „roter Faden“ durch die 13 Beiträge zieht sich die Klärung der Fragen, inwieweit „die Praxis des Nationalsozialismus, gesellschaftliche Entwicklung in dieser Zeit als modern oder modernisierend verstanden werden“ müssen und wie das Verhältnis zwischen „gesellschaftlicher Praxis und ideologischem Motiv“ (bis zu welchem Grad war der nach 1933 ausgelöste Wandel tatsächlich beabsichtigt?) bestimmt werden kann.

Thematisiert werden die Fragen, ob die NSDAP die erste deutsche Volkspartei war, ob es sich bei der NS-Wirtschaftsideologie um ein Modernisierungsprogramm oder eine reaktionäre Utopie gehandelt hat. In Fallbeispielen wird die Gültigkeit der Thesen im lokalen Rahmen oder für einzelne gesellschaftliche Bereiche ausgelotet (Modernisierung am Beispiel Württemberg, Einführung der Gemeinschaftsschule in Bayern, Architektur und Stadtplanung, Reformpsychiatrie und Massenmord, strukturelle

Veränderungen in der militärischen Gesellschaft). Ein informativer Sammelband.

Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Hg.) *Nationalsozialismus und Modernisierung. Darmstadt Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1991. 337 Seiten.*

– str –

EINE AUFREGENDE STUDIE ANSÄTZE FÜR EINE THEORIE DER SOZIALISTEN IM NATIONALSOZIALISMUS

Josef Schäfer lebte ein Durchschnittsleben, wurde 1924 geboren, beendete die Volksschule in einem saarländischen Arbeiterbauerdorf 1938, begann seine Lehrzeit bei der Deutschen Reichsbahn, spielte Fußball, ministrierte in der Dorfkirche, war Mitglied der HJ und wurde zum begeisterten Panzersoldaten, der 1944 in der Normandie fiel.

Durch die beiden Wissenschaftler Bernhard Hauptert und Franz Josef Schäfer wurde Josef Schäfer nun nachträglich zu einem Musterfall einer Sozialisierung im Nationalsozialismus. In ihrem Buch „Jugend zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Biographische Rekonstruktion als Alltagsgeschichte des Faschismus“ zeichnen sie mit unterschiedlichen Methoden (Oral History, soziologische Biographieforschung und der objektiven Hermeneutik) jene Mischung, aus nationalen Ideen, persönlichen Wünschen und Träumen mit ideologischen Gehalten, die für die Entwicklung abertausender Jugendliche prägend war. Als Endprodukt ihrer Biographie stehen Ansätze einer Theorie der Sozialisation im Nationalsozialismus. Die Feststellung von Prof. Manfred Messerschmidt im Vorwort, daß mit dieser Studie eines der seltenen Beispiele dafür geliefert wurde, „daß eine wissenschaftliche Studie eine aufregende Geschichte sein kann“, ist somit mehr als nur eine bloße Werbebotschaft des Klappentextes.

Bernhard Hauptert, Franz Josef Schäfer: *„Jugend zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Biographische Rekonstruktion als Alltagsgeschichte des Faschismus“ Frankfurt am Main, Suhrkamp Taschenbuch 952. 1991. 352 Seiten.*

– str –

DEM NACHKRIEGS- ANTISEMITISMUS AUF DER SPUR EIN HANDBUCH FÜR DIE NIEDERUNGEN DES ALLTAGS

„Das Schicksal der Juden hat mich tief berührt, als ich das Buch über Krems gelesen habe, es ist wichtig, daß diese Geschichte geschrieben und aufge-

zeichnet wird, aber eines möchte ich schon sagen, der B., das war wirklich ein ‚Saujude‘, der hat uns das Haus teuer verkauft, ein richtiger ‚Saujude‘.“ Die hier geschilderte Szene ereignete sich tatsächlich, in Krems 1992, der Ort ist ohne Belang, die Person austauschbar, denn Vorurteile, Vorurteilsstrukturen haben sich tief ins Alltagsbewußtsein eingefressen und werden auch von der ehrlichen Erschütterung über das Schicksal ehemaliger Nachbarn nicht tangiert.

Das Forschungsteam aus Linguisten, Historikern und Psychologen rund um Ruth Wodak hat in ihren „diskurshistorischen Studien zum Nachkriegsantisemitismus“ diesem Phänomen mit einem breitangelegten wissenschaftlichen Instrumentarium nachgespürt und hat ein Handbuch vorgelegt, mit dessen Hilfe Denkmuster klassifiziert werden können, die noch immer zum österreichischen Alltag gehören. Da wären zu nennen der „ludeus ex machina“-Mechanismus, der ein automatisiertes Zuschreiben böser Züge und Handlungen an Juden erlaubt, der Rechtfertigungsdiskurs, als Verharmlosung ausgeprägt in Form von Rationalisierung, als Aufrechnung, als Abschieben, Personalisierung oder Anonymisierung.

Die Basis für die Untersuchung bieten die „Kampagne“, sprich die Waldheim-Affäre in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen, die Diskussionen im Rahmen der Mahnwache auf dem Stephansplatz, eine Analyse der Kreisky-Wiesenthal Affäre, Analysen von Interviews mit Politikern sowie eine Club 2 Diskussion.

Entscheidend für eine Bewertung der vorgefallenen und künftiger Äußerungen ist jedoch die Einschätzung, daß man mit Sprache auch handeln kann, durch den Akt des Sprechens der Sprecher eine Handlung vollzieht.

„Wir sind alle unschuldige Täter.“ *Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. Ruth Wodak u. a., Frankfurt am Main, Suhrkamp Taschenbuch 881, 1990, 401 Seiten.*

– str –

EINE BILANZ MIT AUSBLICKEN WAS IST GESELLSCHAFTS- GESCHICHTE?

Das Vorhaben, historische Abschnitte als Gesellschaftsgeschichte zu betrachten ist seit den sechziger Jahren zu einem Schlüsselbegriff der modernen Geschichtswissenschaft geworden, an dem sich die Geister scheiden. Der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, den sozialökonomischen Strukturen und Prozessen sollte damit die „gebührende Aufmerksamkeit“ geschenkt werden, Geschichte in der Zusammenschau von Politik, Wirtschaft und Kultur geschrieben werden und die Geschichtswissenschaft

aus „ihrer traditionellen Einbindung in die Geisteswissenschaft“ gelöst werden, um als „Historische Sozialwissenschaft“ begriffen zu werden. Für die einen handelt es sich bei diesem Versuch um einen Irrweg der theoretischen Illusionen, während die anderen darin ein revolutionäres Modell der Geschichtsbetrachtung sehen. In dem von Manfred Hettling, Claudia Huerkamp, Paul Nolte und Walter Schmuhl, die wissenschaftliche Mitarbeiter an der Fakultät für Geschichtswissenschaft an der Universität Bielefeld sind, herausgegebenen Band „Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen“ ziehen mehr als 30 Historiker Bilanz. Neben theoretischen Positionsbestimmungen finden sich Aufsätze, die in den Kapiteln „Wirtschaft und soziale Struktur“, „Soziale Bewegung“, „Politik“ und „Kultur, Ideen, Mentalitäten“ gegliedert sind.

Manfred Hettling, Claudia Huerkamp, Paul Nolte und Walter Schmuhl (Hg.) „Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen“, München, Verlag C. H. Beck, 1991. 342 Seiten.

– str –

GESCHICHTE WOHIN MAN BLICKT BUCH ÜBER DAS INTERESSE AN DER GESCHICHTE

Das Interesse an der Geschichte ist heute so lebhaft wie lange nicht. Geschichtsausstellungen ziehen Tausende von Besuchern an, politische Biographien werden als Bestseller gehandelt. In „Geschichtswerkstätten“ bemühen sich Laien die Geschichte ihres Dorfes, ihrer Stadt oder ihrer Region zu erforschen. Die Pläne für Geschichtsmuseen werden in der deutschen Öffentlichkeit heftig diskutiert und der „Historikerstreit“ über eine angebliche „Neubewertung“ des Nationalsozialismus wird zu einem Diskussionsgegenstand in Zeitungen und Fachpublikationen.

Der Band „Interesse an der Geschichte“ handelt diese historische Neugier und ihre Hintergründe an Hand von einigen Schwerpunktthemen ab. In dem von Frank Niess herausgegebenen Band finden sich unter anderem informative Beiträge über Frauengeschichte, die Probleme mit der jüdischen Geschichte, Alltagsgeschichte, Geschichte als Ausstellungsgegenstand ebenso wie theoretische Zugänge zu diesem Thema im Bereich der Geschichtsphilosophie und der Aufgabe die der Geschichts-

wissenschaft zukommt („Aufklärung oder Sinnstiftung?“)

Frank Niess (Hg.): Interesse an der Geschichte. Frankfurt, New York, Campus 1989. 144 Seiten.

– str –

Kurz vor Redaktionsschluß dieser „iwk-Mitteilungen“ erreichte uns die Dissertation eines unseres Vortragenden:

Mag. Josef Moser: „Die Vereinigten Staaten von Oberdonau“. Zum Wandel der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur einer Region während der nationalsozialistischen Herrschaft am Beispiel Oberösterreichs. Linz (Sowi. Diss.) 1991. 458 Seiten.

Moser beschreibt, ausgehend von den Vorbereitungen für einen wirtschaftlichen „Anschluß“ Österreichs, die Einbindung des österreichischen Wirtschaftspotentials in die deutsche Aufrüstung. Der Lage der oberösterreichischen Wirtschaft 1938 und den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen widmet er weitere, mit Tabellen ergänzte, Kapitel. 1938 wurden alle österreichischen Betriebe einer Wirtschaftlichkeitsprüfung durch die deutschen Okkupanten unterzogen. Auf Grund dieses Materials beschreibt der Autor detailliert die Lage der Industrie, ihren Grad der Rückständigkeit gegenüber der deutschen Produktionsmethoden und stellt Überlegungen über Erfolg und Mißerfolg der Modernisierungsbestrebungen unter nationalsozialistischer Herrschaft an. Die Einbindung „Oberdonaus“ in die Kriegswirtschaft des „Dritten Reiches“ bedeutete eine Umorganisation der gesamten „Gauwirtschaft“. Moser untersucht die industriepolitischen und sozialen Implikationen der NS-Wirtschaftspolitik: Die damit verbundenen Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung und Beschäftigtenstruktur werden ebenso behandelt wie zunehmende AusländerInnenbeschäftigung und der Einsatz von KZ-Häftlingen während des Krieges. Die Folgen der nationalsozialistischen (Kriegs-)Wirtschaftspolitik für Oberösterreich resümiert der Autor in einem Schlußkapitel. Die Arbeit gehört zu den besten Untersuchungen über Nationalsozialismus und Wirtschaft, die in den letzten Jahren verfaßt wurden. Es bleibt zu hoffen, daß diese vorzügliche Arbeit bald einen Verleger findet, damit sie einem breiteren Leserkreis zugänglich wird.

– kdm –

KURZBIOGRAPHIEN DER AUTORIN UND AUTOREN

ERNST LANGTHALER:

Hauptschullehrer, geb. 1965 in Frankenfels/NÖ, Arbeitsgebiet: Theorie und Praxis der Lokalgeschichte. dzt. Arbeit an einem „Heimatbuch“ Frankenfels.

KLAUS-DIETER MULLEY, Dr. phil.:

Historiker und Dokumentar, geb. 1953 in Scheibbs/NÖ, Studium der Geschichte, seit 1985 Mitarbeiter der Sozialwissenschaftlichen Dokumentation der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien, Mitarbeit an zahlreichen Großausstellungen, Veröffentlichungen zur österreichischen Zeitgeschichte, insbesondere zu den Themen Nationalsozialismus, Entnazifizierung, Fünfziger Jahre, Arbeiterbewegung, Regionalgeschichte. Dzt. Arbeit an einer Darstellung Niederösterreichs 1938 bis 1945.

WOLFGANG QUATEMBER, Dr. phil.:

geboren 1961, wohnhaft in Ebensee, Germanistikstudium, Schwerpunkt: Arbeiterliteratur, Autobiographien, Geschichte des österreichischen Widerstands gegen Faschismus, Projektleiter des Projektes zur Errichtung eines antifaschistischen Bildungszentrums in Ebensee.

FRANZ STEINMASSL:

geboren 1952, wohnhaft in Helbetschlag, Gemeinde Grünbach, Bezirk Freistadt, Mühlviertler Geschichtsarbeiter und Kleinverleger.

ROBERT STREIBEL, Dr. phil.:

geboren 1959, wohnhaft in Wien, Studium der Germanistik, Geschichte und Theaterwissenschaft, Schwerpunkt Geschichte des Nationalsozialismus in der Provinz (Lokalhistorische Studien über Krems), „Oral history“, Österreicher in der Sowjetunion. Im Verband Wiener Volksbildung für Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

JACQUELINE VANSANT, Dr. phil.:

geboren 1954, Dissertationsthema „Feminismus und Literatur von Frauen in der Zweiten Republik“, Universitätsassistentin an der University of Michigan-Dearborn. Arbeitet an einem Buch über die Aufarbeitung des Nationalsozialismus durch Verfolgte. Veröffentlichungen zur Frauenforschung.

KORREKTUREN ZU HEFT 3/1992 „FEMINISTISCHE THEORIE UND FRAUENFORSCHUNG“:

In Heft 3/1992 sind einige sinnstörende Fehler passiert, die wir nachstehend korrigieren möchten:

Seite 19, linke Spalte, 5./6. Zeile von unten: . . . Angleichung der Rechtsstellung der Frauen an die „der“ Männer . . .

Seite 22, linke Spalte, 12. Zeile von unten: statt rechtsstaatlicher „rechtstatsächlicher“

Seite 22, rechte Spalte, 20. Zeile von oben: 25 = Fußnote 25

Seite 24, linke Spalte, 15. Zeile von unten: statt Witwerpensionsrecht „Witwerpensionserkenntnis“

Seite 24, rechte Spalte, 13. Zeile von oben: statt sozialversicherungstechnischen „sozialversicherungsrechtlichen“

Seite 24, rechte Spalte, 1. Zeile von unten: „Verleihungsvoraussetzungen“

Seite 25, linke Spalte, 23. Zeile von oben: „daß durch ein Gesetz“

Seite 32, Titelzeile: Carol „Gilligan“

Außerdem wurde beim Umbruch die Seite 3 mit der Seite 6 vertauscht.



Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne

Entnazifizierung in Österreich
1945 — 1955

Symposium des Instituts
für Wissenschaft und Kunst
Wien, März 1985

Herausgegeben von
Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley
und Oliver Rathkolb



Verlag für Geschichte und Politik 1986

Wir müssen uns Energiefragen stellen

Zu den Themen

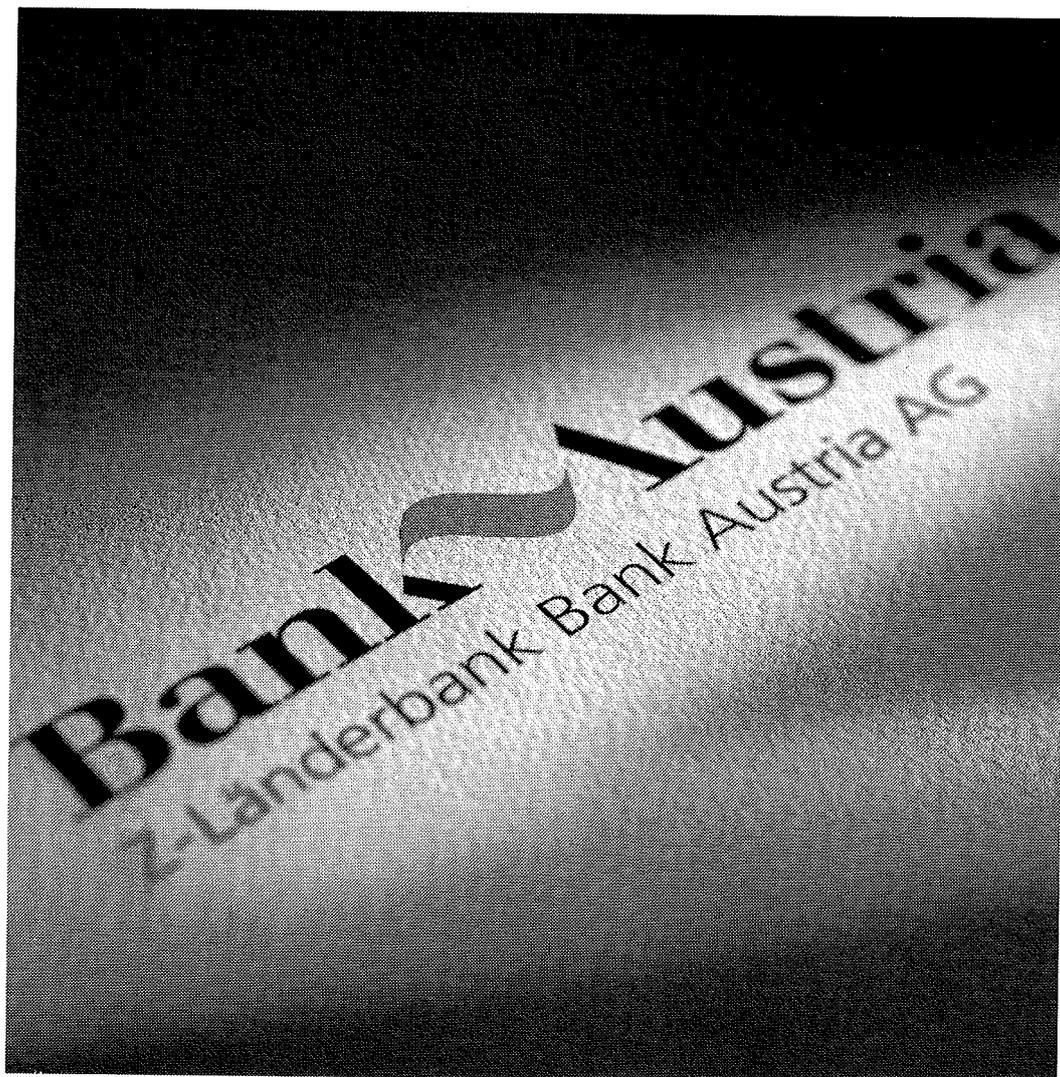
- Energie-, Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft
- Energietechnik
- Bauwesen
- Umweltschutz
- Informatik
- Wirtschaft
- Recht
- Normen und Vorschriften
- Statistik
- Und Alternativenergien

stellen wir Ihnen 7 000 Bücher, 400 österreichische und internationale Fachzeitschriften und einen laufend aktualisierten energiewirtschaftlichen Literaturdienst zur Verfügung.

Dokumentationszentrum und Energiewirtschaftliche Fachbibliothek der Verbundgesellschaft

1010 Wien, Rudolfsplatz 13 a
Öffnungszeiten: Mo — Do 9 — 12 Uhr und 14 — 16 Uhr
Nur gegen telefonische Voranmeldung
unter 53 113/37 43 oder 37 56!

W I R L E B E N I M
Verbund



“Seit 7. Oktober 1991 Österreichs große Bank: Die Bank Austria, die ideale Verbindung von Zentralsparkasse und Länderbank. Mit 380 Zweigstellen, 9.607 Mitarbeitern, 1.213.000 Kunden und 32 Repräsentanzen im Ausland. Und mit einer ganz klaren und kundenorientierten Devise: Jetzt wird vieles möglich.”

Bank Austria
Z-Länderbank Bank Austria AG